

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Beauftragter mit Inhalt, Beilage Post und Zeit für einen Monat einschl. Bringer-
Lohn 2.—Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.—Mark ohne
Bestellgehd. — Einzelnummer 10 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206
Postcheckkonto Nr. 53477

Reaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Abonnementpreise: Die 10gspalt. Kolonelzeile 30 G.-Pfg., bei Blattvorricht
35 G.-Pfg., Familiennotizen von Privaten die 10gsp. Kolonelzeile 15 G.-Pfg.,
Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. o. u. w.; die 10gsp. Kolonelzeile 35 G.-Pfg.,
bei Blattvorricht. 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Ansträger, unsere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

Parteivorstand und Sachsenkonflikt.

Der Parteivorstand für Auflösung des Landtages.

SPD. Der Parteivorstand hat sich am 3. Juli 1925 erneut mit der sächsischen Frage beschäftigt. Er ist der Auflösung, daß der Zustand, wie er sich im Laufe der Zeit in Sachsen leider herausgebildet hat, im Interesse der Sozialpartei nicht länger fortsetzen kann. Es ist für die Partei untragbar, daß sie an einer Regierung beteiligt ist und daß gleichzeitig ihre Organisationen und ihre Presse sowohl gegen diese Regierungsbeteiligung wie gegen die Politik der Regierung in schärfster Opposition stehen.

Als im Jahre 1923 die Sache bestand, daß die sächsischen Parteiorganisationen und ihre Vertreter im sächsischen Landtage wie in der sächsischen Regierung ins Schleppen der kommunalpolitischen Parteipolitik geraten könnten, hat der Parteivorstand nicht gezögert, sofort und energisch einzutreten und zu verhindern, daß die Partei in die Katastrophe verstrickt würde, die die unschönbare Folge der kommunalpolitischen Taktik sein würde.

Durch das Eingreifen des Parteivorstandes wurde die Bildung der Regierung Zentrum und die Wiederherstellung der durch den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und die Einschaltung des Reichskommissars gefährdeten demokratisch-parlamentarischen Zustand ermöglicht. Der Parteivorstand glaubte sich zu der Hoffnung berechtigt, daß auf dieser Grundlage die sächsischen Parteigenossen einen Weg finden würden, auf dem sie wieder in Einigkeit und Geschlossenheit die Interessen der Partei und des sächsischen Proletariats sowohl in der Regierung und im Parlament wie in den Organisationen und der Presse zu vertreten in der Lage seien würden.

Der Berliner Parteitag 1924 hat von ähnlichen Voraussetzungen aus verfügt, eine Einigung in Sachsen anzubahnen, und der Parteivorstand hat sich seitdem in gleichem Sinne weiter bemüht. Leider ist es ihm bisher nicht gelungen, das ersehnte Ziel zu erreichen.

Den Hauptgegenstand der Differenzen bildet nach wie vor die Frage der Auflösung des sächsischen Landtages. Die Konsequenzen eines solchen Schrittes sind von beiden Seiten in aller Ausschließlichkeit erörtert worden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie von schwerwiegender Bedeutung für die Partei und ihren Einfluß auf die sächsische Landespolitik sein können.

Der Parteivorstand muß sich aber die Frage vorlegen, ob es sowohl vom Standpunkt der sächsischen Partei wie vom Standpunkt der Sozialpartei nicht das kleinere Übel ist, selbst die schlimmsten dieser Konsequenzen gegebenenfalls in Kauf zu nehmen, als den Zustand weiter fortzusetzen zu lassen, daß Organisationen und Presse in dauerndem Gegensatz zu der Mehrheit der Parteivertreter im sächsischen Landtage und den parteigenössischen Mitgliedern der Landesregierung stehen.

Der Parteivorstand ist der Auflösung, daß der gegenwärtige Zustand, wenn kein Ausweg gefunden werden kann, zur Desorganisation der Partei in Sachsen führen wird. Es ist daher die Pflicht der sächsischen Parteivertreter im Landtage, nunmehr

ungezähmt die Auflösung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einigkeit und Geschlossenheit der sächsischen Partei, die allen anderen Erwägungen vorzestellt werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Dazu gehört die vorherige Erledigung der schwierigen Schiedsgerichtsverfahren; denn es dürfte für keinen Parteigenossen zweitgleich sein, daß ein Wahlkampf für die Partei unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte, wenn Parteigenossen in hervorragenden Bertrauenstellungen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei stehen.

Deshalb sind die sächsischen Organisationen verpflichtet, alles zu tun, damit die schwierigen Ausschlußverfahren endlich erledigt werden.

Der Parteivorstand.

Schiedsgerichtentscheidungen in Sachsen.

SPD. Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Im Laufe der Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen Partei sind eine Anzahl Ausschlußverfahren gegen Parteigenossen von den sächsischen Parteiständen abhängig gemacht worden. Da es sich um die gleichen sächsischen Vorgänge handelt, vertritt der Parteivorstand, die sämtlichen Ausschlußverfahren vor ein Schiedsgericht zu bringen. Das ist leider nicht gelungen, so daß vier Schiedsgerichte — in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau — eingefordert werden mußten. Die Schiedsgerichte in Leipzig und Dresden haben bereits gefragt.

In Dresden ist festgestellt worden, daß die formalen Bestimmungen des Organisationsstatus nicht eingehalten worden sind. Die Ansicht der Schiedsrichter geht dahin, daß der Parteivorstand die Auflösung des auf Ausschluß lautenden Bezirksvorstandes beschließen vornehmen möge, „weil die antragstellenden Organisationen und die von ihnen benannten Beisitzer die Erledigung des Ausschlußverfahrens vor einem statutengemäß gebildeten Schiedsgericht unmöglich gemacht haben“. — In Leipzig hat das aus dem Genossen Deist als Vorsitzenden und den Genossen Herre, Dicke, Krentz, Höhne, Buhl und Siebold als Beisitzer zusammengetragene Schiedsgericht folgende Entscheidung gefällt:

Beschluß:
Der Beschluss des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig vom 17. Januar 1925, nach welchem die Genossen Landtagsabgeordnete Otto Berger-Rohrwein, Anton Hagen-Leipzig, Hermann Müller-Leipzig und Friedrich Strube-Pegau aus der Partei ausgeschlossen werden, wird aufgehoben. Die genannten Genossen bleiben Mitglieder mit vollen Rechten. Diese Entscheidung wurde mit 4 gegen 3 Stimmen der Genossen Dieck, Krentz und Herre angenommen.

Begründung:

Die vom Ausschlußbeschluß betroffenen Genossen haben dem Beschluss der sächsischen Landesversammlung vom 20. Oktober 1924, für die Auflösung des sächsischen Landtages zu stimmen, damit gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember die Landtagswahlen stattfinden könnten, nicht stattgegeben.

Es war zu prüfen, ob die angeklagten Genossen damit gegen den § 28 des Parteistatuts vom Jahre 1924 verstößen haben, nach welchem der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen kann, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Organisation oder des Parteitags das Parteinteresse schädigt.

Mäßigend für die Beurteilung der Handlungsweise der angeklagten Genossen, wie auch der Beurteilungsschrift der sächsischen Landesversammlung ist eine Entscheidung des im Juni 1924 in Berlin stattgefundenen Reichsparteitages. Diese Entscheidung wurde auf Wunsch der vorberatenden Kommission und des Parteivorstandes zum einstimmigen Beschluss erhoben. Diese alleinig, also auch von den sächsischen Genossen, gewünschte Willensäußerung des Reichsparteitages stellt Richtlinien für das Verhalten in dem sächsischen Konflikt auf. Sie bringt dabei besonders zum Ausdruck, daß

1. die gesamte sächsische Landtagsfraktion zu verhindern habe, daß während der kritischen Übergangszeit, die sich an die Durchführung des Sachverständigungsgutachtens anschließt, die Regierung Sachsen in die Hände der Reaktion gerate;
2. bei der Auswahl der Landtagskandidaten die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem vergangenen Parteitreit nicht gewertet werde, und daß, um dies sicherzustellen, die Aussicht derjenigen Landtagskandidaten, die bereits beschlossen sei, den zuständigen Parteiorganisationen nochmals zur Entscheidung vorgelegt werde.

Hieraus und aus dem ganzen übrigen Inhalt des Beschlusses des Berliner Parteitages ergibt sich, daß der Auflösung des sächsischen Landtages zugestimmt werden soll, so bald ein so günstiger Ausgang zu erwarten steht, daß das Bürgertum nicht in der Lage sein wird, die Regierung für sich allein zu stellen, und so bald außerdem jene Einigkeit in der sächsischen Parteigenossenschaft hergestellt ist, die für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Die Verpflichtung, über gewissenhafte und sinngemäße Durchführung von Reichsparteitagesbeschlüssen zu wachen, liegt in erster Linie dem Parteivorstand in Berlin ob. Er mußte also von sich aus prüfen, ob die sächsischen Instanzen und auch die sächsische Landesversammlung im Geiste des Beschlusses des Berliner Parteitages handelten oder nicht. Diese selbständige Prüfung war aber auch Aufgabe der sächsischen Abgeordneten; denn sie sind nach Ziffer 3 der hier angezogenen Reichsparteitagsentschließung vom Juni 1924 neben den Landesparteiveranstaltungen auch dem Reichsparteitag verantwortlich. Es war, besonders nachdem mit Zustimmung der sächsischen Genossen die Angelegenheit vor dem Forum des Reichsparteitages gebracht worden war, nicht mehr das ausschließliche Recht der sächsischen Landesversammlung, den Zeitpunkt für die Auflösung des sächsischen Landtages zu bestimmen. Auch die Landesversammlungen müssen sich bei ihren Entschließungen innerhalb des Rahmens bewegen, der ihnen vom Reichsparteitag gezeigt ist.

Es war der Parteivorstand der Meinung, daß die Voraussetzung, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hat, nicht erfüllt waren, denn er sah den Beschluss, der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen, und von andern Seiten gestellten Auflösungsanträgen erst zugestimmt, nachdem die Dresdner Vereinbarungen durchgeführt sind und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben ist. Die 23 Landtagsabgeordneten, gegen welche sich das Ausschlußverfahren richtet, waren derselben Meinung, und zwar mit Recht. Die Voraussetzungen, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hatte, waren nicht erfüllt.

Es liegt deshalb nicht ein offener Verstoß gegen klare und unmißverständliche Beschlüsse des in diesem Falle maßgebenden Reichsparteitages vor, wie es erste Voraussetzung für die Berechtigung des Vorwurfs des Disziplinarbruchs ist, sondern es handelt sich lediglich um verschiedene Auffassungen in der Wahl des Zeitpunktes, an welchem der sächsische Landtag aufgelöst werden sollte. Wegen der andersartigen Auffassung und Handlung der Angeklagten kann man niemals 23 Mitglieder mit unbestrittenen Verdiensten um die Partei aus der Partei hinauswerfen.

Gerade die Pflicht, die demokratischen Grundsätze unter allen Umständen anzuwenden, erfordert es, daß der Wille des Reichsparteitages in erster Linie geachtet wird und Landesversammlungen nicht von den Richtlinien des Reichsparteitages abweichen. Die Demokratie würde in ihr Gespenst versteckt und es würde in der Partei ein zerstörender Totalitarismus ausbreiten, wenn nicht unter allen Umständen der Wille des Reichsparteitages als höchstes Gesetz gilt.

Von den Vertretern, die den Ausschluß beantragen, wird geltend gemacht, der Parteivorstand habe, als er der sächsischen

Landtagsfraktion empfahl, den Antrag auf Auflösung des Landtages noch nicht zu stellen, den Beschluss des sächsischen Landtages in alter Form suspendieren müssen. Das war in diesem Falle nicht erforderlich. Es genügt nach Lage der Sache, daß der Parteivorstand, der die Reichsparteitagsbeschlüsse auszuführen oder die Ausführung zu überwachen hat, zum Ausdruck brachte, daß die vom Parteitag ausgestellten Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Es ist auf den Inhalt der Parteivorstands-Stellungnahme, nicht auf die Form das Hauptgewicht zu legen.

Der vom Vorstand des Leipziger Bezirks auf Ausschluß gesetzte Beschluss war ein Fehler. Die Handlungsweise der vom Ausschluß bedrohten Genossen ist nicht moralisch zu werten und demzufolge zu bestrafen, sondern sie ist rein politisch zu beurteilen. Sie gehört nicht vor ein Schiedsgericht, sondern vor den Reichsparteitag. Um den Fehler wieder gutzumachen und die ganze Angelegenheit wieder auf das richtige Gleis zu bringen, mußte der Beschluss des Bezirksvorstandes aufgehoben werden.

Der Wille der Mehrheit muß zur Geltung gebracht werden. Das wird und kann auch in Sachen geschehen. Es wäre wahrscheinlich längst gelungen, wenn die Zeit zum Handeln im Einvernehmen mit dem Berliner Parteivorstand festgestellt und damit die Autorität der Gesamtpartei in Sachsen eingekehrt worden wäre.

Mit dem Beschluss versucht der Parteivorstand zweifellos die Absicht, den Sachsenkonflikt noch vor dem Reichsparteitag zu lösen. Der Parteivorstand verpflichtet die sächsischen Parteivertreter im sächsischen Landtage, unumkehrbar ungestüm die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Es wird jetzt alles darauf ankommen, wie sich die 23 zu der unweidigen Entscheidung des Parteivorstandes stellen, ob sie ihm folgen, oder ob sie sich dagegen ausspielen werden.

Der Parteidag beabsichtigt, diese Woche in die Ferien zu gehen, die bis Oktober dauern sollen. Wenn die Absicht des P.-V. durchgeführt und der sächsische Konflikt nach seinem Vorschlag noch vor dem Reichsparteitag gelöst werden soll, dann muß der sächsische Landtag noch in dieser Woche zur Auflösung gebracht werden. Um dies zu ermöglichen, hat die Fraktionenminderheit heute durch den Genossen Krätz beim Landtag einen Auflösungsantrag eingebracht. Der Antrag muß diese Woche erledigt werden. Als Voraussetzung für die Lösing des Sachsenkonfliktes steht allerdings der Beschluss des Parteivorstandes „die völlige Erledigung der schwierigen Schiedsgerichtsverfahren“ vor. Der Parteivorstand hält das für nötig, um den Wahlkampf nicht ungünstig zu beeinflussen.

Im Schlusszettel seiner Entscheidung wendet sich der Parteivorstand ausdrücklich an die sächsischen Organisationen, „alles zu tun, damit die schwierigen Verfahren endlich erledigt werden“. Bei dem gegenwärtigen Stand der Verfahren ließe sich die Erledigung vor dem Reichsparteitag nur dadurch erreichen, daß gegen den Leipziger Schiedsgericht ein Einpruch an den Parteidag erhoben wird, und daß die Bezirksoorganisationen, in denen noch kein Schiedsgericht gefällt ist, die Ausschlußanträge zurückziehen. Diese Regelung dürfte wahrscheinlich bei monheim sächsischen Parteigenossen Widerstand finden, wenn aber die sofortige Lösing des Sachsenkonfliktes durch die Auflösung des Landtages in dieser Woche erreicht werden kann, so darf diese Lösing nicht an der Fortführung der Ausschlußverfahren scheitern.

Wird in dieser Woche die Auflösung des Landtages beschlossen, so muß die Neuwahl spätestens Anfang September erfolgen, da nach der sächsischen Verfassung bei einer Auflösung des Landtages die Neuwahl spätestens am 30. Tag nach der Auflösung stattfinden muß. In diesem Falle könnte auch der Beschluss der sächsischen Landesinstanzen, den Landesparteidag am 6. September in Chemnitz abzuhalten, wieder aufgehoben werden, da der 6. September wahrscheinlich als Wahltag in Frage läge.

Die Entscheidung des Parteivorstandes hat bei den bürgerlichen Parteien größte Bestürzung hervorgerufen. Die bürgerlichen Wähler rechnen noch damit, daß die Entscheidung über die Auflösung des Landtages erst nach den Ferien fassen wird. So schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten:

Wie unsere Dresdner Schriftleitung aus sozialdemokratischen Kreisen hört, hat der Beschluss des Parteivorstandes in weiten Lagen wie eine Bombe eingeschlagen. Die gemäßigten Sozialdemokraten hatten noch bis zur letzten Stunde geglaubt, der Parteivorstand werde sich auf jeden Fall hinter sie stellen. Die Linkssocialisten ihrerseits hatten angenommen, daß sie sich gegen den Parteivorstand erst auf dem Reichsparteitag durchsetzen müßten. Der Beschluss des Parteivorstandes muß nach allem Vorausgegangen als ein Fallenlassen, ja als ein Treibbuch gegenüber der Gemäßigten wirken. Es ist wahrscheinlich, daß die 23 ihre Stellung nunmehr nicht mehr halten können und sich

der Auflösung des Landtages fügen werden. Am Montag oder Dienstag werden die Gemäßigten dem Parteivorstandesbeschluß ihre Einsichtnahme treffen. Der ankündigte kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung war bis

zum Sonnabend abend beim Landtag noch nicht eingegangen. Er wird aber am Montag erwartet. Da andererseits der Landtag bereits am Mittwoch schließen will, so ist bestimmt damit zu rechnen, daß der

Auflösungsantrag nicht mehr vor den Ferien zur Behandlung kommt.

Nach Lage der Dinge muß mit einem weiteren sozialdemokratischen Auflösungsantrag gerechnet werden. Ob unter diesen Umständen der Landtag seinen Ferienplan, sich bis 10. Oktober zu vertagen, aufrechterhalten wird, ist noch zweifelhaft. Wahrscheinlich wird nur eine Verlegung bis Anfang September erfolgen, so daß mit Neuwahlen Anfang November zu rechnen wäre.

Am stärksten betroffen sind die Demokraten, die alles versuchen, die 23 gegen die Entscheidung des Parteivorstandes aufzuheben. Die Zittauer Morgenzeitung schreibt:

Einstweilen ist der Beschluss des Parteivorstandes auch aus dem Grunde nicht tragfähig zu nehmen, weil der Landtag bekanntlich am 10. d. M. in die Ferien geht und nicht vor Ende Oktober, möglicherweise erst Anfang November, wieder zusammentritt. Vor dem Herbst also wird diese Frage keineswegs entschieden werden, aber auch dann ist es natürlich noch sehr die Frage, ob die Entscheidung zugunsten der Landtauslösung fällt, denn die 23 haben ja nichts mehr zu verlieren und werden sich wohl kaum dem Willen der Linken, denen sich nunmehr der Reichsparteivorstand, wenn auch in bedingter Form, angeschlossen hat, unterwerfen. Der Landtag würde ein normales Ende bekanntlich erst in den ersten Novembertagen des nächsten Jahres finden.

Das Leipziger Tageblatt schreibt am Sonntag, der Landtag wolle am 10. Juli in die Ferien gehen. Am nächsten Tage aber schreibt das Leipziger Tageblatt, der Landtag werde bereits am Dienstag, dem 7. Juli, seine letzte Sitzung vor den Ferien abhalten. In diesem Falle sollte noch am Dienstag früh im Haushaltsschluß das abschließende Etatgesetz fertiggestellt und mit in der Dienstagsitzung des Plenums verabschiedet werden. Dieses kleine Plänchen der Demokraten hat freilich von vornherein ein Loch. Selbst wenn das Etatgesetz am Dienstagfrüh im Ausschuß fertiggestellt würde, könnte es nicht mehr am gleichen Tage im Landtagsplenum verabschiedet werden. Der Landtag kann demnach frühestens am Donnerstag einen Ferienbeschluß herbeiführen. An diesem Tage sind aber auch die Fristen erfüllt, die zur Verhandlung des Auflösungsantrages erforderlich sind, so daß über diesen Antrag noch beschlossen werden muß.

Praktisch hängt die sofortige Beilegung des Sachsenkonfliktes nunmehr davon ab, ob die 23 dem Willen der Bürgerlichen oder der Entscheidung des Parteivorstandes folgen werden.

Wie wir erfahren, liegen dem Landtag bereits zwei Auflösungsanträge der Kommunisten und der Deutschnationalen vor. Damit ist die Auflösung gesichert, wenn nicht die 23 geschlossen gegen die Auflösung stimmen.

Um Dienstag findet in Dresden eine Sitzung der Landesinstanzen und der Fraktion unter dem Vorsitz des Parteivorstandes statt.

Ungeduldige Zollwucherer.

Die Opposition soll abgewürgt werden.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages unternahmen die Zollwucherer am Sonnabend einen Vorstoß, der aber an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Vertreter scheiterte. Genosse Söllmann hatte eben gegen die hohen Zollsäße im Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage gesprochen, als die Regierungsparteien durch den Abg. Horlacher (BVP) einen Antrag einbrachten, der die Debatten beenden und für die Spezialberatung die Bedeutung auf fünf Minuten verkürzen wollte. Diese Provokation wurde auf der Linken mit stürmischem Protest beantwortet. Gen. Breitscheid führte aus, daß der Antrag Horlacher so recht die Profiltier der Agrarbeiter zeige, die ihre Beute nicht schnell genug in die Schub bringen könnten. Die bürgerlichen Parteien mächteten sich überlegen, welche Wirkung ihre Handlungsweise haben müsse. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich demgegenüber ihre Abwehrmaßnahmen vor. Im weiteren Verlauf der Aussprache, in der Genosse Henke nochmals den sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den Abwürgungsplänen der Regierungsparteien untersuchte, und der Zentrumsbwg. Lammers zu vermitteln suchte, wurde der Antrag Horlacher zurückgezogen und die Debatte fortgesetzt.

Die eigentliche Sitzung begann mit einem Bericht des Abg. Schneider (DVP) über die Arbeiten des Unterausschusses für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Agrarsäße. Es wurde beschlossen, als Agrarwissenschaftler die Professoren Warmbold und Seeling und als Betriebswissenschaftler die Professoren Aereboe und Sagawa zu berufen. Den Vorsitz der Kommission soll Prof. August Müller übernehmen, dem Prof. Rabethke als Stellvertreter zur Seite steht. Dieser Ausschuß wird ergänzt durch Vertreter der Fraktionen des Reichstags. Von der Sozialdemokratie dürfen ihm die Genossen nötigen Hilferding und Georg Schmidt angehören.

Der Ausschuß legte dann die Beratungen über das Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage fort, wobei Gen. Söllmann unbedeutender, daß im Gegenjahr zu dem großen Interesse, das die breiten Massen des Volkes den Verhandlungen entgegenbringen, die Regierung ebenso wie die bürgerlichen Vertreter ziemlich teilnahmslos den Arbeiten des Ausschusses gegenüberstanden. Die deutsche Baustoffindustrie stehe am allerwenigsten unter dem Druck der Auslandskonkurrenz, könne infolge des Wohnungsmangels sogar eine sehr gute Konjunktur verzeichnen, die sie auch recht ausgiebig ausnütze. Im Wohnungsausschuß des Reichstags bestreite sowohl bei der Regierung wie bei den Parteien die Meinung, daß ein regelrechter Baustoffwucher getrieben werde. Es sei daher nicht einzusehen, warum dieser Industrie noch ein besonderer Zollschutz gewährt werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß sich der Reichsarbeitsminister im Ausschuß über die Wirkungen der hohen Zollsäße für Baumaterialien auf dem Baumarkt äußere. Dann solgte der bereits gekennzeichnete Zwischenfall. Anschließend begründete Genosse Schneider den sozialdemokratischen Antrag, den Präsidenten der Reichsbank als Sachverständigen über die etwaige Rückwirkung der Zoll erhöhungen auf die Währung zu hören. In der Abstimmung wurden alle Versuche der Opposition, die Zollsätze zu ermäßigen, durch den geschlossenen Regierungsbloc unmöglich gemacht. Die Genossen Fröhlich und Wissel sprachen u. a. noch gegen den verhängnisvollen Einfluß der hohen Zölle auf den Baumarkt, während Gen. Söllmann sich am Schluss der Sitzung darüber beschwerte, daß die Regierung die Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion einfach unbeantwortet lässe. Diese unwürdige Behandlung der größten Fraktion des Reichstags müßte die größten Schärfen in die Verhandlungen tragen.

Internationale und Sicherheitspolizei.

Gegen Sonderverträge.

Für die Grundsätze des Genfer Protocols.

SPD. London, 4. Juli.

In der erweiterten Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Internationale, die am Sonnabend begann und an der Vertreter der deutschen, belgischen, französischen, deutschböhmischen, tschechischen, österreichischen und russischen Sozialdemokratie teilnahmen, fügte am Sonnabend eine Entschließung zur internationalen Politik, in der es u. a. heißt:

Die Internationale beträgt von neuem ihren entschlossenen Willen, von allen Regierungen Europas und der ganzen Welt eine Politik des Friedens zu verlangen, gestützt auf einen weiter ausgebauten und demokratisierenden Völkerbund. Die Internationale gibt nochmals die Aussöhnung Ausdruck, daß der Völkerbund alle Völker mit gleichen Rechten umfassen soll, und es für das Wohl Europas besonders wünschenswert ist, daß Deutschland und Russland dem Völkerbund angehören. Die Internationale stellt fest, daß alle ihr angeschlossenen Parteien darin einig sind, die Annahme des Genfer Protocols in allen Parlamenten und seine Durchführung durch alle Regierungen zu fordern. Sie betrachtet das Genfer Protokoll als den Ausdruck und die Verwirklichung des Völkerbundes und der Grundzüge allgemeiner Schiedsgerichtsbarkeit, die allen Völkern Sicherheit geben und der Welt die Absehung bringen kann.

Ein Hinblick auf den Sicherheitspolizei fordert die Internationale, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die endgültige Durchführung des Genfer Protokolls zu erreichen. Die Internationale fordert die angeschlossenen Parteien auf, solange bis ein Ergebnis nicht erzielt werden kann, darüber zu wachen, daß kein Teilvertrag abgeschlossen wird, der im Widerspruch zu den oben niedergelegten Grundzügen steht. Jene angeschlossenen Parteien, zwischen denen Übereinstimmung darüber erzielt wird, einen Teilvertrag ins Werk zu lehnen, werden darüber wachen, daß er im Rahmen und unter der Kontrolle des Völkerbundes geschlossen wird, daß er nicht gegen die Schiedsgerichtsbarkeit und die Absehung ausgespielt und nicht gegen eine oder mehrere andere Mächte gerichtet wird. Mit Rücksicht auf die besonderen europäischen Gesetze werden die angeschlossenen Parteien insbesondere erstreben, daß die zwischen Deutschland auf der einen und Polen und der Tschecho-Slowakei auf der andern Seite abzuschließenden Schiedsgerichtsvereinbarungen nicht unter eine einseitige, sondern unter eine wirklich internationale Garantie gestellt werden. Die angeschlossenen Parteien werden die Beratung des Sicherheitsrates zum Anlaß nehmen, um ihre Vorschläge zu machen und in den Parlamenten ihre Stellung gegenüber dem Genfer Protokoll zu betonen.

Eine Stellungnahme der Internationale zu der Frage des Sicherheitsrates war angesichts der schwierigen Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen und den Fraktionen in den Parlamenten unumgänglich geworden. Die Entschließung, die die Internationale in ihrer Aussöhnung gefaßt hat, hält nach wie vor an den Grundzügen fest, die dem Genfer Protokoll seinerzeit zugrunde gelegt worden sind: Schiedsgerichtsbarkeit, Absehung und Sicherheit. Schon zu jener Zeit, wo das Genfer Protokoll das Licht der Welt erblickte, bestand ein Unterschied zwischen den Grundzügen, von denen sich die englischen Sozialisten als Urheber des Protokolls lehnen und der praktischen Ausgestaltung, die das Protokoll in Gemäßigkeit zu den bestehenden weltpolitischen Machtpositionen erhalten hat. Auch damals mußte man sich schon darüber klar sein, daß für die Arbeitersklasse ein Eintreten für das Genfer Protokoll nur möglich sein könnte, wenn das Protokoll über den heutigen Rahmen des Völkerbundes hinausgeht, wenn es das zu vollbringen imstande sei, was der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht hat erreichen können: einen allumfassenden Bund der Staaten und Völker zu schaffen. Schon damals war es klar, daß das Genfer Protokoll in dem Augenblick unannehmbar werden müßte, in dem es in einen Sondervertrag einer Gruppe von europäischen Mächten sich verwandeln würde, der seinem ganzen Wesen nach ein Vertrag gegen eine andere Macht oder eine andere Mächtegruppierung geworden wäre.

Die Gefahren, die in dieser Beziehung auch dem Genfer Protokoll innewohnen, sind in ein akutes Stadium getreten, seitdem das Protokoll von der Bildfläche der internationalen Erfordernisse verschwunden und durch den Plan eines Sicherheitsvertrages der größten europäischen Mächte ersetzt worden war. Die Frage des Sicherheitsrates steht heute im Mittelpunkt einer jeden politischen Stellungnahme. Die Resolution der Internationale ist leider nicht so klar und eindeutig, wie es gerade infolge dieses Umstandes notwendig gewesen wäre. Sowohl die Entwicklung der machtpolitischen Verhältnisse noch im Fluß ist, glaubte sich das Bureau der Internationale offenbar noch nicht imstande, eine einheitlich ablehnende Stellungnahme zu dem Sicherheitsvertrag als einem Sonderbündnis einer Mächtegruppe einzunehmen zu können. Sie hat aber auf die Gefahren hingewiesen, die mit der Ausgestaltung des Gedankens des Sicherheitsvertrages verbunden sind, und hat es den ihr angeschlossenen Parteien zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß diese zunächst noch verborgen und nicht klar in Erscheinung tretenden Gefahren das Proletariat nicht eines schönen Tages überraschen. Es wird daher Aufgabe der einzelnen sozialistischen Parteien sein, sich über den Gesamtvertrag des Sicherheitsvertrages klar zu werden und eine endgültige Entscheidung den kommenden Kämpfen um den Sicherheitsvertrag gegenüber zu treffen.

Die gegenwärtige politische Konstellation erfordert insbesondere von der deutschen Arbeitersklasse eine eingehende Beachtung der weltpolitischen Entwicklung. Zunächst richtet sich hier die Aufmerksamkeit auf die Außenpolitik des Deutschen Reiches, insbesondere wie sie von der im Amt befindlichen Reichsregierung gehandhabt wird. Die Sozialdemokratische Partei verlangt von der Reichsregierung die Abgabe klarer Erklärungen über ihre Außenpolitik, bevor die Antwort auf die Briand-Note erzielt wird. Sie hat vorausichtlich das Ergebnis erungen, daß die Reichsregierung bereit ist, vor der Übermittlung der Zwischennote an die alliierten Mächte mit den Parteien Rücksprache zu nehmen. Die Forderung einer parlamentarischen Ausprache kann deswegen in keiner Hinsicht aufgegeben werden. Die Sozialdemokratische Partei bleibt darauf bestehen, daß die Reichsregierung, bevor sie zu entscheidenden außenpolitischen Schritten kommt, vor dem Reichstage erscheinen muß.

Inzwischen ist die Verwirrung in den der Regierung nahestehenden Kreisen immer noch sehr groß. Vorherhanden wird durch die Telegraphen-Union eine Erklärung der Deutschen Volkspartei verbreitet, wonach es nicht richtig sei, daß der Reichs-

außenminister sich den deutschnationalen Forderungen in bezug auf die Beantwortung der Briand-Note gefügt habe. Die Grundlinien der deutschen Antwort sei von Stresemann schon am 21. Juni d. J. in einer Kabinettssitzung vorgetragen worden. Welches nach ebendem die Stellung der Reichsregierung zu den schwierigen außenpolitischen Fragen ist, wird auch durch diese Erklärung keineswegs klargestellt. Zugleich läßt die Deutschnationale Volkspartei eine Erklärung verbreiten, in der zunächst behauptet wird, der Reichsinnenminister stünde den offiziellen Veröffentlichungen seiner Partei gegen Stresemann fern. Weiterhin heißt es wörtlich:

Herr Reichsminister Schiele und die deutschnationalen Reichslandschaft haben bereits am 20. März d. J. ihre ersten und schweren Bedenken, wie sie sich schon aus der ihnen bis dahin gewordenen Kenntnis des Inhalts ergaben, mündlich und in einem Schreiben an den Herrn Reichsaußenminister zum Ausdruck gebracht. Sie haben dabei insbesondere die Veröffentlichung des Wortlauts des Memorandums vom Herrn Außenminister erbeten. Dieser Bitt ist damals nicht entsprochen worden. Ein Anlaß zu weiteren Schritten, solange die Antwort der Alliierten nicht eingegangen war, lag, nachdem der prinzipielle Standpunkt der Deutschnationalen gewahrt war, um so weniger vor, als der Herr Außenminister die Veröffentlichung des Memorandums bei Eingang der von ihm in kurzer Frist erwarteten Antwort in Aussicht stellte.

Damit bestätigen die Deutschnationalen, daß sie ihre sogenannten „ersten und schweren Bedenken“ in der Praxis zurückgestellt hatten, um ja nicht in die Verlegenheit zu kommen, den Wortlaut des Memorandums, das angeblich auch ihrem Vertrauensmann im Kabinett bekannt war, kennenzulernen und gegen den außenpolitischen Kurs ihrer eigenen Regierung um so besser heben zu können. Sie werden aber in ablesbarer Zeit wohl doch Farbe befehlen müssen. Wahrscheinlich wird dazu auch das Misstrauensvotum beitragen, das die Wählenden gegen den Reichsaußenminister eingebracht haben und das folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag wolle beschließen: In Unberacht der Tatsache, daß der Reichsminister des Äußeren, Dr. Stresemann, das das Angebot des Sicherheitsrates enthaltende Memorandum eigenmächtig und ohne Vorwissen des Kabinetts an auswärtige Regierungen gesandt hat, in Unberacht der weiteren Tatsachen, daß er dann wochen- und monatelang das Kabinett und den Reichstag ohne Kenntnis des Wortlauts und des genauen Inhalts des Memorandums gefasst hat, und daß er so, entgegen dem Artikel 58 der Reichsverfassung, eigenmächtig eine neue außenpolitische Richtlinie inauguriert hat, welche der deutschen Zukunft gefährlich und abträglich erscheint, erzieht der Reichstag dem Minister des Äußeren, Dr. Stresemann, das Vertrauen.

Wir sind gespannt darauf, wie sich die deutschnationalen Fraktion aus der Falle ziehen wird, die ihr die Bundesgenossen von rechts gestellt haben. Leicht wird diese Aufgabe nicht fallen, und die Sozialdemokratie wird auch noch insbesondere dafür Sorge tragen, daß die deutschnationalen „Erfüllungs“demagogie in das richtige Licht gestellt wird.

Gegenüber einem Artikel des Abgeordneten Neventlow, wonach die amalische Überzeugung den Notenwechsel, der während der Londoner Konferenz im vergangenen Jahre stattgefunden hat, in der Frage der Räumung der Ruhe bis zum 16. August falsch wiedergegeben habe, wird vom Wolf-Bureau festgestellt, daß der fragliche Ausdruck vollkommen zutreffend dahin übersehen worden sei, daß die französische und die belgische Regierung innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahre, vom 16. August 1924 ab gerechnet, die militärische Räumung des Außenbezirks vornehmen werden. Die These des Grafen Neventlow finde weder in dem Wortlaut der auf der Londoner Konferenz gewechselten Briefe noch in den Tatsachen eine Stütze, und werde zudem durch die Auslegung, die französischen Mächte dienen Briefen gegeben, widerlegt. Einrich(?) 6780 1234 6789 - 1234 6789 678 678 890

Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

SPD. Paris, 4. Juli.

Zwischen Staatssekretär Tredelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet hat am Sonnabend eine neue Aussprache stattgefunden, die zum Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt hat. Die deutsche Delegation ist nämlich, wie erklärt wird, nach reiflicher Prüfung der neuen französischen Gegenbeschläge zu der Überzeugung gekommen, daß diese keine Grundlage für eine Verständigung bilden. Staatssekretär Tredelenburg hat insgesamt die Erklärung abgegeben, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, angesichts der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zum Abschluß eines Abkommens zu gelangen, das noch vor den Parlamentswahlen ratifiziert werden könnte. Die beiden Delegationschefs werden am Montag noch einmal zusammenkommen, um darüber zu beraten, was bei dieser Lage noch geschehen kann. Die Ratifikation wird dadurch erschwert, daß die französische Regierung beachtigt, von der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammenritt im November die Beratung der neuen Zollgesetz-Novelle zu verlangen. Man rechnet damit, daß diese Debatte mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, und es gilt als ausgeschlossen, daß in der Zwischenzeit die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden können. Wenn auch noch kein endgültiger Beschluß vorliegt, so wird man sich doch schon darauf einstellen müssen, daß die neuen Verhandlungen kaum vor Februar des nächsten Jahres wieder aufgenommen werden können und insgesamt der vertraglose Zustand einzustellen unbedingt fortdauern wird.

SPD. Paris, 6. Juli. (Radio.)

Ein vom französischen Handelsministerium veröffentlichter Bericht bezeichnet als Hauptgrund für den Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Verigerung Deutschlands, Frankreich bei den Zöllen für Wein und elässischen Tegillwaren entgegenzukommen.

Verschärfung in Spanien.

TU. Madrid, 5. Juli.

Bei den katalanischen Großindustriellen und den Industriellen von Bilbao macht sich eine geheime Opposition gegen die bevorstehenden neuen deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen geltend. Die aus Deutschland eingegangene Meldung über eine mögliche Kündigung des deutschspanischen Handelsvertrages hat einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.

Der Moskauer Prozeß.

M. Das Urteil ist gefällt. Wir haben von Anfang an seinen Zweifel darüber gelassen, welcher Sinn diesem Prozeß kommt und welchen Wert das Beweismaterial, das der Staatsanwalt Krylenko sozialsäßig zusammengetragen hat, besitzt. Wir haben gesagt, daß dieser ganze Prozeß eine Komödie darstellt, aber immerhin eine Komödie von recht eigenartiger Natur. Der Ausgang des Prozesses hat diese Annahme bestätigt.

Und doch läßt dieser Prozeß eine Gefahr zu, die dem Sozialisten eine Betrachtungsweise aufdrängt, die außerhalb der Grenzen seiner Taktik zu finden ist. Der Zweck des Moskauer Prozesses lag ohne jeden Zweifel darin, sich Austrauschobjekte für den im Leipziger Tschechoprozeß verurteilten Skobtewski und gar noch für den im Augenblick inhaftierten Verteidiger des KPD, Massloff zu verschaffen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß derjenige der drei Verurteilten, dessen Aussagen dies Urteil eigentlich erst ermöglichten, der Rolle von Dittmar keine andere Rolle gespielt hat, als die eines großen notorischen Spieles. Seine Aussagen hielt das Moskauer Gericht für glaubwürdig. Die Verhandlungen in Moskau ergaben für alle drei Angeklagten ein recht merkwürdiges Bild. Der Hauptangestellte Dr. Kindermann ist zweifelsohne ein Mensch, den man gut in den Rahmen jugendlicher Romantik spannen kann. Der Halbcommunist Wolscht ist freilich etwas nüchterner und klarer als sein Mitangestellter, gesäßt sich aber doch sehr gut in der Rolle, die man in Russland zu spielen gedachte. Und diese Rolle bestand keineswegs in der Ausübung aller jener Staatsverbrechen, Mordanschläge und dergleichen, auf die der Staatsanwalt seine Anklage erhob. Es war gewiß dies seltsame Triumvirat der russischen Behörden ein willkommenes Moment, um das zu erreichen, was nun einmal erreicht werden sollte. Der Spiegel Dittmar erfüllte seine Aufgabe gut. Wir nehmen nicht an, daß er in einem besonderen Auftrag der Moskauer Behörden Kindermann und Wolscht in eine Falle gelöst hätte. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß er, wie so viele seiner "Vertraute" Kollegen, in diese Rolle sich gemüthmachen erst hineinfühlte, die ihm dann so behagte, daß er von ihr nicht mehr lassen konnte.

Es tut nichts zur Sache, ob die Verurteilten eine sibirische Polarreise oder, wie sie späterhin angaben, eine Forschungsreise zum Studium der Sowjetreihlinie unternommen wollten. Die Verbindung, die die Anklage zwischen den Studenten und der Organisation Consul hergestellt hatte, war sicherlich recht funktionskonstruiert. Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß ähnliche Organisationen, wie die genannte, bei bestimmten deutschen Behörden eine widerwärtige Beobachtung finden. Aber man wird die Widerständigkeit der Moskauer Konstruktionen daran ermessen können, wenn man sich einzelne Momente der Anklageschrift vor Augen hält. Der Berliner Polizeipräsident sollte hierarchisch die verschiedenen politischen Morde der Organisation Consul begünstigt oder gar entfacht haben. So auch das Attentat auf Scheldemann. Also Scheldemann, der an anderen Stellen der Anklageschrift als Henkerstreich der deutschen Revolution figuriert, wird hier zum Angriffsobjekt — des Sozialdemokratischen Richter, der den Posten des Berliner Polizeipräsidienten bekleidete. Kindermann sollte der Generalbevollmächtigte der O. C. für russische Attentate sein. Kindermann ist Jude. Nun liegt die spezielle Aufgabe, deren sich die O. C. befleißt, sicherlich auch im Interesse einer gewissen Schicht jüdischer Kapitalisten. Aber das beläuft noch keinesfalls, daß es den Semitlingen auch gestattet wäre, die Aktionen dieser Organisation zu infizieren. Jedes Kind weiß in Deutschland, daß es einfach einen Juden unmöglich wäre, Aufnahme in die O. C. zu finden. Die Frage, ob ein jüdischer Student sondertlich auf daran verspielen würde, brauchen wir gar nicht erst zu untersuchen. Des Balten v. Dittmars Aussagen waren somit gewiß nicht dazu angelegt, eine besondere Glaubwürdigkeit zu erwecken. Dazu brauchte es eigentlich gar nicht erst der zahlreichen Dementis, die von verschiedenen deutschen Amtsstellen losgelassen wurden.

Es war alles in allem ein recht unsauberes Gewebe, das sich da im Moskauer Gerichtssaal entspinnste. Vieles wird wahrscheinlich auf immer dem Tagessicht entdeckt bleiben. Der tiefere Zweck der Aufstandstreibe der Studenten war nun eben ein jugendlich-romantisches Abenteuer, und solche Dinge wird man schwerlich auf ihren Gehalt prüfen können. Die Verurteilten waren alle drei recht fragwürdige Gestalten, die Herr Krylenko sehr gut missbrauchen konnte.

Aber war seine Methode denn so ungewöhnlich? Trug sie nicht deutlich die Spuren einer in unserer Stadt besonders gut bekannten Praxis? Und hier liegt nun die Gefahr für den Sozialisten, von der wir oben sprachen. Das Moskauer Urteil ist ohne allen Zweifel ein Blutzettel schändlicher Art. Selbst wenn die Angeklagten wirklich alle die Verbrechen schuldig wären, auf die hin man sie verurteilte, wird man es nicht verstehen können, daß der Sowjetstaat es nötig hatte, seine Sicherheit durch den Tod der Angeklagten zu stabilisieren. Wäre der Bestand der russischen Sowjetrepublik durch die Angeklagten in seiner Existenz wirklich so gefährdet, daß man sie durch Aufhängen oder Erstechen bestrafen muß? Wir, die wir bestimmt über eine Überhöhung der realen Machtverhältnisse Sowjetrusslands erhaben sein dürften, glauben, daß ein derartiges Schwächeingeständnis die russische Sowjetrepublik nicht verdient.

Dies, wie gesagt, wenn man die Angeklagten tatsächlich all die Mordpläne im Sinne gehabt hätten, deren man sie bezichtigte. Nun haben sie aber, wie wir gezeigt haben, diese Dinge gar nicht im Schilde geführt. Und trotzdem? Diese Art, wie man auf Indizien hin dem Erwischen den Galgen aufrichtet, ist bekannt. Man hat gelernt.

Der Vorwärts nun schlug gewaltigen Lärm, prügelte die Passivität der Reichsregierung und verlangte weiß Gott alle möglichen Staatsaktionen. Können wir wirklich von einer Regierung, die im eigenen Lande sich gegenüber der kraschesten Klassenjustiz für ohnmächtig erklärt, verlangen, sie solle außerhalb ihrer Grenzen nach dem rechten sehen? Würden die Sowjetgewaltigen nicht mit etwas mehr als einem königlichen Salz von eigener Rechtsfertigung hinziehen nach Deutschland und so unendlich viel aufzählen können und sagen: Das haben wir von euch gelernt! —

Nicht gerade so, aber so ähnlich. Die deutsche Reaktion schreit Zeter und Mordlo, aber sie vergisst, daß sie der Lehrmeister der Moskauer Gerichtsbarkeiten war. Die deutsche Arbeitersklasse ist die einzige, die ihre Stimme gegen die Moskauer Blutjustiz erheben darf. Das Moskauer Urteil ist ein Schandurteil. Aber auch hier gilt für uns der Grundsatz sozialdemokratischer Taktik: "Der Feind steht im eigenen Land!"

Reichsregierung und Moskauer Urteil.

Ein Begnadigungsgefaß Dittmars schon gestellt.

SPD. Der amtliche Bericht der deutschen Botschaft in Moskau über den Deutschen-Prozeß liegt bisher in Berlin noch nicht vor. Auch ist Dr. Freund, der von der deutschen Regierung bestellte Verteidiger noch nicht in Berlin eingetroffen. Vor seinem Eintreffen kann die Charakterisierung des Prozesses, soweit die Einzelheiten in Frage kommen, noch nicht abgeschlossen werden. Was die bereits zurückgebrachten deutschen Studenten Fink und Rose erzählen, kann lediglich zur Illustration der einzige dasiebenden Justizkomödie dienen. Die Art, wie Fink vernommen wurde, ist bezeichnend. Irrgendiffel welche sie selbständige Darlegungen durfte er nicht machen, er hatte lediglich ganz bestimmte vom russischen Gericht gestellte Fragen zu beantworten. Die Zeugen wurden in Moskau völlig isoliert; sie bekamen weder eine deutsche Zeitung zu Gesicht, noch durften sie mit der deutschen Botschaft in Verbindung treten. Die Verqualung der deutschen Botschaft mit dem Prozeß dürfte der Sowjetregierung sicher noch manche Unannehmlichkeiten bereiten. Das Reichstagabonnement fordert z. B. beständige Erklärungen über die Verdächtigungen des Legionärs Hilger. Die Angeklagten werden sicherlich von dem Recht Gebrauch machen, ein Gnadengefaß an das Exekutivkomitee zu richten. Um auf alle Fälle weitere Tortheiten zu verhindern, hat die deutsche Regierung sofort entsprechende Schritte für die Nichtvollstreckung des Urteils unternommen.

*

Nach Moskauer Meldungen vom 4. Juli hat der Verurteilte v. Dittmar unmittelbar sein Gnadengefaß eingereicht. Diese etwas häßliche Eile dürfte nicht ohne tieferen Grund sein. Sie bestätigt wohl deutlich, daß Dittmar in Moskau seine andere Rolle als die eines Spieles spielt.

Protest gegen das Moskauer Urteil.

WLB. Berlin, 5. Juli. Der Welt am Montag zufolge hat die Deutsche Liga für Menschenrechte an den Rat der Volkskommissare in Moskau folgendes Telegramm gesandt:

"Die Deutsche Liga für Menschenrechte nimmt gegen jede Regierung das primitivste Recht des Menschen auf sein eigenes Leben wahr. Sie hat gegen die Todesurteile der bulgarischen Regierung öffentlich protestiert. Sie hat sich gegen die Todesurteile des Leipziger Reichsgerichts gewandt. Sie appelliert an die russische Regierung auf Nichtvollstreckung der Todesurteile gegen die drei Deutschen, um so mehr da niemand durch die Verurteilten zu Schaden gekommen ist und Sowjetrussland die Todesstrafe als legales Mittel abgeschafft hat."

Stimmen der Sowjetpresse.

SPD. Moskau, 4. Juli. Die Sowjetpresse ist am Freitag und Sonnabend mit großen Artikeln über den Kindermann-Prozeß ausgefüllt. Die Zeitungen bemühen sich, die Größe der Gefahr auszumachen, die das Komplott der drei Studenten für die Sowjetrepublik bedeutet hätte. Die Pravda versteht sich logar zu der Behauptung, daß die Reise der verurteilten Studenten nach Russland mit der Anklagede Birkenhäads im englischen Oberhaus gegen Russland wegen der China-Umrüben im Zusammenhang steht.

Um den Finanzausgleich.

Die Finanzminister der Länder gegen v. Schlieben

Bei der Beratung des Finanzausgleiches im Steuerausschuß des Reichstages kam es am Freitag zu bestigen Auseinandersetzungen zwischen dem preußischen Finanzminister Höppler-Mößhoff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieben. Neben den Differenzen über die Frage der Zuschläge und die Höhe der Beteiligungen an den Reichsteuern war es die Tatsache, daß ein knappes Entwurf der Reichsregierung vorlag, der den Reichsrat überhaupt noch nicht beschäftigt hat, der diese Schärfe der Debatten hervorrief. Andererseits ist es die Enttäuschung der Länder über den Bruch der Versprechungen durch die Regierungsparteien. Im Vertrauen auf deren frühere Haltung hatten die Länder und Gemeinden gehofft, jetzt mittels des Zuschlagsrechts größere finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten. Statt dessen sehen sie sich einer feindlichen Front gegenüber, die sie sowohl finanziell als auch wirtschaftlich und politisch stark einengen will.

Genoss Dr. Herz gab seiner Genugtuung über den Verlauf der Aussprache am Donnerstag Ausdruck. Alle Parteien mit Ausnahme der Bonnerischen Volkspartei haben ungern und lehnen die Zuschläge zur Einkommensteuer durch Länder und Gemeinden ab. Die Sozialdemokratie habe das stets getan, da Zuschläge sowohl die Steuerhöhe des Reiches, als auch die Einheit der Steuerbelastung gefährden. Es sei aber auch nicht sachlich gerechtfertigt, die Zuschläge, die man jetzt nicht machen wolle, für das Jahr 1927 zu versprechen. Eine Enquête, die die Grundlage für eine richtige Verteilung der Steuererträge schafft, ist notwendig. Die Höhe des Finanzbedarfs ist abhängig von den Aufgaben. Das Reich hat Ländern und Gemeinden neue Aufgaben übergeben, es muß ihnen dafür auch die Mittel gewähren. Es ist falsch, daß bei den Gemeinden eine finanzielle Mittelwirtschaft betrieben werden ist. Wenn Gemeinden z. B. Güter erwerben, um den Wohnungsbau zu fördern, so ist das nur anerkennenswert. Das habe die Stadt Berlin getan. Ihre Finanzwirtschaft sei nur vorauseilend und weitsichtig gewesen. Berlin habe die Steuern erheblich abgebaut, die Verwaltung eingeschränkt und demzufolge seit die niedrigste Grund- und Gewerbesteuer sowie die niedrigsten Verluststeuern. Für die Höhe der Überweisungen im Bevorratungsstande seien genaue Unterlagen erforderlich. Es ist zu prüfen, ob solche Überweisungen nicht der prozentuellen Beteiligung vorzuziehen seien. Die in dem neuen Vorschlag vorgesehene feste Relation zwischen Einkommensteuern und Realsteuern könnte zu schweren Schäden bei Ländern und Gemeinden führen. Die endgültige Stellung der Sozialdemokratie zum Finanzausgleich hängt von der Hauszinssteuer ab, deren Verwendung für soziale Zwecke eingeschränkt werden muß.

Nachdem die weiteren Redner noch einmal betont hatten, daß die Einführung von Zuschlägen jetzt unmöglich sei, kam es zu der heftigen Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Finanzminister Höppler-Mößhoff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieben. Dr. Höppler-Mößhoff wandte sich schärfer gegen den neuen Vorschlag der Reichsregierung, der neben der Verlagerung des Zuschlagsrechts den Versuch unternehme, eine materielle und formelle gleich ertragliche Verbesserung von Ländern und Gemeinden einzuführen. Die Pflicht der Gemeinden, den Finanzämtern Einblick in ihr geläufiges Finanzgebaren zu gewähren, enthält die Unmöglichkeit von Aufsichtsbesuch, denen sie niemals gewachsen seien. Das führt nur zu einer unnützen Vergrößerung des Apparates. Das in dem Vortrag zum Ausdruck kommende Misstrauen sei unbegründet. Man verallgemeinere Engelsches Gesetz. Die Länder hätten durchaus Sparmaßnahmen gewählt. Die neuen Aufgaben zurückschaffen, die das Reich auf sie abgewälzt habe. Das Reichsfinanzministerium habe sich auch nicht an die Abdachungen im Reichstag gehalten. Es werden jetzt in der Dunkelkammer Entwürfe durchgesetzt, die die Länder vor einer ganz neuen Situation stellen und überrumpeln. Die Verwirrung dieser Absichten sei ohne schweren Erschütterungen nicht möglich.

Sehr erregt gab Reichsfinanzminister v. Schlieben seinem lebhaftesten Bedauern über den polemischen Ton des preußischen Finanzministers Ausdruck. Die Länder sollten der Reichsregierung dankbar sein, daß sie das Finanzausgleichsgesetz noch rasch verabschiedet habe. Die Kritik an der Finanzwirtschaft des Reichs sei unberechtigt. Die Reichsregierung habe auch nicht die Absicht, sich Aufsichtsbesuch über die Gemeinden beizulegen. Auch der Vorwurf, daß das Reich den Ländern und Gemeinden ein billiges Wirtschaften unmöglich mache, sei unberechtigt. Soeben erst habe der preußische Landtag beschlossen, daß jeder Beamte der unteren Besoldungsgruppen eine Erhöhung seiner Vergütung um 100 Reichsmark erhalten solle. Der Beschluß des preußischen Staatsrates sei unverständlich, wenn er die Erhöhung der Hauszinssteuer ablehne. Schlieben erklärte zum Schlus, er müsse jede Verantwortung ablehnen, wenn auf diese Art und Weise alle Bezüge, einen geregelten Haushalt aufzustellen, vereitelt werden.

In der weiteren Aussprache erklärte Dr. Fischer-Köln (Dem.), es sei auch ihm fraglich, ob man sich jetzt schon soweit festlegen könne, daß 1927 unter allen Umständen das Zuschlagsrecht einzutreten müsse. Staatsekretär Popitz betonte ebenfalls, daß eine Kontrolle der Länder und Gemeinden nicht beabsichtigt sei. Ihr Verlangen nach der Statistik verfolge nur das Ziel, eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs zu ermöglichen. Über die Form der Statistik könne noch gesprochen werden.

In der Sitzung des Ausschusses am Sonnabend schlossen sich der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold und der württembergische Dr. Lindh im großen und ganzen der Kritik an, die am Freitag der preußische Finanzminister Dr. Höppler-Mößhoff an den Finanzplänen der Reichsregierung geübt hatte. Dr. Reinhold erbot sich gegenüber den Vorwürfen der Verwundung in den Ländern eingehende Unterlagen über die sächsischen Finanzen vorzulegen. Er hat, den bestehenden Ausgleich zu verlängern, bis diese Unterlagen geprüft sind und das endgültige Schicksal der Hauszinssteuer entschieden sei.

Im Namen der Regierung erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, daß das Problem der Hauszinssteuer jetzt mit entschieden werden soll; weiter betonte er, daß das Reich auf seine Forderung nach 90 Prozent der Einkommensteuer (die Länder verlangen bekanntlich 75 von derselben Steuer) nicht verzichten könne.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Polen.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung treten am 6. Juli die deutschen wirtschaftlichen Kampfmaßen gegen Polen in Wirklichkeit. Dazu wird dem Soz. Presseamt von besonderer Seite mitgeteilt, daß sowohl Deutschland in Frage kommt, die Verhandlung ist offen gelassen wird. Das von Deutschland vorgelegte Provisorium hat u. a. schließlich in erster Linie den Zweck, den Wirtschaftskrieg zu vermeiden; denn nicht nur Polen, sondern auch Deutschland werde durch den Wirtschaftskrieg empfindlich geschädigt. Das 100 000-Tonnen-Kohle einfuhrkontingent dürfe aber angesichts der Lage des deutschen Bergbaus von Polen nicht zu niedrig eingesetzt werden, zumal Deutschland auch weiterhin bereit ist, in der Frage der Fleisch- und Viehhaltung (Beliebtheit des alten Zustandes bis Herbst 1925) mit sich reden zu lassen. Deshalb steht das deutsche Angebot zur Schaffung eines Provisoriums noch immer zur Verhandlung. Die politische Antwort darauf soll heute erfolgen. Hoffentlich fällt sie so aus, daß sich der Wirtschaftskrieg erübrigt.

Tagung des Reichsländerbundes.

Auf der Tagung des Reichsländerbundes in Koblenz wurden eine Reihe von Entschließungen angenommen, die gegen die Herausbildung des Landes- und Gemeindeanfalls an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 75 Prozent protestieren, sich gegen die Entkommunalisierung kommunaler Betriebswerke durch Überlegung an das Privatkapital wenden und auf dem Gebiete des Schulwesens eine Reihe von Maßnahmen fordern, um eine Form des Lastenausgleichs auf diesem Gebiete herbeizuführen. Es wurde ferner auf dem Gebiete des Militärgewesens und der Neubauförderung eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um den Notwendigkeiten der kleinen und mittleren Städte gerecht zu werden. Beschllossen wurde eine Satzungsänderung, nach der der Vorstand bestreitet ist, in wichtigen Fragen eine Anzahl von Parlamentarismusgliedern als parlamentarischen Beirat zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen. Als nächster Tagungsort wurde Königsberg bestimmt.

Der bulgarische Kommunismusprozeß.

Zwölftägige Gefängnisstrafen.

Aus Sofia wird gemeldet: In dem Prozeß gegen die Mitglieder des früheren Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die angeklagt waren, den Aufstand im September 1923 hervorgerufen zu haben, verurteilte das Gericht Rabatschiess zu zwölf Jahren Gefängnis und Kolaroff, Dimitroff und Tukanoff, die sich in Moskau befinden, in Abwesenheit zur gleichen Strafe. Frau Kirova, die Gattin des verstorbenen Kommunistenführers Kirloff, sowie zwei andre Mitglieder des Zentralkomitees wurden freigesprochen.

Die Angeklagten in dem Prozeß der kommunistischen Zentralkomitees sind auch in Deutschland gut bekannt. Rabatschiess trat besonders 1920 hervor, als er auf dem Hollenser Parteitag der USPD für den Anschluß an Moskau plädierte und später auch zum Spaltungs-Parteitag der italienischen Partei vor der Executive der kommunistischen Internationale delegiert wurde. Kolarow gehört auch heute noch der Executive der Moskauer Internationale an und steht an der Spitze des der Komintern angegliederten Internationalen Bauernrates.

Die Angeklagten in dem Prozeß der Zentralkomitee hatten die eigentliche Führung der KP. Bulgariens inne und leiteten den unglücklichen Septemberpuß des Jahres 1923, der von der Janlow-Diktatur zu einem ungeheueren Blutbad ausgenutzt wurde und zur Festigung des Janlow-Regimes im Grunde genommen nur beigetragen hat.

Die Angestellten im Prozeß der Zentralkomitee hatten die eigentliche Führung der KP. Bulgariens inne und leiteten den unglücklichen Septemberpuß des Jahres 1923, der von der Janlow-Diktatur zu einem ungeheueren Blutbad ausgenutzt wurde und zur Festigung des Janlow-Regimes im Grunde genommen nur beigetragen hat. Die Janlow-Herrscher müßten denen, die sie jetzt zu unermeßlich hohen Gefängnisstrafen verurteilen, statt sie mit den ausgleichslosen Methoden der Schreckensherrschaft zu verfolgen, eher dankbar sein.

Bon Rah und Fern.

Amundens Ankunft an Oslo.

Oslo, 5. Juli. In Anwesenheit einer ungeheuren Menschenmenge erfolgte heute die Ankunft der Polarsleiger, die von der Königin, welche sich in einem Motorboot zu ihrem Empfang gebeten hatte, begrüßt wurden. Der Storting-Präsident Ulle hielt die Polarsleiger mit einer Ansprache willkommen. Amundens erwiderte auf die Rede des Storting-Präsidenten mit einer Ansprache, in der er, auch im Namen seiner Gefährten, seinen Dank für die Willkommensworte aussprach. Er schloß mit einem Hoch auf Norwegen. Bei dem Empfang im Schloss begrüßte der König Amundens und seine Gefährten und überreichte Amundens die Bürgerkriegsmedaille. Auch seine Gefährten erhielten Ordensauszeichnungen.

Blutiger Kampf mit Zigeunern.

U. Hamm, 5. Juli. In Hünxe gerieten in einer Wirtschaft Zigeuner und Korbblecher in Streit. Dabei kam es zu einer Schießerei, in deren Verlauf der an dem Streit völlig unbeteiligte Geschäftsführer Grüben einen Kopfschuß erhielt, der kurze Zeit darauf den Tod herbeiführte. Der Schießender Klein erhielt einen Bauch- und Armschuß. Zwei Zigeuner wurden lebensgefährlich verletzt. Ebenso wurde ein Zigeunerweib durch einen Schuß erheblich verletzt. Nach der Schießerei ergriffen die Zigeuner die Flucht. Sie konnten aber von der Polizei gefasst und dingfest gemacht werden. Der Hauptläufer wird schon seit längerer Zeit wegen der Erschießung eines Landsägers steckbrieflich verfolgt.

Grenzenüberschreitung in Oberschlesien.

U. Berlin, 6. Juli. Wie die "Montagspost" aus Breslau meldet, ist in der Nacht zum Sonntag auf der Zeche "Konkordia" in Hindenburg i. O.-Sch. ein Schacht in einer Ausdehnung von 100 Metern eingebrochen. Zwei Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden, ein dritter Arbeiter erlitt schwere Kopfverletzungen.

Eine Südamerikanische Stadt eingehaßt.

U. Berlin, 6. Juli. Der "Montag" meldet aus Neuport: Nach einer Meldung aus Bogota in Kolumbien ist die Stadt Manic

Gaßt! Saison= Ausverkauf

Billigste Rekord Preise

Der Triumph meines Rekordes!

Strickwaren

Blusenschoner, reine Wolle, in schönen Farben	1.35
Strandjäckchen, reine Wolle, links-links gestrickt, schöne lange Form, mit Schalkragen, in großer Farben-Auswahl	2.95
Strandjäckchen, reine Wolle, schwere, dichte gestrickte Qualität, mit Schalkragen	4.95
Elegante Westen, weiche Zephyrwole, mit Jacquard-Mustern und einfarbig, für leichte Sommer-Kleider	3.95
Klub-Westen, reine Wolle, einfarbig, mit farbiger Blende abgesetzt, für Herren und Damen	3.95
Eleg. Damen-Klub-Westen, reine Wolle, linkslinks gestrickt, weiß-gründig, mit römischen Langstreifen	4.95
Klub-Westen, Kunstseide platt, in vornehmer Farbenstellung für Herren und Damen	5.85
Damen-Sport-Westen, prima Zephyrwole, mit seiden durchwirkten Jacquard-Mustern	6.95
Damen-Sport-Westen mit Kragen, einfarbig, mit Blende abgesetzt, in reiner weicher Wolle	7.85
Damen-Klub-Westen, künstl. Seide, in schönen modernen Farben	7.95
Lange Damen-Jacken, reine Wolle, mit eleganter Kante, in schöner Farbenstellung	5.85
Lange seid. Damen-Jacken in wunderbaren Farben	6.95
Lange Damen-Jacken, reine Wolle, extra schwere Qualität, mit angesetzter oder römischer Kante	9.85
Seiden-Jumper mit spitzen Halsausschnitt, in aparten Ananas-Mustern	2.85
Jumper in reiner Wolle, könstlerische Seide und Seiden-Trikot, mit Spitzen-Besatz, in riesiger Farben- und Muster-Auswahl	3.95
Pullover, extra schwere Kunstseide gestrickt, mit apart. Jacquard-Mustern	6.75
Elegante Seiden-Trikot-Kleider, besonders starke Qualität, Kunstseid.Kleider gestrickt, mit elegant. Jacquard-Mustern in fischer Form	6.95
Reinwollene Strick-Kleider, kräftige Qualität, offen u. geschlossen zu tragen	11.95
Elegante seidene Kostüme, gestrickt, extra schwere Qualität, mit hochelaganten Jacquard-Mustern	19.75
Apachen-Schals, künstl. Seide, in eleganter Ausführung	95,-
Große Schulter-Tücher, reine Wolle, eleg. Handarbeit, farbige Auswahl	5.75
Kinder-Jumper, reine Wolle sowohl in Kunstseide, in allen Größen	1.95
Reinwollene gehäkelte Kinder-Jumper, leuchtende Farben, m. farbiger Kante, alle Größen	3.95
Elegante Kinder-Jacquard-Westen, prima Wolle, ohne Arm, in allen Größen	2.95

Unterkleidung

Damen-Unterhemdchen in Baumwolle, weiß, gestrickt	25,-
Lange Damen-Hemden fein gerippt, gestrickt, mit Bandträg., weiß	60,-
Damen-Hemdshosen weiß, Baumwolle, moderne Form, mit Steg	95,-
Seid. Damen-Hemdshosen in schönen Farben, moderne Ausführung	3.45
Damen-Schlupfhosen Baumwolle, mit doppeltem Gesäß, farbig	65,-
Seid. Damen-Schlupfhosen mit dopp. Gesäß, pa. Qual., in schön. Farb.	1.85

Seid. Prinzessröcke

In prima Qualität, in schönen Farben	3.45
--	------

Kinder-Jüppchen pa. Baumwolle	28,-
Erstlings-Mützchen merzerisiert, hellblau	15,-
Herren-Netzjacken in Baumwolle, für heiße Tage	68,-

Herren-Hosen

baumwollenes regulär gewirkte Stransier-Qualität, sehr praktisch für Bequemlichkeit, bis 100 cm Bauchweite	75,-
Herren-Hosen prima Baumwolle, unifarbig, mit großem Doppelwickel, bis 100 cm Bauchweite	1.60
Herren-Hosen „echt ägypt. Mako“ mit großem Doppelwickel, prima Qualität, sehr haltbar, bis 110 cm Bauchweite	2.75
Herren-Einsatz-Hemden in Baumwolle, mit schönen Piqué-Einsätzen	1.45

Herren-Artikel

Sportkragen, prima Ripsplique und Zephir, beste Verarbeitung, weiß und farbig, in allen Weiten	15,-
Schleifenbinder, prima Qualität, in moderner Ausmusterung	35,-
Selbstbinder, prima künstl. Seide, einfarbig	45,-
Selbstbinder, prima Qualität, in wunderbaren Mustern	65,-
Perkal-Oberhemden, mit und ohne Kragen, in modernen Mustern	3.75

Zephir-Oberhemden, prima Qualität, mit 2 weichen Kragen und Umschlagmanschetten, in modernen Streifenmustern	4.85
Sport-Hemden mit Schillerkragen, prima Zephir, einfarbig, und prima Plastell, in vielen Farben sortiert	3.75
Tennishemden mit Schillerkragen, prima weißes Hemdentuch	4.95
Jumper-Schürzen einfarbig mit buntem Besatz	75,-
Jumper-Schürzen Kretonus, bunt gemustert	90,-
Knaben-Schürzen aus einfarbig. Gingamb. Größe 45 u. 50	45,-
Herren-Taschentücher Lison, weiß, 42 cm	15,-
Damen-Taschentücher Ballist mit Hohlsaum, 27 cm	15,-
Sommer-Stoff-Gamaschen für Damen, spottbillig	95,-

Versand nur gegen Nachnahme. Kein Umtausch. Mengenabgabe verbehalten. Der Ausverkauf findet nur in meinem Hauptgeschäft statt.

Strumpf-Eulitz

Sozialpolitische Fragen vor dem Reichstage.

Kurarbeit.

Das Plenum des Reichstages muß seine Tätigkeit nachdrungen auf zwei Tage unterbrechen, da keinerlei Arbeitsstoff vorhanden ist, trotz der politischen Hochkonjunktur, die in Berlin seit Monaten zu verzeichnen ist.

In der Mitte der vergangenen Woche verlangte die Deutsche Volkspartei, daß die außenpolitischen Probleme soviel als möglich vor dem Plenum verhandelt werden sollten, da aus den Reihen der Deutschnationalen gegen die Politik Stresemanns immer stärkerer Widerstand erwuchs. Dazu kam der Umfall der Deutschnationalen. Die Fehde der Volkspartei gegen die Deutschnationalen endete in einem nicht gerade fröhlichen Federkrieg zwischen Schiele und Dr. Stresemann.

Obwohl der Reichstag zur Kurarbeit übergehen muß, hat sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien dennoch nicht entschlossen, die zwei freien Tage, die für heute und morgen eingelegt werden müssten, zur Behandlung der wichtigen außenpolitischen Probleme zu benutzen. Das alles um die bedrängten Deutschnationalen zu schützen. Wäre die außenpolitische Aussprache in diesen Tagen vorgenommen worden, dann hätten die Deutschnationalen wohl oder übel Farbe bekennen müssen. Herr Schiele hätte mit der Sprache herausgemusht. Er hätte vor dem gesamten Hause feststellen müssen, daß er zwar gewußt habe, daß Stresemann am 9. Februar eine außenpolitisch überaus weittragende Note an die Alliierten abgehen ließ, daß er aber keinerlei Initiative enthalten habe, um den Wortlaut dieser wichtigen außenpolitischen Entscheidung kennenzulernen.

Auch sonst müßte die außenpolitische Aussprache einen neuen Zusammenbruch der Deutschnationalen Ideologie ergeben, wenn nicht anders das Kabinett in die Brüche gehen sollte. Darum erklärten die bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, daß die außenpolitische Aussprache vorzuhören werden müsse, bis die Antwortnote Stresemanns an Briand ergangen sei.

Der Außenminister tappt dabei freilich völlig im Dunklen. Über sieber eine Außenpolitik der Pfiffe und Kniffe, als durch eine weitere Komplikation der innerenpolitischen Lage auf den Hochschulzoll und die neuen Steuern verzichten zu müssen. Diese würden durch eine außenpolitische Aussprache unmittelbar in Gefahr gebracht, denn würden sich die Gegenläufe zwischen den beiden führenden Regierungsparteien weiter verschärfen, dann wäre mit einer Regierungskrise sicher zu rechnen. Es würde dann ferner auch das ganze Arbeitsprogramm, das sich der Reichstag bis zum 18. Juli vorgenommen hat, in der Hauptfrage unverledigt bleiben. Schon jetzt ist es völlig ausgeschlossen, daß das vorgenommene Plenum bis zum 18. erledigt werden kann. Am 8. tritt das Plenum erneut zusammen. Dann bleiben 10 Tage übrig. In diesem Dezennium sollen die zwei Aufwertungsgezehe, rund 10 Steuervorlagen, der Zolltarif, die dritte Lösung des Reichsetats, die außenpolitische Aussprache und mancherlei kleine Vorlagen verhandelt werden. Das ist schon rein technisch eine Unmöglichkeit, um so weniger als bis auf den Aufwertungsausschuss keiner der übrigen Ausschüsse vor dem Abschluß seiner Arbeiten steht.

Iwarz berät der Westestenausschuss beinahe jeden Tag. Aber auch er ist nicht imstande, die Quadratur dieses Jürkels zu lösen.

88. Sitzung des Reichstages.

Berlin, 4. Juli.

Ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung der Abgeordneten Hekert und Pfeiffer (Komm.) wird dem Geschäftsbuchsausschuss überwiesen. — Die Vorlage über Gebühren für Arbeitsbücher wird in dritter Lösung angenommen. — Das zur dritten Lösung stehende Handelsabkommen mit Griechenland wird auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (dün.) dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Schuh der Jugend bei Lustbarkeiten, verbunden mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Nach der Vorlage kann die Beschäftigung und der Besuch von Minderjährigen unter 18 Jahren für bestimmte Lustbarkeiten, Schaustellungen usw. verboten oder eingeschränkt werden.

Abg. Frau Schröder (Soz.)

berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Gesetzentwurf geht von einem sozialdemokratischen Antrag aus, der den fehlenden Kinderschutz in der Filmindustrie schaffen will. Im Ausschuß ist auseinandergelebt worden, wie sichtbar nervenzersetzend und gesundheitsförderlich die Verwendung der Kinder bei Filmaufnahmen ist. Wenn schon die Konstitution und das Nervensystem der Erwachsenen bei den Filmaufnahmen schwer angegriffen werden, so ist es noch viel schlimmer bei den Kindern, deren Nervensystem in seinem Aufbau viel weicher und feiner ist. Dazu kommt die schlechte Luft in den Filmateliers bei Aufnahme im Freien, Staub, Sonnenbrand und überhaupt das scharfe Licht, das bei den Aufnahmen notwendig ist. Schließlich tritt bei den Kindern noch besonders eine moralische und fiktive Schädigung hinzu. Aus allen diesen Gründen hat sich die Notwendigkeit des Schutzes der bei Filmaufnahmen beschäftigten Kinder als außerordentlich dringend erwiesen. Berlin hat sich deshalb schon veranlaßt gelehnt, seine Kinder bei Filmaufnahmen zu schützen. Die Berliner Filmindustrie kann sich aber dadurch helfen, daß sie eine Stunde von Berlin fort geht und in Neukölln Aufnahmen macht. In München, der zweitgrößten Zentrale für Filmaufnahmen, besteht allerdings ein Schutz der Kinder überhaupt noch nicht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Antrag unserer Fraktion lehnt sich durchaus an die Berliner Polizeiverordnung an, die ihre Durchführbarkeit ja bereits praktisch erwiesen hat. Danach sind Kinder unter 18 Jahren überhaupt von Filmaufnahmen ausgeschlossen, weil die Schädigung bisher ausgeschlossen worden ist. Im Westestenrat kann heute noch festgestellt werden, welche Gegenstände am Montag und Dienstag behandelt werden sollen.

Abg. v. Graefe (Wölk.) ersucht, heute noch einmal im Westestenrat darüber mit dem Außenminister zu verhandeln, daß die außenpolitische Debatte Anfang der nächsten Woche erfolgt. Die Böllischen wünschen unter allen Umständen die sofortige außenpolitische Debatte.

Staatssekretär Kempner: Im Auftrage des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß die Debatte über die außenpolitische Lage noch auf den Sommerferien stattfinden wird, und zwar sobald die Antwortnote überreicht ist. (Lebhafte Hörer, hört! links.)

Abg. Dr. Rosenburg (Komm.) erklärt, ein deartiges Vorgehen der Regierung würde in keinem anderen Parlament Europas möglich sein. (Gelächter rechts.) Die Kommunisten müßten unbedingt auf der sofortigen außenpolitischen Debatte bestehen.

unter 15 Jahren überhaupt verboten. In Frankreich werden zweifellos die Artikel des Arbeitsgesetzbuches angewandt, welche die Arbeitsbedingungen der Kinder unter 13 Jahren als Schauwielter usw. regelt. In Großbritannien ist die Beschäftigung von Kindern bei Filmaufnahmen wahrscheinlich den Bestimmungen des 1920 erlassenen Gesetzes unterworfen, das das Einkommen von Washington durchgeführt und das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren mit gewerblichen Arbeiten enthält. Ebenso ist es in Schweden.

Die Mehrheit des Ausschusses war davon überzeugt, daß eine Konkurrenzfähigkeit der deutschen Filmindustrie nicht in Frage käme, daß aber vor allem die Gesundheit der Kinder dem Reichstag näher stehen müßte, als das Interesse einiger kapitalistischer Filmindustrieller. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Frage, ob Kinder unter 3 Jahren generell ausgeschlossen werden sollten, spielt eine besondere Rolle; die Mehrheit des Ausschusses hat geglaubt, die Herauszählung von Kindern unter 3 Jahren zu Filmaufnahmen im Interesse der Wissenschaft und der Heilkunde zu lassen. Die Anregung eines Ausschuhmitgliedes, die Aufnahme in Ateliers und bei künstlichem Licht auszuschließen, wurde leider verworfen. Ein Antrag der Kommunisten, bei dem Schutz der Kinder bei Filmaufnahmen bis zum 18. Lebensjahr hinzugezogen, wurde zurückgeworfen, weil das Kinderbeschützer nur Kinder bis zum 14. Lebensjahr einschließt. Mit der Forderung die Kinder einen Spezialtag ist aber die Forderung noch nicht erledigt, das Kinderbeschützer auszubauen, sondern die Regierung ist verpflichtet, bei nächster Gelegenheit einen Gelegenheitswurf vorzulegen, der einen Aus- und Umbau des Kinderbeschützeres für die heutige Zeit vor sieht. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Frau Arendsee (Komm.): Wenn die Jugend verwohlt, so ist das die Schuld der Gesellschaft. Namentlich die Wohnungsfrage spielt hier eine große Rolle und die Frage der Löhne der Arbeiter. Wenn da nicht eine bessere Lage geschaffen werde, wird die Verwaltung der Jugend weiter um sich streifen. — Abg. Schwarzer (W. Opt.) bemängelt, daß bei Beratung der Kinderarbeit bei Filmaufnahmen eine sachverständige Beratung nicht stattgefunden habe. Es sei ein Novum in der Gesetzgebung, daß man, wie die Vorlage es wolle, den Jugendlichen über das schulpflichtige Alter hinaus verbieten wolle, zu filmen, wenn es nicht vom Jugendamt genehmigt sei. Daß man für den Schutz der Jugend eintreten müsse, sei selbstverständlich. Wenn aber das Gesetz kategorisch verbiete, daß Kinder unter 3 Jahren zu andern als Zwecken der Wissenschaft und der Heilkunde gefilmt werden, so müsse man das als zu weitgehend ablehnen. Es könnte ja bei den Aufnahmen ein Arzt und auch die Mutter zugegen sein, aber die Möglichkeit müsse bestehen, auch deutsche Kinder zu filmen. Der Redner beantragt nochmalige Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an den sozialen Ausschuß. Für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Filmindustrie auf dem Weltmarkt sei eine nochmalige Überprüfung der Vorlage erforderlich. — Abg. Frau Lüders (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners.

Abg. Schröder (Soz.)

wendet sich gegen die in verstärkter Form vorgebrachte Behauptung des Abg. Schwarzer, als ob der Ausschuß übertrumpft worden sei. Der sozialdemokratische Antrag ist schon vor 8 Monaten gestellt worden. Herr Schwarzer hätte also Gelegenheit gehabt, sich sachmännisch zu unterrichten. Wer einmal eine Filmaufnahme angesehen und beobachtet hat, wie dabei die Kinder angestrengt werden, der wird sich nicht gegen den Schutz sträuben können. Die rückenden Familienszenen in Schundfilmen, von denen hier gesprochen wurde, stammen doch aus der unendlichen Not der Kinder, und wenn das Schicksal dieser Kinder am Herzen liegt, der wird nicht nach diesen rückenden Filmenzenen, sondern nach der Wirklichkeit sich richten. Es ist nicht zu verstehen, daß ein christlicher Arbeitgeber sich gegen diesen Kinderschutz wendet. Es scheint, als ob er hier nur das Interesse des Filmkapitals wahrnehmen will. Hinter diesen Gründen sind aber auch noch partizipatorische Interessen verborgen, man will die Filmzentrale München von dem Kinderschutz ausnehmen. Wurde einem christlichen Arbeitgeber aber die Frage des Kinderschutzes nicht näher liegen, als die Interessen des Kapitals der Filmindustrie? Wir erklären uns bereit, daran mitzuwirken, daß durch internationale Regelung ein solcher Kinderschutz auch für die Filmindustrie in solchen Ländern geschaffen wird, wo er nicht besteht. (Lebhafte Beifall. Beifall b. d. Soz.)

Die Regierungsvorlage wird dann einem besonderen Ausschuß überwiesen, der Antrag Müller-Franken wird in zweiter Lösung angenommen.

Reichsregierung und außenpolitische Aussprache.

Dann teilt Präsident Löbe dem Hause mit, daß er gemäß den Beschlüssen des Hauses vom Freitag mit dem Reichskanzler die Frage besprochen habe, ob und wann die außenpolitische Debatte stattfinden könne. Der Reichskanzler habe erklärt, daß es gegenwärtig nicht wünschenswert wäre, in die außenpolitische Debatte einzutreten, weil wichtige diplomatische Verhandlungen, die gegenwärtig schweden, dadurch gestört würden. Dann hätte aber, wie Präsident Löbe weiter mitteilt, das Haus sehr wenig Beratungsmaterial, weil alles noch in den Ausschüssen liege. Es sei daher zu erwägen, den Montag und Dienstag Sitzungen frei zu lassen.

Abg. Wittmann (Soz.)

Wir haben gehört, daß die Regierung eine außenpolitische Debatte nicht wünscht, bevor die Note abgesandt ist. Unsere gelungenen Befürchtungen waren also begründet. Wir erheben den schärfsten Einwand dagegen, daß der Reichstag in dieser wichtigen Frage ausgekehrt werden soll. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind weiter der Meinung, daß das Plenum keine Beratungen am Montag und Dienstag nicht aussehen soll. Es ist eine ganze Anzahl wichtiger Fragen, die an diesen Tagen behandelt werden können. Alle Fraktionen haben Anträge und Interpellationen eingereicht, an denen sie stark interessiert sind und deren Elegierung bisher ausgeschlossen worden ist. Im Westestenrat kann heute noch festgestellt werden, welche Gegenstände am Montag und Dienstag behandelt werden sollen.

Abg. v. Graefe (Wölk.) ersucht, heute noch einmal im Westestenrat darüber mit dem Außenminister zu verhandeln, daß die außenpolitische Debatte Anfang der nächsten Woche erfolgt. Die Böllischen wünschen unter allen Umständen die sofortige außenpolitische Debatte.

Staatssekretär Kempner: Im Auftrage des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß die Debatte über die außenpolitische Lage noch auf den Sommerferien stattfinden wird, und zwar sobald die Antwortnote überreicht ist. (Lebhafte Hörer, hört! links.)

Abg. Dr. Rosenburg (Komm.) erklärt, ein deartiges Vorgehen der Regierung würde in keinem anderen Parlament Europas möglich sein. (Gelächter rechts.) Die Kommunisten müßten unbedingt auf der sofortigen außenpolitischen Debatte bestehen.

Abg. Breitscheid (Soz.):

Wir sind bereit, dem Antrage Graefe zu stimmen; wir sind doppelt bereit dazu, nachdem die Regierung ihre Erklärung abgegeben hat. Wir verlangen, daß die Regierung ihre Gründe darlegt, aus denen sie nicht in der Lage sei, hier in einer außenpolitischen Debatte Red und Antwort zu stehen. Wir dürfen annehmen, daß der Außenminister in den Angelegenheiten seines Ressorts bewandert genug ist, um in der Lage zu sein, die Gründe dafür anzugeben. Wenn wir nichts darüber hören, müssen wir annehmen, daß es sehr fadenscheinige Gründe sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie legen den allergrößten Wert darauf, daß die Debatte über den Sicherheitspakt und die andern damit zusammenhängenden Gegenstände erfolgt, bevor die Note hinausgegangen ist. Was die Richtlinien der Volkspartei darüber sagen, ist keine blödige Antwort; wir verlangen sie aus autoritativem Munde. Das parlamentarische System erfordert, daß der Reichstag vor Beendigung der Verhandlungen seinen Einfluß darauf ausüben imstande ist. Wir müssen sagen können, ob uns die Note gefällt oder ob sie uns nicht gefällt. Das ist kein Politik, nachträglich die Missbilligung auszusprechen. Der Reichstag muß wissen, was gespielt wird. Das ist um so notwendiger, als wir doch oft genug gehört haben, daß nach dem Kriege der Gesetzespakt ein Ende beendet werden soll. (Stürmische Zwischenrufe rechts.) Wir fordern also mit aller Energie, daß der Reichstag seinen Einfluß auf die auswärtige Politik und besonders in einer so wichtigen Frage ausübt. Es ist uns unverständlich, daß Volksvertreter sich selbst davon ausschließen wollen, ihren Einfluß auszuüben. (Lachen rechts.) Nun hat zwar die Volkspartei ihre Richtlinien herausgegeben. Wir haben aber das Recht, zu erfahren, ob das Richtlinien der Volkspartei oder die Richtlinien der Regierung sind. Wir müssen wissen, ob diese Richtlinien Herr Stresemann der Deutschen Volkspartei oder die Deutsche Volkspartei Herrn Stresemann vorgezeichnet hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müssen wissen, nach welchen Richtlinien die Regierung vorzugehen gedient. Die Tatsache, daß das der Volkspartei bekannt ist, enthebt die Regierung nicht der Notwendigkeit, auch die andern Parteien darüber zu unterrichten. Die deutsch-nationale Prese hat ja den Richtlinien nicht zugestimmt, es ist also immer noch zweifelhaft, ob das die Richtlinien der Regierung sind. Im Plenum des Reichstages muß darüber Auskunft gegeben werden. Die Voraussetzung des internationalen Engagements der Regierung und der Regierungspartheien ist doch das Angebot vom Februar. Wir haben die Gewißheit, daß sich in einer der Regierungspartheien ein einflussreicher Kreis von politischen Führern an dieses Angebot nicht gebunden hält. Wenn das der Fall ist, dann müssen wir wissen, wie die Regierung dazu steht. (Großer Lärm rechts.) Eines der Regierungsmitglieder, der Innenminister Schiele, hat noch am 25. Mai erklärt, daß ihm das Angebot der Regierung nicht bekannt sei. (Stürmisch hört, hört! links.) Nach alledem verlangen wir, daß die Regierung in einer Aussprache Red und Antwort steht; wir wollen Klärheit haben. (Stürmische Zustimmung links, Lärm rechts.)

Abg. Gehrenbach (Dr.): Montag und Dienstag sollten keine Sitzungen stattfinden, damit die Ausschüsse ihre wichtigen Beratungen für das Plenum zeit machen können. Beijüng der Debatte über die außenpolitische Lage hat der Reichskanzler im Westestenrat nichts davon gesagt, daß die Debatte erst nach Abhandlung der Note erfolgen soll. Der Reichskanzler hat aber den Wunsch geäußert, im Westestenrat Auskunft über die Gründe zu geben, welche es geboten erscheinen liegen, die außenpolitische Debatte zurückzustellen. Vielleicht könnte der Reichskanzler auch im Auswärtigen Ausschuß diese Gründe am nächsten Mittwoch aneindert. Bis dahin geht die Note ja noch nicht heraus. Zuerst müssen wir den Kanzler hören, und dann wird noch immer Zeit sein, darüber zu sprechen, wann die außenpolitische Debatte stattfinden soll. (Beifall rechts.)

Präsident Löbe: Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, die Gründe gegen die sofortige Außendebatte darzulegen; aus der soeben gegebenen Erklärung geht aber hervor, daß wir uns über den Zeitpunkt der außenpolitischen Debatte klar sein sollen. — Abg. Haas (Dem.): Es ist nicht verständlich, warum der Reichskanzler seine Erklärung durch den Staatssekretär abgegeben hat. Wir wünschen auch eine außenpolitische Debatte vor Abhandlung der Note und müssen daher vorher den Reichskanzler hören. Mit dem Außenminister könnten wir uns nur begnügen, wenn wir wüssten, daß beide einer Meinung sind. Wir scheinen aber das Durcheinander der Regierungsparteien so groß zu sein, daß die Aufstellung habe durch den Reichskanzler vielleicht besser informiert zu werden. Die Aussprache muß so schnell wie möglich mit dem Reichskanzler erfolgen. — Abg. Sünder (Komm.) beantragt, den Reichsaufsehern Stresemann sofort vor den Reichstag zu rufen, um die Gründe der Regierung für die Hinauszögern der Debatte zu hören. — Abg. Gehrenbach (Dr.) fragt den Präsidenten, ob er sich der Debatte zu widersetzen, ob nach seiner Ansicht eine Abhandlung der Note über den Sicherheitspakt in Frage käme, bevor der Reichskanzler mit dem Kabinett einig sei, und seine Erklärungen vielleicht dem Auswärtigen Ausschuß abgegeben habe.

Reichsarbeitsminister Brauns: Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsaufseher sind gegenwärtig nicht in Berlin. (Zuruf des Abg. Hölllein (Komm.): Die haben sich gebrüderlich!) Ich bin aber davon überzeugt, daß der Reichskanzler bereit ist, mit den Fraktionen in den nächsten Tagen zu übereinstimmen. Die Antwortnote wird nicht beschlossen werden, bevor diese Erklärung stattfindet.

Das Haus lehnt dann gegen die Stimmen der Böllischen, Sozialdemokraten und Kommunisten den Antrag ab, am nächsten Montag die außenpolitische Debatte stattfinden zu lassen. Die Entscheidung über diese Debatte wird erst nach den angekündigten Erklärungen des Reichskanzlers stattfinden. — Der Ablehnung versiegt gegen die gleichen Stimmen noch, mit Einschluß der Demokraten, der Antrag Heinrich (Wölk.), ebenfalls die Note über den Sicherheitspakt abzuladen, bevor die Aussprache im Reichstage stattgefunden hat. — Unter Ablehnung aller anderen Anträge beschloß das Haus, die nächste Sitzung erst am Mittwoch stattfinden zu lassen.

Dann wendet sich das Haus der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über den Ausbau der Angestelltenversicherung zu, der vom Reichsarbeitsminister Brauns dem Haus zur Annahme empfohlen wird. Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um ein Drittel, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um ein Drittel vor.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Seit 1924 haben wir zwar eine Stabilisierung der Währung, aber wir sehen noch keinen Ausbau der Sozialpolitik. Die Regierung läßt die sozialen Nothilfen immer an sich herankommen und sucht nach einem proklamatorischen Sozialprogramm zu arbeiten. Sobald es sich um die Interessen der Agrarier und Industriellen handelt, sieht wir eine außerordentliche Aktivität der Regierung gegenüber der Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Sozialarbeiter. zeigt die Regierung dagegen eine unerhörte Passivität. Auch der vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß von der bei der Hindenburgwahl versprochenen "Rettung" nichts verwirklicht wird. Die Vorlage sieht nur ein wenig an der Angestelltenversicherung

herum, sie bringt keine wesentliche Verbesserung. Was für sie angeführt wird, ist keine Begründung für die Erhöhung der Beiträge um ein Drittel. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag ge stellt, nach dem mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 Mark für den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente und um monatlich mindestens 5 Mark für den Empfänger einer Waisrente erfolgen soll. Die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichszuschuß zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Fehlbetrag durch Erhöhung der Beiträge. Die Regierung hat verprüft, daß sie diesem Antrag im Herbst entgegenkommen wolle, die Sozialdemokraten werden aber nicht bis dahin warten. Auch bei dieser Vorlage sehen wir, daß die Regierung die Einnahmen erhöhen will, indem sie die Kosten auf die schwächeren Schichten zu legen sucht. Wer das Elen unter den Angestellten kennt, der wird sich dagegen wenden müssen, daß ihre Beitragslast in unerträglicher Weise gesteigert wird. Für die Arbeitsweise der Regierung ist kennzeichnend, daß ursprünglich die Angestellten und Lehrer mit einem Einkommen von unter 25 Mark monatlich von der Beitragszahlung befreit waren. Selbst diese bescheidene Verbesserung glaubte das soziale Gewissen des Reichsrats nicht tragen zu können, er hat diesen Angestellten noch die Hälfte der Beiträge ausgebürdet. Uns ist die Grenze von 25 Mark noch zu gering, wir verlangen eine wesentliche Erhöhung der Grenze für die Beitragsbesteuerung. Wenn die Unternehmer über die schweren sozialen Lasten klagen, die im übrigen gar nicht so hoch sind, wie sie es immer darstellen, so muß man doch auf der anderen Seite berücksichtigen, daß der Nominallohn der Arbeiter und Angestellten nicht höher, der Reallohn geringer ist, als vor dem Kriege, dagegen müssen sie höhere Beiträge zahlen. (Sehr richtig b. b. Soz.) Wo bleibt der Aufbau in der Versicherung in bezug auf das Heilverfahren? Es ist noch immer der Willkür der Institutionen ausgeliefert. Wir verlangen, daß es obligatorisch ausgestellt wird und auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Obligatorium geschaffen wird. Wir verlangen weiter die Regelung der Sonderversicherung für solche Angestellte, die vorher als Arbeiter tätig waren. Es gibt fast einen ganzen Beruf, den der deutsches Werkmeister, die wie in der Textilindustrie, in der Metallindustrie aus Arbeitertreibern hervorgegangen sind, und bei denen die Angestelltenversicherung auf ihre frühere Beitragszahlung keine Rücksicht nimmt. Verhandlungen und Erwägungen genügen jetzt nicht mehr, wir müssen endlich anfangen, nicht nur die Beiträge zu erhöhen, sondern auch organische Verbesserungen an der Angestelltenversicherung vornehmen. Die Angestelltengewerkschaften haben nicht ohne Erfolg für bessere Verhältnisse in der Verwendung der Versicherungsgelder im Geldverkehr und Kreditwesen den Versicherungsanstalten gefordert. Wir hoffen, daß hierin die Gesundung fortsetzt. Dabei muß auch ein Wort über die Verfassung der Angestelltenversicherung gesprochen werden. Wir brauchen hier die Selbstverwaltung, vor allem die freien Kreisen für die Wahlen, zum mindesten die vierjährige Wahlfrist, wie sie schon in anderen Zweigen der Sozialversicherung besteht. Für die oberen Kämter haben Wahlen überhaupt noch nicht stattgefunden, trotzdem die Novelle schon im Jahre 1922 verabschiedet worden ist. Die letzte Wahl ist von Vertretern männern vorgenommen worden, die unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden waren. (Hört! hört!) Wir ersuchen das Reichs arbeitsministerium möglichst noch in diesem Jahre den Zeitpunkt für die Neuwahl anzusehen, dann aber auch in einer Form, die das doppelt indirekte System befeiert. Wir können uns nicht damit begnügen, daß einige Paragraphen verbessert werden, sondern wir verlangen in der Angestelltenversicherung ganze Arbeit. Die Stabilisierung der Wirtschaft, die seit 1924 versucht wird, muß auch endlich in der Sozialgesetzgebung festen Fuß fassen. In dieser Sicht werden wir im Auskunft arbeiten und durch eine Verbesserung der Vorlage einen wirklichen Ausbau der Angestelltenversicherung zu erreichen suchen. (Lebhafte Beifall b. b. Soz.)

Abg. Torgler (Komm.) kann in der Vorlage auch keinen Fortschritt für die Angestellten sehen. — Abg. Eichhorn (Komm.) beantragt die Verlängerung. — Abg. Höller (Komm.) bezweifelt die Beschlussfähigkeit des Hauses. Der Entwurf über die Angestelltenversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. — Das Bureau ist sich einig, daß das Haus beschlußunfähig ist. Die Sitzung wird daher um 15 Uhr auf Mittwoch 2% Uhr vertagt.

Zur Pachtshuordnung.

Die Pachtshuordnung datiert vom Juni 1920. Sie erhielt durch eine Verordnung der Reichsregierung im Februar 1924, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erfolgte, eine Veränderung zugunsten der Verpächter. Das Gesetz wäre im September d. J. abgelaufen. Deshalb beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, den Pachtshu zu verlängern. Bei dieser Gelegenheit wurde verlust, jene Bestimmungen, die nur im Sinne der Verpächter lagen, zu befeitigen und obendrein noch einige Verbesserungen zugunsten der Pächter zu schaffen.

Die sozialdemokratischen Anträge forderten: erstens eine unbedingte Verlängerung des Gesetzes, zweitens Streichung des § 85 im Heuerlingsparagraphen. Dieser lautet: Liegt ein wichtiger Grund von strittiger Ründigung des Arbeitsverhältnisses vor, so darf von der Befugnis, einen solchen Vertrag zu verlängern oder seine Ablösung für unwirksam zu erklären, kein Gebrauch gemacht werden."

In dem Gesetz waren Pachtneigungssämler geschaffen worden, die die Regelung der Pachtverträge zu ordnen hatten. So sollten alle Pachtverträge, die vor dem Juni 1920 eingegangen waren, automatisch ihre Verlängerung finden. Die Rechtsparteien wollten die Pachtshuordnung überhaupt befeitigen. Der Antrag der Sozialdemokratie auf unbedingte Verlängerung wurde zunächst im Ausschuß und dann im Plenum abgelehnt. Bei der Beratung des Antrages auf Streichung des Heuerlingsparagraphen stimmte das Zentrum im Ausschuß zunächst dafür, brachte im Plenum aber einen neuen Antrag ein, den Paragraphen aufrechtzuhalten, was auch beschlossen wurde.

Die Sozialdemokratie hatte weiterhin beantragt, daß die Einschränkung, wonach Pachtverträge, die seit dem 1. März 1924 abgeschlossen worden sind, nicht mehr unter die Bestimmungen der Pachtshuordnung fallen sollten, gestrichen werde. Nachdem im Ausschuß dieser Antrag abgelehnt wurde, wurde auf sozialdemokratische Initiative wenigstens die Bestimmung getroffen, daß diese Einschränkung für Pachtungen unter zehn Hektar aufgehoben wurde. Am übrigen waren in der Ausschusssitzung nur kleinere unwesentliche Änderungen an den bestehenden Vorschriften getroffen worden.

Nachdem bei der zweiten Beratung der Pachtshuordnung die sozialdemokratischen Verbesserungen befeitigt wurden, kam es einzige darauf an, die Verlängerung des im Herbst ablaufenden Gesetzes irgendwie zu regeln. Die Verlängerung wurde auf zwei Jahre beschlossen.

Sonst hatten die Koalitionsparteien nur noch einige Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen gewußt. Zur dritten Beratung wurden von den vereinigten Koalitionsparteien noch eine weitere Reihe von Anträgen gestellt, die die Gelung der Pacht-

Durchbruch der französischen Marocco-Front.

Fez bedroht.

Absall der französischen Stämme.

SPD, Paris, 6. Juli (Radio).

Ein amtlicher Bericht des Kriegsministeriums, dessen Zweck es ist, die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen, bestätigt den außerordentlich bedrohlichen Charakter, den die militärische Lage in Marocco für Frankreich angenommen hat. Es geht daraus u. a. hervor, daß die Stämme der Legende von Tag zu Tag, deren Absall schon seit mehreren Tagen befürchtet wurde, nunmehr endgültig zu den Nifluien übergegangen sind. Der Bericht besagt, daß der unter dem Druck des Gegners erfolgte Absall mehrerer bisher treu gehobener Stämme in der Front der Franzosen eine Breche verursacht habe, durch die die feindlichen Streitkräfte durchbrochen seien, um die regulären französischen Truppen anzugreifen. Diese seien im Gefäß, neue Stellungen zu beziehen, um die feindlichen Angriffe abwehren zu können. Die Deßenlichkeit durfte sich durch die im Kolonialkrieg unvermeidlichen Rücksläge nicht beunruhigen lassen. Man durfe nicht vergessen, daß die gegenwärtigen militärischen Operationen in Marocco auf Schwierigkeiten stießen, die sich sehr erheblich von denen der früheren Operationen in diesem Lande, auch von denen eines europäischen Krieges unterscheiden. Der Gegner sei weit besser bewaffnet als vor zehn Jahren und seine Angriffe verteilen sich über eine sehr ausgedehnte Front, wobei er sehr geschickt das Gelände und die modernen Kampfmittel benutzt.

Die Regierung wird heute vormittag zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammentreten, um sich mit der kritischen Lage in Marocco zu befassen. Zwei der Beratung soll sein, einen Oberbefehlshaber für Marocco zu ernennen. Dafür soll der bisherige Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat, in Aussicht genommen sein.

WTB, Paris, 5. Juli.
In einer vom Journal des Débats veröffentlichten Meldung aus Fez heißt es über das Verhalten verschiedener Stämme: Die militärische Lage beginnt in der Umgebung von Fez gleichzeitig schlecht zu werden. Die Stämme, die uns treu gehoben sind, lassen Zeichen von Ermüdung erkennen. Die Brancs namentlich, die wieder auf unserer Seite gekämpft haben, schwanken. Der größte Teil ihres Gebietes ist von den Feinden besetzt, die damit auch in unsere Linien eingebrochen sind. Der größte Teil dieses Stammes hat unserem Generalstab mitgeteilt, daß man nicht mehr aufzählen könne. Die muslimischen Behörden haben erklärt, daß sie nicht mehr für die bis jetzt freigebliebenen Stämme kämpfen, falls nicht eine rasch durchgeführte Offensive das verlorene Gebiet wieder befreie. Der Bericht schreibt: Die Lage wird immer ernster und die Bedrohung von Fez ist alles andere als eine Fabel.

TU, Paris, 6. Juli.

Die Nachrichten aus Marocco lauten außerordentlich ungünstig. Nach einem Bericht der Radio-Agentur sind weitere Stämme, die bisher noch auf Seiten der Franzosen standen, zu Abd el Krim übergetreten. Die noch treuen Ein geborenen zeigen eine große Müdigkeit und Unentschlossenheit. Das französische Oberkommando wird von den Ein geborenen verdächtigt, seine Versprechen nicht gehalten zu haben, das die von Abd el Krim besetzten Gebiete rechtzeitig zurückerobern würden, damit die Errichtarbeiten noch beendet werden könnten. Statt des angekündigten Vormarsches seien die französischen Truppen immer weiter zurückgegangen.

WTB, Madrid, 5. Juli.

Die für gestern anberaumte Vollstzung der französisch-spanischen Marokko konferenz ist vertagt worden. Ein spanischer Delegierter erklärte, daß diese Verzögerung dadurch veranlaßt worden sei, daß man noch einige unerlässliche Erforschungen in Tetuan und Melilla einzulegen müsse. Diese kleine Verzögerung würde jedoch auf die für die Konferenz vorgesehene Dauer keinen besonderen Einfluß ausüben.

schluverordnung einschränken sollten und ihre Wirkung fast illusorisch gemacht hätten. Diese Anträge sind bei der endgültigen Entscheidung über das Gesetz, obwohl die überwiegende Mehrheit des Zentrums für sie stimmt, abgelehnt worden.

Das Gesetz vom Februar 1924 wird zufolge der Abstimmungen im großen und ganzen bestehen bleiben. Insofern Aenderungen zu Gunsten der Pächter und Heuerlinge getroffen worden sind, sind sie ausschließlich durch die vereinigten Rechtsparteien bewirkt worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die überhaupt erst die Initiative zur Verlängerung des Gesetzentwurfes ergriffen hatte, war die einzige Partei, die sich für die Interessen der kleinen Pächter vermaßte. Die Sozialdemokratie wehrt, daß die wirtschaftliche Entwicklung zur Kapitalisierung der Landwirtschaft, zur Vormachstellung der Großbetriebe führt. Die kleinen Pächter bilden dabei das gleiche Zwischenring, wie in Industrie und Handel der Mittelsstand. Aber die Sozialdemokratie wird nie und nimmer ihre Hand dazu bieten, aus dieser Erfahrung heraus sich zum Träger der großagrarischen Bedürfnissen machen zu lassen. So nebenbei: die Gelehrtenberatung erscheint mag, so erwies sich auch hier die Realität der gesellschaftlichen Wirklichkeit stärker als alle illusionären Volksgemeinschaftskomplexe. Das Zentrum ginge unter dem Druck seines großagrarischen Flügels mit liegenden Fahnen ins Lager der Realität.

Sobald die Abstimmungslisten über die gesetzige Beratung vorliegen, werden wir des näheren berichten.

Bürgermeisterwahlen in Thüringen.

In verschiedenen Städten und Gemeinden Thüringens fanden in letzter Zeit Bürgermeisterwahlen statt. Dabei gelang es den Sozialdemokraten, ihre Kandidaten in Sonneberg, Alstedt, Eisenberg und mehreren kleineren Gemeinden durchzubringen. Ein von den bürgerlichen Stadtvertretungen Sonnebergs gegen die Wahl des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Knauer zum Bürgermeister von Sonneberg erhobener Einpruch ist von der Regierung als unbegründet zurückgewiesen worden.

Gesetzlicher Roskoller.

SPD, Genf, 3. Juli.
Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am 29. Juni bei Bolla im Kanton Tessin ein erster italienisch-schweizerischer Grenzzwischenfall. Bewaffnete Faschisten überstiegen die Schweizer Grenze und überstiegen einen jungen Schweizer Touristen, den sie schwer mishandeln, weil er eine rote Krawatte trug, die angeblich auf sie provozierend wirkte. Die Schweizer Grenzwache konnte einen der Faschisten entwaffnen, die anderen entfliehen, nachdem sie noch auf die Schweizer Grenze beamteten geschossen hatten.

8. Verbandsstag der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

SPD. Der Verbandsstag der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen steht am Mittwoch die Aussprache über die Tarif- und Lohnpolitik des Verbandes fort. Sie wurde in allgemeinen intern behandelt, damit die Taktik des Verbandes in kommenden Kämpfen nicht durchkreuzt werden kann. Es kam zum Ausdruck, daß die Verhältnisse, wie sie durch den Reichsttarif im Buchdruckergewerbe geschaffen wurden, als erträglich anzusehen sind, obwohl versucht werden müsse, auf manchen Gebieten noch wesentliche Verbesserungen durchzuführen. U. a. wurde auch ausführlich über das Verhältnis des Hilfspersonals zur gesetzten Arbeiterschaft, im besonderen soweit es sich um das Steindruckgewerbe handelt, gesprochen. Ferner wurde die Ferienfrage lediglich erörtert. Allgemein erkannten die Diskussionsredner die vom Verbandsvorstand eingeschlagene Taktik als richtig an. Einstimmig gelangte folgende Entschließung zur Annahme: "Der 8. Verbandsstag in Hamburg ist mit der Tarifpolitik, die der Verbandsvorstand eingeschlagen hat, einverstanden. Bei den künftigen Verhandlungen über den Neuabschluß des Reichsttarifs für das Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal ist mit allem Nachdruck auf eine weitere Erhöhung der Prozentsätze bei der Lohnbemessung hinzuwirken und die Beseitigung noch bestehender Ungerechtigkeiten zu erstreben. Insbesondere ist die Unterschiedlichkeit in der Ferienbemessung zwischen Gehilfen und Hilfspersonal zu beseitigen. Im Stein druckergewerbe ist der Kampf um die Schaffung eines Reichsttariffs mit allen Mitteln fortzuführen." Weiter wurde zu dem für das Hilfspersonal im Schriftgutgewerbe ausgetragenen Lohnsonstik nachstehende Ent-

schließung angenommen: "Der im Kampf um einen gerechten Lohn stehenden Kollegenchaft im Schriftgutgewerbe drückt der Verbandsstag seine volle Sympathie aus. Er erläutert dem Verbandsvorstand den Auftrag, alle Mittel anzuwenden, um den ausgeschlagenen Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen."

In der Nachmittagsitzung ereignete sich ein kleiner Zwischenfall: Die graphischen Hilfsarbeiter des Verlages der kommunistischen Hamburger Volkszeitung hatten an den Vorsitzenden ein Protestschreiben gerichtet, weil die Leitung des Verbandsstages es ablehnte, den Vertreter der kommunistischen Presse zur Berichterstattung zu zulassen. Der 1. Vorsitzende, Puchert-Berlin, gab die Erklärung ab, daß sich der Beschluss des Verbandsvorstandes nicht gegen die kommunistischen Mitglieder des Verbandes richtet, sondern gegen die kommunistische Berichterstattung, die ihre Ausgabe lediglich darstellt, die Beschlüsse des Verbandsstages und die Politik der Gewerkschaften in verzerrter Darstellung wiederzugeben. Dem Antrage des Vorsitzenden entsprechend ging der Verbandsstag ohne jede Aussprache über den Protest zur Tagesordnung über.

Bei der Statutenverratung sprach zunächst der Verbandsfassier über Beitrags- und Unterstützungsfragen. Er brachte zu den vorliegenden etwa 90 Anträgen einen weiteren Antrag über die Beitragsfrage ein, der eine Erhöhung der bisherigen Sache um 10 bis 40 Pg. vorsieht. Weiter schlug er vor, daß bei den Unterstützungsästen, bei denen die Arbeitslosenunterstützung die Grundlage bildet, im allgemeinen pro Woche der neunfache Beitragsatz gelten soll. Gleichzeitig ist beachtet, die während der Inflationzeit fallengelassene Krankenunterstützung wieder aufzunehmen. Sie soll nach den Vorschlägen des Verbandsvorstandes die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung betragen, während für die Streikunterstützung der doppelte Arbeitslosenunterstützungssatz in Aussicht genommen ist. Die Aussprache über das Referat des Hauptfassierers füllte den Rest der Mittwochsitzung aus.

Am vierten Verhandlungstag wurde die Aussprache über die materiellen Anträge zur Statutänderung fortgeführt. Eine Anzahl Nehmer aus Berlin, München, Leipzig, Dresden, Breslau, Köln u. w. nahmen mehr oder weniger gegen die Anträge des Verbandsvorstandes zur Beitragsfrage Stellung, indem sie sie als zu weitgehend und untragbar bezeichneten. Demgegenüber erklärte Sabath vom Vorstand des ADGB, daß der Graphische Hilfsarbeiter-Verband in den letzten Jahren wohl einige Kämpfe ausfechten mußte, die schärfsten Kämpfe aber noch bevorstanden. Unterstützungsvereinigungen bezeichnete der Vertreter des ADGB, zwar nicht als Selbstfassier, aber als Mittel zum Zweck seien auch sie notwendig.

Küster nahm als Vertreter des Buchbinderverbandes eine ähnliche Stellung ein. Horneke vom Verbandsvorstand wies darauf hin, daß man bei früheren Gelegenheiten habe Bewegungen zurückhalten müssen, weil nicht genügend Mittel vorhanden waren. Das sei ein Zustand, der bei allem ein bitteres Gefühl auslöse. Solch peinliche Vorlomisse müßten durch eine Stärkung der Verbandsklasse vermieden werden. In seinem Schlusswort wies dann der Hauptfassierer Lohohl darauf hin, daß es verkehrt und kurzichtig ist, finanzielle Mittel durch Extrabeiträge aufzubringen, wenn ein Kampf ausgebrochen ist. Schließlich erkannte der Verbandsstag einstimmig an, daß eine Erhöhung der Beiträge statthaft finden müßte. Mit 36 gegen 27 Stimmen erklärte man sich für eine Gruppeneinteilung der Beitragssäthe und gegen eine Staffelung nach den Löhnen. Einstimmig wurde ferner eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Mit allen gegen 8 Stimmen sprach sich der Verbandsstag für die Wiedereinführung der Krankenunterstützung aus, mit allen gegen 6 Stimmen wurde jedoch die Invalidenunterstützung abgelehnt. Einstimmig wurden darüber hinaus die materiellen Anträge zur weiteren Beratung überwiesen.

In der Nachmittagsitzung standen Anträge zur Statutenänderung zur Beratung. Die Anträge des Verbandsvorstandes wurden von Spaltkoff-Berlin begründet. Sie betrafen zunächst die parteilose und religiöse neutrale Festlegung des Verbandes, ferner die Verweigerung der Aufnahme als Mitglied, wenn einer sich grobe Verhöre nicht nur gegen die Grundsätze des Verbandes, sondern auch gegen die des ADGB oder des IVB (Amsterdam) ausübt. Ein weiterer Antrag hat den Zweck, die Wahl des Verbandsvorstandes von den Berliner Zahlstellen, die bisher die unbesoldeten Verbandsvorstandsmitglieder wählten, unabhängig zu machen. Den Berliner Zahlstellen soll lediglich noch das Vorschlagsrecht zustehen, die Wahl selbst für den gesamten Verbandsvorstand durch den Verbandsstag vorgenommen werden. Ein weiterer Antrag sieht mit Rücksicht auf unliebsame Erfahrungen die Pflichtpflicht der Zahlstellen für eine ordnungsmäßige Geschäftsführer- und Kassenführung vor. Marz-Berlin begründete einen Antrag, der die Einführung einer eigenen Jugendabteilung des Verbandes fordert, und u. a. auch die Herausgabe einer Jugendbeilage wünscht.

Haselnüsse im Pudding

sind etwas Neuartiges. Der herzhafte Geschmack der unter der Südsonne gereiften Haselnüsse gibt dieser bisher einzigartig dastehenden Puddingart einen eigenen Reiz. Jeder Puddingfreund und Feinschmecker schwört auf diesen

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING



Gewerkschaftsbewegung.

Beitreibung des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — etwa 100 Vertreter aus allen Reichsgebieten — tagte am 30. Juni und 1. Juli in München. Genosse Dihmann hielt ein eingehendes Referat über die Arbeiten und Aufgaben des am 30. August in Breslau beginnenden 12. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Sowohl der Referent als auch die Diskussionsredner vertreten die Auffassung, daß sich die Gewerkschaften mehr wie bisher mit den Wirtschaftsfragen beschäftigen müssen. Aus diesen und vielen anderen zwingenden Gründen (einheitliche Gewerkschaftsarbeit, Konzentration der Kräfte usw.) wären endlich Industrieverbände notwendig. Schließlich wurde noch der Volksstreich zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefordert. Einmütig wurden folgende Anträge an den nächsten Gewerkschaftskongress zum Beschuß erhoben:

1. Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress bestätigt in der Organisationsfrage erneut die vom Leipziger Kongress zum Beschuß erhobene Entschließung Dihmann, Paeplow, Hulemann, Tröger, Haesel, Thomas, Krause, Montner, Simon, Schrader und Schumann, die eine Änderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und das damit verbundene Gewerkschaftsrecht für notwendig erachtete und die Schaffung einheitlicher Industrieverbände gefordert hat.

Einheitliche Industrieverbände sind das zu erreichende Ziel. Diesem Zweck soll die Vorlage dienen, die neben allgemeinen Richtlinien einen Organisationsplan für den Aufbau von Industrieverbänden vorsieht. Der 12. Gewerkschaftskongress erkennt diese Vorlage als geeignete Grundlage für die einheitliche Schaffung von Industrieverbänden an, wobei es weiteren Verhandlungen der Organisationen vorbehalten bleibt, über etwaige Abberungen im einzelnen eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen.

Die Sitzungen des ADGB sind im Sinne dieser Entschließung zu ändern. Der Kongress fordert alle Gewerkschaften auf, den geahnten Beschlußen zu entsprechen und für alle in der Vorlage vorgesehenen Industrien in absehbarer Zeit, möglichst aber bis zum nächsten ordentlichen Gewerkschaftskongress, Industrieverbände zu verwirklichen.

2. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeitfrage mit gleichzeitiger Sicherung des Achtfeststundentages und einer dreifachen Schicht in kontinuierlichen Betrieben ist dringend erforderlich. Die Reichsregierung ist jedoch keineswegs bemüht, die Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu beschleunigen, sondern ihre Verschleppungstatik tritt immer deutlicher hervor. Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die Reichsregierung zu baldiger Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage aufzufordern. Lehnt die Regierung die Einbringung einer Vorlage innerhalb eines zweitlich befristeten Termins ab, dann ist der im Jahre 1924 vom Ausschuß des ADGB beschlossene Volksentscheid zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durchzuführen. Zu diesem Zweck müssen alle Kräfte der werktätigen Massen in Stadt und Land mobilisiert werden, um durch eine weltumfassende Bewegung den Volksentscheid einen Erfolg zu sichern.

3. Als Vertreter der in den Eisen und Metalle erzeugenden und verarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter erhebt der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes schärfsten Einspruch gegen die von der deutschen Regierung dem Reichstag unterbreitete Zolltarifvorlage. Die in dieser Vorlage hervorbrechenden schuldhaftrischen Bestrebungen tragen nicht zu einer Gesundung der Wirtschaft bei, sondern schädigen dieselbe aufs schwerste. Die Annahme dieser Vorlage bedeutet eine erhebliche Besteuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, drückt das Lebensniveau der breiten Volksmassen weiter herab, mindert deren Kaufkraft und führt damit zu einer weiteren Schwächung des Inlandsmarktes. Die Annahme dieses Schatztariftes würde ferner in anderen Ländern Gegenmaßnahmen hervorrufen, unsere Handelsbeziehungen stören, den Absatz deutscher Waren auf dem Weltmarkt erschweren und zu neuen Krisen beitragen.

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes ruft die werktätigen Massen zur eiumütigen und schärfsten Bekämpfung dieser die deutsche Industrie, die Gesamtwirtschaft und damit das Volk schädigenden Zolltarifvorlage auf. Von der Volksvertretung ist die Ablehnung dieser Vorlage zu verlangen.

Über Organisations- und Finanzfragen des DMV berichteten die Genossen Brandes und Schott. Der Verband ist über die schwierigen Krisenzeiten hinweg. Die vielen und langandauernden Kämpfe mit dem Unternehmertum haben die Organisation trotz schwerer Belastungsproben sowohl äußerlich als auch innerlich gefestigt. Allein das erste Quartal dieses Jahres brachte eine Mitgliedszahl von über 50000. Auch das laufende Quartal zeigt weitere Fortschritte.

Streik der Schriftgießer.
Am 26. Juni d. J. ließ das bisherige Lohnabkommen für das Deutsche Schriftgießergewerbe ab. Lohnverhandlungen am 17. Juni in Berlin scheiterten an der vollständig ablehnenden Haltung der Unternehmer. Auf Antrag der Unternehmer fand im 23. Juni im Reichsarbeitsministerium ein Einigungs- und Schlüsselungsverfahren statt, das zu einem Spruch führte, der das Bestehenbleiben der jetzt geltenden Löhne bis 21. August vorlief. Dieser Spruch wurde von der gesamten Arbeiterschaft im Gewerbe einmütig abgelehnt. Seit Sonnabend, 3. Juli, befindet sich die gesamte Arbeiterschaft im Schriftgießergewerbe im Reiche im Auslande.

Streik der Wurzener Bauarbeiter.

Nach dem Scheitern der bezüglichen Lohnverhandlungen versuchten die Vertreter der Wurzener Bauarbeiter in örtlichen Verhandlungen mit den Unternehmern eine Einigung zu erzielen. Diese lehnten jedoch örtliche Verhandlungen ab. Darauf haben die Wurzener Bauarbeiter in einer starkbesuchten Versammlung den Streik beschlossen und am 2. Juli die Arbeit niedergelegt. Zugang von Maurern, Immerern und Bauhilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Streik in der Glasperlenindustrie des Fichtelgebirges.

Die Arbeiter der Glasperlen-Industrie des Fichtelgebirges, die ihren Mittelpunkt in dem Kurort Warmensteinach hat, sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die geringen Löhne betragen bisher bei gut qualifizierten Arbeitern nur 18—19 Mark in der Woche. In Warmensteinach besteht auch eine von Arbeitern errichtete und von ihnen selbst betriebene Glasperlen-Genossenschaftshütte, die nicht defekt ist, da sie höhere Löhne zahlt. Die Arbeiter der Genossenschaftshütte beschlossen zusammen mit der Betriebsleitung, alle Perlenmacher der bestreiten Betriebe in die Genossenschaftshütte einzufstellen und zu diesem Zweck eine beschränkte Arbeitszeit für alle Beschäftigten einzuführen. Auf diese Weise wird bei durchgehender Arbeitszeit Tag und Nacht jeder Glasperlenmacher in Warmensteinach 12 bis 15 Stunden in der Woche arbeiten können, so daß die streikenden Arbeiter wenigstens einen Mindestverdienst haben. Die Perlenmacher von Warmensteinach, die dieses vorbildliche Beispiel von Solidarität geben, haben nicht nur gewerkschaftlich und genossenschaftlich, sondern auch politisch eine Musterorganisation und besitzen eine sozialistische Gemeindeverwaltung.

Internationaler Eisenbahnerkongress.

SPD. Gen. 2. Juli. Der internationale Eisenbahnerkongress in Bellinzona, der am Donnerstag beendet wurde, verlangt in einer Entschließung das uneingeschränkte Kooperationsrecht für die Eisenbahner und fordert hierfür die Vermittlung des Völkerbundes. Außerdem sprach sich der Kongress für die Privatisierung der Eisenbahnen und gegen ihre Übersetzung in Privatbetriebe aus. Von sämtlichen Eisenbahngewerkschaften wird gefordert, daß sie für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden eintreten, ebenso für die Abschaffung der Überstunden, die nur bei Unglücksfällen oder außergewöhnlichen Umständen zugelassen sind. Ein Unterschied zwischen sogenannter Freiheit und wöchentlicher Arbeitszeit soll wegfallen. Schließlich trat der Kongress für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ein.

Lohnbewegung der Buchhandlungs-Märkte. Die Lohnbewegung ist heftig. Die neuen Lohnsätze, die bis zum 31. 10. 25 Geltung haben, können im Bureau gegen Vorzeigung des Mitgliederbuchs entnommen werden.

Die Betriebsratswahlen bei der Reichspost haben dem Deutschen Verkehrsverbund einen schönen Erfolg gebracht. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf den Verkehrsverbund 34302, auf die christlich-deutsche Postgewerkschaft 7505. Danach wird die freigewerkschaftliche Organisation im Zentralbetriebsrat der Reichspost 10 und die christlich-deutsche Postgewerkschaft nur einen Vertreter haben.

Streik der Dresdner Brauereiarbeiter. Am Donnerstag haben sämtliche Arbeitnehmer der Dresdner Verbandsbrauereien die Arbeit niedergelegt. Auf dem Verhandlungsweg war weder eine Regelung der Arbeitszeit noch ein Entgegenkommen über den Mantelvertrag zu erreichen gewesen. Es sind etwa 1800 Arbeitnehmer beteiligt.

Der Kampfgeist der französischen Bergarbeiter. Der Kongress der französischen Bergarbeiter in Tarnay hat in seiner Schlusssitzung eine Entschließung gefaßt, daß am 27. Juli auf sämtlichen Zechen die Arbeit niedergelegt werden soll, wenn nicht bis dahin

die kürzlich trog steigende Teuerung von den Bergwerksgeellschaften herabgesetzten Löhne in ihrer früheren Höhe wiederhergestellt sind.

15. ordentlicher Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Am Sonntag abend wurde im Volkshause zu Leipzig der 15. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter eröffnet. Eingeleitet wurde die Eröffnung durch zwei Lieder, die durch Mitglieder der Sängeraufteilung L-West zu Gehör gebracht wurden. Im Auftrage der Zahlstelle Leipzig begrüßte Genosse Schumann den Verbandstag. Genosse Schilling im Auftrage des Leipziger Ortsausschusses des ADGB und Stadtrat Genosse Diek namens des Rates der Stadt Leipzig begrüßten den Verbandstag und wünschten ihm zu seinen Arbeiten vollen Erfolg.

Hierauf nimmt der Verbandvorsitzende Genosse Bren-Hanover das Wort. Bevor er den Verbandstag eröffnete, fühlte er sich verpflichtet, die Sänger, sowie den verschiedenen Vertretern für ihre dargebrachten Wünsche zu danken. Als der Verbandstag das letztemal in Leipzig tagte, betrug die Zahl der Mitglieder 98 600, jetzt blieb der Verband auf die stattliche Zahl von 225 600. Was dieser Aufstieg bedeutet, weiß jeder, der die Kämpfe der Arbeiterschaft kennt. Aber noch immer lasten auf der Arbeiterschaft der Druck der Wirtschaftsräte und die Spuren der Inflation. Besonders schweres hatte die Leipziger Arbeiterschaft zu dulden, als vor fünf Jahren irrgemeide Fanalier das Heim der Arbeiter zerstörten. Herrlicher denn je ist ein neues Heim aus den Trümmern entstanden. Leipzig ist die Stätte der Arbeit, auch wenn sie in politischer Beziehung nicht immer unsere Meinung und Zustimmung findet. Aber im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterschaft hat Leipzig stets seine Schuldigkeit getan. Während der Genosse Bren-Diek den Toten gedankt, erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Damit ist der Verbandstag eröffnet.

Als Vorsitzende für den Verbandstag werden die Genossen Bren-Hanover und Schumann-Lipzig gewählt. Nach Erledigung der Geschäftsausordnung und einiger geschäftlicher Angelegenheiten, wurden die Verhandlungen auf Montag verlegt.

II. Verhandlungstag.

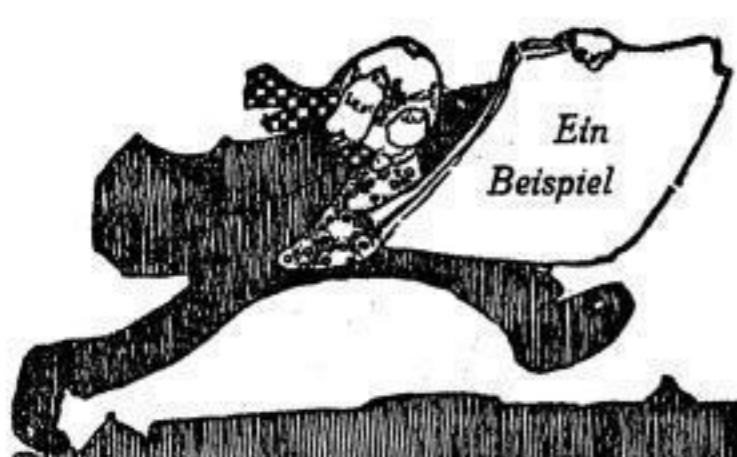
Leipzig, 6. Juli.
Die Verhandlung beginnt mit der Begrüßungsansprache des Genossen Kraatz-Wien im Namen der Fabrikarbeiter Österreichs. Wenn schon gelagt worden ist, daß Österreich zu Deutschland gehört, ist das richtig. Aber in der Zeit des Zusammenbruchs war es nicht möglich, den endlichen Zusammenschluß mit Deutschland herzustellen. Mit dem Zusammenbruch war nicht die Reaction so zusammen, wie es wünschenswert gewesen sei. Mit bangen Sorgen mußten wir über ihre Organisation wachen. Die Reaction hatte sich noch soviel Kraft bewahrt, zu versuchen, den Achtfeststundentag der Arbeiterschaft vorübergehend wieder zu entziehen. Aber immer war die österreichische Arbeiterschaft von dem Zusammenschluß mit Deutschland beeinträchtigt. Wohl ist es trog der politischen Einschnürung möglich gewesen, 85 Prozent der Industriearbeiterchaft in seinen Organisationen zu vereinigen. Die Organisation der österreichischen Arbeiter ist gut, aber es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Organisation zu sprengen. Es war aber möglich, die Organisation zu erhalten. Möglich war es trotz aller Schwierigkeiten, einen Reichstagsatlas in der Papierindustrie zu schaffen. Die Papierindustriearbeiter waren die schlechtbezahlten und unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen Arbeitenden. Auch in bezug auf die Betriebsräte sind in Österreich die besten Erfahrungen gemacht worden. Das Unternehmen wendet aber immer noch alle Mittel an, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozeß zu beseitigen. Wenn einmal die Grenzfähre fallen, wird es möglich sein, gemeinsam mit dem deutschen Arbeiter alles das zu erreichen, was die Reaction der Arbeiterschaft zu entziehen sucht. Die Frage der Bildung von Industrieorganisationen beschäftigt auch die österreichische Arbeiterschaft. In der Überzeugung, daß eine geschlossene Arbeiterschaft das beste Wertobjekt gegen die Machthaberstellungen des Unternehmertums sind.

Für die tschechischen Fabrikarbeiter übermittelte der Genosse John die herzlichsten Glückwünsche. Seine Ausführungen decken sich im wesentlichen mit den des Genossen Kraatz. Für die tschechische Arbeiterschaft sei der Achtfeststundentag und damit die Frage des Arbeitszeitgesetzes von größter Bedeutung. Genosse John spricht gleichzeitig im Namen der dänischen, schwedischen und holländischen Delegation die herzlichsten Wünsche in den Worten aus, daß der deutsche Bruderverband wieder an erster Stelle marschiere möge im Interesse der Fabrikarbeiterinternationale.

Darauf wird in Punkt 2 der Tagesordnung, Berichterstattung, eingetreten.

Soeben eingetroffen:

JEDER EILT, um
die Gelegenheit auszunutzen!



Die Preise verstehen sich
inkl. Gummiring u. Bügel

2 Waggons

Konserven-Gläser

Ia. weiße mundgeblasene Ware

	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Liter
Hohe Form ..	52	56	60	68	72 Pfg. per Stück
Breite Form ..	58	62	68	72	76 Pfg. per Stück

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz

Neues Theater.

Wagstutzsp. 1. Eintritt 2145

Montag, den 6. Juli 1925

Einsteige-Vorstellung

ausgleichs-Vorstellung für den Verein

Deutsche Freunde

Ringletta.

Drei in 4 Akten nach dem Italienerischen des R. von
Pirano von G. Grillerbaum. Muß von G. Goldi
Musik: J. P. Prillinger; Albert Conrad.
Bühnenbild: Heinrich Seemann.
Personen: Der Herzog von Münster (G. Goldi);
Milka, dessen Tochter (G. Goldi); Graf von
Klemmer (H. Goldmann); Graf von Ceyenne (G. Goldi);
Marullo, Dorla, Schallner (G. Seeling, A. &
Schäfer); Sparafucile, ein Engels (G. Müller);
Mabholz, eine Schmetterling (Anna Andreeff);
Glowernos, Gibbos, Ziemerlin (G. Goldmann); Hinter-
Gut, Vene (G. Goldi); Bellini und
Gesang u. Tanz vom Sohn, Rosen, Schallner.
Büste und dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 7 Uhr, Eintritt 7½ Uhr, Überzug 10 Uhr
Dienstag, den 7. Juli, 10. Uhr, Nachspiel-Vor-
stellung 14. Uhr Braun: Die Räuberin Puppe
Dienstag: Sonntags, Eintritt 7½ Uhr
Samstag, den 9. Juli, 10. Uhr, Nachspiel-Vor-
stellung 14. Uhr Braun: Die Räuberin Puppe
Dienstag: Sonntags, Eintritt 7½ Uhr

Alles Theater.

Termin bis einschließlich 11. Juli 1925

Montag, den 12. Juli: Saison-Eintrag: Die

Großfamilie. Eintritt 8 Uhr

Schauspielhaus

Gepflicht: 1710. Zeit: 21.00-Uhr. Tel. 2102012109

Montag, den 6. Juli 1925, abends 7½ Uhr
Schauspiel Theresie Witz, Erich Goldmann,
Charlotte Schäfer
Zum 2. Aktie

Unnachlese von Steidl

Operette in 3 Akten von Richard Steidl
(Mit Benutzung des Verlorenen Lustspiels)

"Die Anna-Lotte"

Musik von Robert Winterberg
Im Saene gezeigt von Reinhold Encke

Multifunktions-Partitur, 200 Seiten

Personen: Rosalba, Gürz zu Aufhalt, Steidl,
Regerin (G. Arzner); Michaela; Gottlieb Hofe,
Brotherer in Delau (G. Bonhag); Anna Luise,
seine Tochter (G. Giese); Marquise de Châtillon,
Gouvernante des Kindes (G. Giese); Oskar,
seine Tochter (G. Schäfer); Friedrich Robert
Berg, Kind, mit (G. Schäfer); von Schatz,
Polonaise (G. Bonhag); Erdemelchen, Samm-
lerin der Buchen (G. Giese); Ein alter
Unternehmer (G. Goldi); Hermann Goldi,
Erich Burthardt, Friederich Gründel (G. Goldi,
G. Hoch);

Geburten, Freuden und Leid, Herren und
Damen vom Hofe, Soldaten, Dörfer und Wege-
rinnen von Steidl usw. Ein Vollblütiges
Reit: Um 1925

Der erste Teil spielt im Delauer Schloß, der
zweite bei Spiegelde Böde in Delau, der dritte
im Delauer Schloßhof

Züge und Revolutionen: Steinobh Balau

Baute nach dem 1. und 2. Akt

Gefahr 7 Uhr, Eintritt 7½ Uhr, Ende 10½ Uhr
Schauspiel Marion müssen 30 Minuten vor Beginn
der Vorstellung abgesetzt werden, andernfalls wird
darauf verklagt

Dienstag, den 7. Juli, abends 7½ Uhr, Schauspiel
Theresie Witz, Erich Goldmann; Unnachlese von

Steidl

Zeit: 15. Spielabschnitt läuft vom 25. Juni
bis 23. Juli 1925. Bis zu diesem Tage muß
die 16. Stunde der Unterrichtsstunden der Tages-
stunde eingetragen sein

Battenberg-Theater

Direktion: Paul Baumgarten

Heute abend 8 Uhr

Vereins-Vorstellung

Der geruhte Brautschmuck.

Volkstheater in 5 Aufzügen

Vork.: Tagesk. 10-2 u. ab 7 Uhr. Tel. 232470 u.
Zin.-Geoh. F. Günther, Markt 10 (Durch.)

(Tel. 15851).

3 Linden

Täglich abends 8 Uhr
Der große Lachschlager
der Saison!

Familie Raffke

in der Sensations-Besetzung:

Lydia Petry

Rudolf Mälzer

Anna Müller-Lincke

Otto Daeu

Lotte Koch

Arthur Elstorff

Trotzdem Sommerpreise!

Vorverkauf: Tel. 43543/43856.

Meßamt Markt; Warenhaus Theod.

Aithoff; Lederer, Wintergartenstr.

Konsumentverein Karl-Heine-Straße:

Jost. Peterssteinweg 1.

Weisse Wand

Lichtspiele

Am Krystall-Palast

Heute bis Mittwoch ab 10½ Uhr

Gunnar Tolnäs

in seinem entzückenden Lustspiel

Die Liebestatte

6 wunderbare Akte

Lya Mara

Das Mädel von Capri

Ein prachtvolles Filmwerk

in 6 Akten

Letzte Vorstellung beginnt Punkt

10½ Uhr, Schlüß 11 Uhr



Allgemeines Künstler-Bildungs-Institut.

Konzert. Freitag, 10. Juli, abends
8 Uhr im Städtischen Kaufhaus anlässlich
des Berndstages der Fabrikarbeiter
Instrumental- und Solokonzert. Mit
wirkender Solistin (G. Heinzl); Frau
Herrmann (Metzler); Frau vom Geigen
(Wolff); Frau, Schallner (G. Seeling, A. &
Schäfer); Sparafucile, ein Engels (G. Müller);
Mabholz, eine Schmetterling (Anna Andreeff);
Glowernos, Gibbos, Ziemerlin (G. Goldmann); Hinter-
Gut, Vene (G. Goldi); Bellini und
Gesang u. Tanz vom Sohn, Rosen, Schallner.
Büste und dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 7 Uhr, Eintritt 7½ Uhr, Überzug 10 Uhr
Dienstag, den 7. Juli, 10. Uhr, Nachspiel-Vor-
stellung 14. Uhr Braun: Die Räuberin Puppe
Dienstag: Sonntags, Eintritt 7½ Uhr
Samstag, den 9. Juli, 10. Uhr, Nachspiel-Vor-
stellung 14. Uhr Braun: Die Räuberin Puppe
Dienstag: Sonntags, Eintritt 7½ Uhr

Krystall-Palast

Täglich 8 Uhr:

Gastspiel

der

Fritz-Steidl-Sänger

mit ihren urkomischen

Quartetten, Soli und Burlesken

U. a.:

Rasch - rasch ne Frau

Ulkiane von Fritz Steidl.

Zum Schluß:

Herr Luftikus

Ein Burlesken-Lebensbild von

Fritz Steidl.

Beste Familien - Unterhaltung.

Preise der Plätze

von 60 Pfennig bis 2.50 Mark.

Schillerschlößchen

Leipzig-Gohlis, Menckestraße 45

Straßenb. 6. 12. 20. 10. Fernr. 50378

Heute 7 Uhr

Großer Damen-Ball

Hauke-Orchester mit Rudi Horni

Da ist Betrieb!

Einen großen Fehler

begehen alle die den diesmaligen

Saison-Ausverkauf

von Kostüm-Bach

nicht richtig ausnutzen!

Morgen Dienstag u. folgende Tage:

erfolgreich

ausverkauft

oder

ausverkauft

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Juli.

Schützt die Säuglinge!

Dem Hizemerkblatt der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit entnehmen wir: Mütter! Der größte Feind eurer kleinen ist der Sommer mit seiner großen Hitze! Unter den Lebensmitteln verdächtigt am leichtesten die Tiermilch. Seht sie im Sommer ab, sondern ernährt eure Kinder an der Brust; denn

Brustmilch verdirbt nicht.

Gebt euren Kindern alle vier Stunden, d. h. fünfmal des Tages, abwechselnd die rechte und linke Brust und lasst ihnen nichts die Rühe.

Flaschennahrung dürft ihr nur auf Anordnung und unter Aufsicht des Arztes geben: Ihr müsst dann besonders genau und sauber dabei sein. Ihr müsst die Flasche nach jeder Mahlzeit sofort mit Wasser füllen und sie mit einer Flaschenbürste und mit etwas Salzwasser oder mit heißen Seifenwasser reinigen, mit gekochtem Wasser ausspülen und sie umgedreht an einen sauberen Ort, möglichst in einen reinen Topf stellen.

Gebraucht nur Flaschen, auf denen der Inhalt in Zahlen — 10, 20 bis 200 Gramm (Kubikzentimeter) — abgelesen werden kann (Grammflaschen); denn nur mit solchen könnt ihr die Nahrungsmenge genau bestimmen. Ihr müsst den Sauger noch jedem Gebrauch mit Salzwasser gründlich reinigen und in sauberem, zudecktem Gefäß aufbewahren. Verboten ist, die Flaschenläger als Schnüller zu benutzen!

Hütet die Kuhmilch vor Verderbnis!

Verboten sind Milchflaschen mit Glasröhren oder Gummischläuchen, ebenso der Jüdischmutterl. Fragt möglichst den Arzt oder die Fürsorgestelle, woher ihr die Milch beschaffen sollt. Ihr dürft die Milch nicht ungelocht herumziehen lassen, sondern müsst sie sofort drei Minuten lang in einem reinen Topf kochen, schnell abkühlen, indem ihr den Topf, mit einem Deckel versehen, in kaltes Wasser setzt und dieses häufig erneuert. Ihr dürft die Milch nach dem Kochen nicht in andre Töpfe gießen, sondern müsst sie so lange in dem kühle aufbewahrten Topf lassen, bis ihr sie unmittelbar vor dem Gebrauch in vorgekochte Menge in die Flasche füllt. Auch der etwa verwendete Haferkleim muß gleich nach dem Kochen in einem zugedeckten Topf abgekühlt und dann wärmgestellt werden.

Die beste Kühlvorrichtung ist Eischtank oder Kühlküste, in die die Nahrung aber erst gestellt werden darf, wenn sie bereits abgekühlt ist.

Wer nicht in der Lage ist, sich einen Eischtank oder Kühlküste zu kaufen, kann sich mit geringen Mitteln eine Kühlküste herstellen. Man nimmt eine Holzkiste, deren Deckel man mit Schrauben an der Kiste befestigt und mit einem Schloß versieht, bestreut den Boden mit Sägespänen, legt zwei Eimer von verschiedner Größe ineinander hin und füllt sie bis zum oberen Rande des größeren Eimers mit Sägespänen nach. In den kleineren Eimer werden die Gefäße mit Nahrung, umgeben von einigen Eisstückchen, gelegt und mit dem Deckel des Eimers zugedeckt. Der Deckel der Kiste, der gut schließen muß, wird mit einigen Lagen Zeitungspapier abgedichtet.

Achtet auf die Vorschriften des Arztes.

Ihr müsst beim Flaschenkind besonders die Vorschriften des Arztes befolgen, niemals öfter als vorordnet die Flasche geben. Lieber weniger Nahrung in der heißen Zeit geben als zuviel. Trink Durchfall ein, so läuft die Milch fort, gebt Tee oder Schleim (Fenchel, Lindenblätter, Pfefferminz, einfachen Tee) ohne Milch, aber nicht länger als zwölf Stunden, bis ein Arzt zu erreichen ist. In der heißen Jahreszeit hat der Säugling wie der Erwachsene Durst. Gebt ihm dann — er zeigt seinen Durst durch große Unruhe — abgekochtes Wasser oder dünnen Tee, möglichst ohne Zucker.

Kühlst eure Wohnung!

Zu warmes Einpacken oder ein überhitzter Raum machen den Säugling stark, daher fort mit den dicken Wolldecken, weg mit der Gummiunihülle! Ihr könnt im Sommer euer Kleines fast nackt im Bettchen oder Korb strampeln lassen, eine leichte, dünne Decke genügt zum Zubeten! Ihr müsst eure Kinder vor den sie quälenden Fliegen schützen, indem ihr einen leichten Schleier über Bettchen oder Korb legt.

Das größte und tühlste, bestigelißtete Zimmer eurer Wohnung ist für euer Kind am geeignetesten. Dieses Zimmer könnt ihr noch lüfteln machen, wenn ihr die Fensterscheiben recht oft mit möglichst kühlem Wasser bespritzt! Ihr dürft das Kind nicht der heißen, feuchten Küche stellen haben! Hat eure Wohnung kein kleines, schattiges Blättchen, so versucht im Hause ein solches ausfindig zu machen; dort stellt euer Kind hin. Könnt ihr auch im Hause kein solches Blättchen finden, so bringt das Kind möglichst oft an einen schwärmigen, nicht schwülen Ort im Freien; auch da darf es bloß liegen. Geringe Zugluft schadet eurem Kind im Sommer nichts! Ihr müsst euer Kind im Sommer mindestens einmal täglich baden oder öfters mit kühlem Wasser waschen! Geeignete Nahrung, Sauberkeit und frische Luft sind zum Gedanken des Kindes unbedingt erforderlich!

Der Kinderfreundelag in Colditz.

Auf dem Leipziger Hauptbahnhof herrschte am Sonntagmorgen reges Leben. Aus allen Stadtteilen trafen singend die Gruppen der Gemeinschaft Kinderfreunde ein, um unter Benutzung eines Sonderzuges nach dem herzlichen Muldenstädtchen Colditz zu gelangen. Beim Treffen am Bahnhof war die Stimmung ein wenig gedrückt, weil das Wetter nicht gar zu verlockend auslief; der Himmel hatte sich in ein gleichmäßiges Grau gehüllt. Nach einstündiger Bahnfahrt zogen die Kinderfreunde bei herlichem Sonnenschein unter Vorantritt eines Spielmannszuges durch die geschmückten Straßen von Colditz. Mit Gesang ging es nach dem Schülenspielplatz, der als Festplatz zur Verfüllung gestellt war. Dort angekommen, entwickelte sich ein fröhliches Leben und Treiben. Genosse Spormann Colditz hielt die Gäste im Auftrage der Colditzer Partei- und Gewerkschaftsorganisationen herzlich willkommen. Der Vormittag wurde mit Spielen und Musizieren verbracht. Mittags bekamen die Kinder gemeinsam warmes Essen, anschließend wurde für Erwachsene Essen verabreicht. Nach dieser Stärkung wanderten im Sonnenschein unter der Führung Colditzer Genossen die einzelnen Gruppen in die herliche Umgebung. Wieder andere ruderten oder nahmen ein erfrischendes Bad in der Mulde. Gegen 6 Uhr sammelten sich die Kinder und ihre Helfer zur Heimfahrt auf dem Schülenspielplatz. Genosse Wildeis-Leipzig stellte den Colditzer Genossen für ihre Mühe und Aufmerksamkeit im Auftrag der Gemeinschaft Kinderfreunde den Dank ab und wünschte, daß das Bevölkerungskontrollen auch in Colditz zur Propaganda der Kinderfreunde-Bewegung beigetragen habe. Gegen 6 Uhr verließen die Kinderfreunde mit Musik und Gesang den Schülenspielplatz. Um 7 Uhr brachte ein Sonderzug die Gemeinschaft wieder nach Leipzig zurück.

Es ist zu wünschen, daß diese Veranstaltung, die als Zeichen ist, wesentlich zur Festigung der Kinderfreunde-

Bolschewistische Gemeindewirtschaft.

In Leipzig machen die Kommunisten den Vorschlag, allen Personen unter 3000 Mark Jahreseinkommen die Straßenbahn umsonst zur Verfügung zu stellen. In Russland ist nach dieser Methode verfahren worden. Der Erfolg war, daß in ganz kurzer Zeit die Kommunalbetriebe zum Stillstand kamen. In die bolschewistische Gemeindewirtschaft hineinsetzen ein Artikel von A. Jugow in der Juninummer der Gemeindewirtschaft, Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeindewirtschaft, Greiz, Orlastraße 82. Wir entnehmen der Arbeit:

"In dem Zeitabschnitt der gewaltförmigen Durchführung der kommunistischen Utopie verfiel die Gemeindewirtschaft der allgemeinen Nährung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Gemeindebetriebe wurden stillgelegt: Straßenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke, ja sogar die Wasserwerke hörten auf zu funktionieren. Seit 1922, seit der Zeit der „neuen Wirtschaftspolitik“ datiert die Wiedergeburt der Volkswirtschaft und damit auch der kommunalen Unternehmungen. Die Grundlage hierfür wurde im April 1922 durch die Wiedereinführung der Entgeltlichkeit der kommunalen Dienste und durch die Umstellung der städtischen Betriebe auf eine kommerzielle Basis geschaffen. Zu Beginn des Jahres 1925 sind die kommunalen Werke der Großstädte bereits in Gang und arbeiten zufriedenstellend, wenn auch nicht auf dem Friedensniveau. Wesentlich schlechter ist die Lage der Gemeindewirtschaft in allen übrigen Orten."

Mit der Auflösung der städtischen Selbstverwaltungsorgane wurden ihre Funktionen von den örtlichen Sowjets übernommen. Der örtliche Sowjet hat aber nicht nur die Aufgaben der früheren Selbstverwaltungsbürokratie zu erfüllen, er ist zugleich die erste staatliche Behörde. Zur Kompetenz des örtlichen Sowjets gehört Militär, Polizei, Gerichtsbarkeit, Steuerwesen, Bildungswesen, Handel und Industrie usw. Während ursprünglich das Präsidium des Sowjets die ganze vielseitige Arbeit zu leisten hatte, stellt sie bald die Notwendigkeit einer höheren Arbeitsstellung heraus. Besondere Abteilungen der Sowjets wurden in Leben gerufen; zu ihnen gehört auch die Abteilung für kommunale Wirtschaft, der die städtischen Werke und sonstigen kommunalen Einrichtungen unterstehen. Gedacht sind die örtlichen Sowjets der gemeindlichen Selbstverwaltung. Sie sollten, das war die Absicht der kommunistischen Geschäftspolitik, autonome Gemeinden mit der größten Machtwollkommenheit und mit erweiterten Befugnissen werden. In Wirklichkeit aber unterscheiden sich die Sowjets und die ihnen untergeordneten Institutionen ihrem Charakter und ihrer Arbeitsweise nach sehr wesentlich von den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, wie man sie in Welt- und Mitteleuropa kennt...."

Das Element der öffentlichen Kontrolle und Verantwortlichkeit fehlt in der Tätigkeit der kommunalen Abteilungen der Sowjets, die die Selbstverwaltungsorgane zu ersetzen haben. Die kommunalen Abteilungen sind zentralistisch und bürokratisch organisierte Menter, die von ernannten Vorstehern geleitet werden. Sie unterscheiden sich vom Sowjet, der die Verordnungen erlässt, die kommunalen Taxe festsetzt, den Haushaltplan aufstellt u. a. m. Zum Amtsbericht der kommunalen Abteilungen gehört neben den städtischen Werten und sonstigen kommunalen Einrichtungen die Verwaltung des gesamten Grund und Boden, sämtlicher Gebäude, aller Geschäftsräume des betreffenden Ortes. Das Wohlbildungswesen, die Wohlfahrtseinrichtungen und das Gesundheitswesen sind dagegen ihrer Kompetenz entzogen und werden von anderen Abteilungen des Sowjets verwaltet. Bezeichnend ist, daß in der kommunalpolitischen Sowjetpresse immer häufiger der Gedanke wiederkehrt, daß eine

größere rechtliche Unabhängigkeit der kommunalen Abteilungen gegenüber den Sowjets selbst anzustreben und daß der ständige Wechsel der Abteilungsvorsteher, die irgendwie den Unwillen ihrer Vorgesetzten herausbeschworen haben, außerordentlich schädlich sei. Bis jetzt ist weder auf dem Wege der Gesetzgebung noch auf dem der Verwaltung eine klare Abgrenzung der Funktionen zwischen den Sowjets und ihren Abteilungen erfolgt.

Besonders schwierig ist die Finanzlage der Sowjets. Eine besondere Enquetekommission stellte neuerdings fest, daß der „Prozeß der Zerstörung der städtischen Wirtschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast nirgends zum Abschluß gekommen sei und die kommunalen Bedürfnisse noch oft auf Kosten einer weiteren Zerstörung befriedigt würden“ (Pravda vom 28. März). Die verfügbaren Mittel sind öfter gering. Sie liegen sich aus drei Hauptgruppen zusammen: Einnahmen aus dem kommunalen Vermögen und den werbenden Betrieben, Steuern, staatliche Zuflüsse. Altertümlich bilden die steuerlichen Einnahmen die Grundlage der kommunalen Budgets. Die Steueraufkommen zeigen gegenüber der Vorperiode eine sehr erhebliche Zunahme, während die Einnahmen aus dem städtischen Grund und Boden, aus Gebäuden und kommunalen Betrieben stark gesunken sind. Die Gemeinden, die jetzt im Besitz des ganzen Bodens, aller Häuser, Geschäfte und Warenlager sind, beziehen aus der Verwaltung dieses kommunalen Eigentums viel geringere Summen als ehemals die alten Magistrate aus den wenigen im städtischen Besitz befindlichen Gebäuden. Den lächerlich geringen Einnahmen stehen riesige Ausgaben gegenüber. Das illusorische Gut der allgemeinen Kommunalisierung ist zur Falle für die kommunale Verwaltung geworden.

In manchen Städten sind selbst solche städtischen Unternehmungen nicht defizitfrei wie Straßenbahnen, Wasserwerke, Kraft und Strom. Die Ursache hierfür liegt in dem hohen Prozentsatz derjenigen, die Anspruch auf Ausnahmetarife haben, ferner in der unwirtschaftlichen Leitung der Unternehmungen. Aus denselben Gründen vermögen die Wohnungsnachte nicht einmal die Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur der Häuser zu decken.

Die Voranschlagssumme aller örtlichen Budgets der städtischen und ländlichen Gemeinden für 1924/25 beläuft sich auf 650 Millionen Rubel, wobei ein Defizit von 75 Millionen durch einen staatlichen Zufluss gedeckt wird. Über 60 Prozent aller Ausgaben werden aus den Steuereinnahmen gedeckt. Die Steuereinnahmen bestehen aus örtlichen Steuern, die der örtliche Sowjet festsetzt, und aus den Anteilen und Ausschlägen auf die vom Staat ausgelegten Steuern. Von diesen erhalten die örtlichen Sowjets 50 Prozent des Aufkommens an Landwirtschaftssteuern, 100 Prozent Gewerbesteuer, 50 Prozent Vermögens- und Einkommensteuer, 50 Prozent Erbschaftssteuer, Stempelgebühren usw. Ihre eigenen Steuerrecht nutzen die Sowjets bis zur Höchstgrenze aus. Die seltsamsten Steuern werden erstanden. An manchen Orten besteuert man Hochzeiten, das Tragen von Ohrringen, den Kirchenbesuch u. a. m. Die steuerliche Belastung zu Beginn des laufenden Jahres war so hoch, daß Handel und Gewerbe vollkommen gelähmt und die Basis zur heutigen Krise gelegt wurde.

Der ständige Geldmangel veranlaßt die Gemeindewirtschaft, dem Gedanken einer Heranziehung ausländischer Kapitals näherzutreten. Ein entsprechendes Dekret, das die Verpachtung kommunaler Betriebe regelt, ist bereits erlassen, und die Vertreter der kommunalen Abteilung des Moskauer Sowjets haben in England, Deutschland und Frankreich langwierige Verhandlungen über die Verpachtung des Untergrundbahnhofs in Moskau geführt. Aus Gründen der allgemeinen politischen Situation ist indes nicht ein einziges Begütern auf diesem Gebiete verwirklicht worden.

Schwunghaften Handel mit Halberstädter Würstchen. Den SPD-Betriebsräten wurde die Geschäftszitate hund, sie stellten im Jahre 1922 beim Gesamtbetriebsrat den Antrag, daß jeder Handel mit Lebensmitteln, Kleidung und Bedarfsgütern verboten werde. Sie möchten sich dadurch bei den zielbewußten Kapitalbeschaffern Moskau Richtung nicht gerade beliebt, denn beim Geschäftszitate hört beßrlich die Gemüthslichkeit auf. Der Antrag wurde aber angenommen, es erschien eine Bekanntmachung, die jeden Handel untersagte. Sie trug die Unterschrift Otto Herrmanns, der sich aber dadurch in seinem Geschäftszitate ebenso wenig hören ließ wie seine Freunde im Betriebe, die mit Zustimmung der zwei KPD-Betriebsräte in der Werkstatt I feste weiterhandelten. Sogar Geschäftsleute wurden durch die Portiersperre gelassen und verschärferten in den Paupen ihre Waren.

Da die Kommunisten von den SPD-Genossen immer wieder auf das Verbot hingewiesen wurden, schaffte ihnen in treuer Erfüllung solidarischer Pflichten endlich der Kommunist Alfred Schurig zu Just, ehemaliges Mitglied des Arbeitslosenrats und seit einiger Zeit eine besondere Zierde des Leipziger Stadtratskollegiums. Dieser strenge Genossenschaftsleiter bekämpfte nicht etwa als organisiertes Konsumvereinsmitglied den wilden Handel seiner Parteigenossen. Im Gegenteil, er stellte den Antrag, das Verbot des Handels aufzuheben! Wie meist in den Belegschaftsversammlungen, stimmte der größte Teil der Belegschaft nicht ab und mit wenigen Stimmen wurde der Antrag Schurig angenommen.

Nun läßt das Geschäftszitate erst richtig Geschäftszitate aller Art handen. Mit Kleidung jeder Sorte, mit Zuck, Brot, Holz- und Tuchpanzeln, so sogar mit Schnaps, wurde ein florierter Handel in diesem städtischen Betriebe getrieben. Im August brachte ein besonders Findiger eine 10 bis 15 Liter Schnaps fassende große Steinplatte mit, aus der im Speisesaal des Schnaps letzterweile verkauft wurde. Alles das mit Duldung des kommunalen Betriebsrats. Eine Filiale machte im Speisesaal einen Verkaufstand mit Tüchern und Stoffen auf und gab ihre Ware gegen Ratenzahlungen ab. Sie hatte aber große Not, ihr Geld hereinzubekommen, und durfte öffentlich im Speisesaal am schwarzen Brett eine Mahnung aushängen und ihren Schuldnern mit der Staatsanwaltschaft drohen. Sie soll 1700 Mt. eingebüßt haben.

Wenig erfreulich für die Barbiere, die in der Sachsen-Arbeiter-Zeitung Anzeigen aufgeben, wird es sein, zu hören, daß die kommunistischen Betriebsräte es zuließen, daß in den Werkstätten auch Haarschneider und Kosmetiker vorgenommen wurde.

Alle diese Zustände duldeten, ja förderten die Kommunisten, statt Arbeiterspolitik zu treiben und der Direktion gegenüber die Arbeitersinteressen zu vertreten. Sie machten sie jede noch so blöde Komiseröffnung mit, und die Direktion und die Werkstättenverwaltung mußten, was sie an ihnen hatten. Sie ließen von Zeit zu Zeit Verbote los, die kaum eine Woche wirkten, dann ließ sie das Geschäftszitate mit irischen Kräften wieder ein und Werkstättenverwaltung und Direktion ließen der kommunistischen Geschäftszuberei wieder freien Lauf.

Likörbonbons.

Der Gau Leipzig im Reichsverband der Schokoladengeschäfts-inhaber schreibt uns: In Nr. 137 vom 16. 6. 25. Ihrer Zeitung haben Sie einen Artikel gebracht, der sich gegen den Verlauf von alkoholgefüllten Erzeugnissen der Bonbon- und Schokoladenbranche an Kinder wendet. Wir brauchen Ihnen wohl nicht zu versichern, daß auch wir die schwere Gefahr, die darin liegt, voll erkennen, und daß auch unsere von Ihnen angegriffene Industrie längst bemüht ist, den Verlauf von alkoholhaltigen Fabrikaten an Kinder zu verhindern,

Das Geschäftszitate bei der Straßenbahn.

Das Ruhesäuschen hat über unsern Nachweis der geschäftlichen Tüchtigkeit der Kommunisten im Betriebe der Leipziger Straßenbahn ein großes Geschrei erhoben. Durch unsre leichte Veröffentlichung „Überreiche durch O. Herrmann“, ist ja schon der kommunistische Abwehrschwindel bengalisch beleuchtet worden. Dieser brave Arbeitervorsteher hat von Anfang an verstanden, sein Geschäftszitate zu machen. Kaum zum Vorstehen des Betriebsrats gewählt, begann er schon zu handeln. Wer in das Betriebsratszimmer kam zu Sprechstunden oder zu Sitzungen, erhielt von Herrmann Tabak und Zigaretten zum Kauf angeboten. Und da die Spize mit dem guten Beispiel voranging, wollten die wackeren Kommunisten im Betriebe natürlich auch etwas verdienen. Und so handelte denn in der Werkstatt I in Lindenau der eine KPD-Mann mit Tabak, der andre verfügte seinen Mitarbeitern das Leben mit Schokolade, und ein dritter Moskaujünger trieb einen

Wo rast die Pflicht?

Funktionäre.

Connexx, heute abend 8 Uhr in der Bibliothek. Weltkonzert um 15 Uhr. Vorberichtspunkt 7 Uhr. Zeit eingehen.
Alt-Dresden, Osten. Mittwoch, den 8. Juli, abends 15 Uhr, im Restaurant Stamm, Blumenstr. 3. Sitzung.
Alt-Dresden, Süden. Montag Dienstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, wichtige Funktionssitzung im Rathaus, Nebenzahl, links. Vollständig erscheinen.

Jungföderalisten.

Literarische Gruppe: heute Montag abends 15 Uhr, Jugendheim, Schanzenstr. 27, Freitagabend. Politische Gruppe: heute Montag, abends 15 Uhr, Jugendheim, Schanzenstr. 27, Vortrag des Genossen Gurland: "Frontsche politische Lage".

Frauen.

Säbz. Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stünz (Cafe), Genossin Anna Hammer über die Erwerbstätigkeit der Frau. Nebst Jules und Adele der Frauenbefreiung sollte sich jede Mutter und Frau mit dem etwas anderen Thöre Aufführung halten. Dazu findet dieser Vortrag, bestimmt kommt.

Städtisches. Montag Dienstag abends 15 Uhr im großen Saal der Terrasse. Vortragsbeitrag über Menschen und Weltanschauung der Frauengemeinschaft von Herrn Dr. Dr. Bürkner. Genossen und Genossinnen hörten für Menschenbild. Ausklärung bedeutet Bildung und Wachstum der Arbeitsstättchen.

Gesellschaft, Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, spricht Gen. Peter Otto Klink im Goethebücherei über Soziale Rechte. Überzeugung, dass es keine Mutter, keine Frau verfügen, diese Menschenrechte zu erhalten.

Gäste. Montag Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Restaurant zum Alten Markt, Bautzner Str. eine Frauenversammlung statt. Geistige und geistliche, Begrüßung und Wohlwollung sprechen.

Öster. Die Funktionärinnen kommen heute abend 8 Uhr ins Anger-Schlößchen zu einer kurzen Versammlung.

Arbeiterbildungsinstitut.

Gewerkschaftsstoff. Freude, Dienstag, Donnerstag und Freitag, 15 Uhr, auf dem Weißplatz. Mitwirkende dringend erwartet.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Wahren. Dienstag, den 7. Juli, 8 Uhr abends, Verkommnung im Sächsischen Hof (Weinsteller). Vortrag des Gen. Heller: "Das Leben der Dienststraße".

Unterbezirk Borna.

Heute Sonntag, den 10. Juli, vormittags 9 Uhr, lädt der Unterbezirksvorstand zu einem außerordentlichen Unterbezirksparteitag ein. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Beschlussfassung über das Statut. 3. Wahl eines Delegierten zum Parteitag in Heidelberg. 4. Vortrag über Arbeiterwohlfahrt (Genosse Klein-Leipziger). 5. Berichte.

Wir ersuchen die Ortsvereine, dafür Sorge tragen zu wollen, daß sie bestimmt vertreten sind. Der Unterbezirksvorstand.

J. A. M. Jahr.

indem sie den Packungen ihrer Fabrikate Zettel beilegen, wie Sie einen solchen in der Anlage finden. Auch des hohen Preises wegen sind diese Artikel für Kinder so gut wie ausgegeschlossen. Wir haben stets in gleichem Sinne auf unsere Mitglieder eingewirkt und werden das auch weiterhin tun; nicht verhindern können wir aber, wenn unverantwortliche Eltern in verantwortungsloser Weise ihren Kindern Alkohol, Bier und auch Branntwein, in unverhüllter Form verabreichen."

Es wäre besser, die Alkoholbomben würden gar nicht hergestellt und in den Handel gebracht.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 8. Juli, nachmittags 5½ Uhr, statt. Der Tagesordnung entnehmen wir: Konten: Bäder, Messen und Märkte, Sanitäts- und Krankenförderungswesen, Dörrgerätebau, Arbeitsamt, Gebäude, Sparkasse, Stadtbauamt, Rathaus, Abgaben, des Haushaltplans für 1925. Städtische Kraftwagenlinie Leipzig-Merseburg, Straßenbahn und Straßen nach der Großmarkthalle, Straßenbahn-Gleis-Schleife vom Windmühlenweg nach der Straße des 18. Oktober, Einlegung von Straßenbahngleisen in der Richard-Wagner-Straße. Hilfe für die Kolonne Leipzig des Arbeiter-Samariter-Bundes. Großmarkthalle (Erweiterung), Grabgebühren. Konten: Führergewölbe, Deutschen Jugendhilfe, Wohlfahrtspflege, Arbeitsanstalt, Beiträge zu gemeinnützigen Zwecken.

Eine Erhebung über die Stellenlosigkeit aller Angestellten findet am 16. Juli 1925 im ganzen Deutschen Reich mittels Fragebögen statt. Es wird wegen der Einzelheiten auf die amtliche Bekanntmachung vom 4. Juli 1925 verwiesen. Besonders wird darauf ausmerksam gemacht, daß sich jämlich diestellungslosen Angestellten an der Erhebung beteiligen sollen; auch solche, die keine Unterstützung beziehen und die sich bei seinem Arbeitsnachweis als arbeitsuchende gemeldet haben.

Obstbauer! Vernichtet die Obstmadel ½ der gesamten Obstsorten im vergangenen Jahre madig und in diesem Jahre wird es nicht besser werden, denn die an dieser Stelle rechtzeitig erfolgten Mahnungen sind unbeachtet geblieben. Jetzt ist es wieder an der Zeit, den Fanggitter an tragende Obstbäume anzulegen, unter dem die aus der Frucht schlechende Made Unterchlupf sucht. Nachdem die lohe Vorle vom Stamm des Baumes gut abgetragen ist, wird der Fanggitter (ein 15 cm breiter Streifen Wellpapier oder eine aus Hen zusammengebrachte Walze) in Bruthöhe heruntergelegt und mit einem Faden befestigt. Im Laufe des Winters wird der Fanggitter wieder abgenommen und verbrannt. Die Baumwärter des Bezirks sind bereit, die Arbeiten mit auszuführen. Nähtere Auskunft erteilt der Bezirksobstgärtner.

Die Einwohnerzahl Leipzig beträgt, wie schon kurz gemeldet, nach der vorläufigen Auszeichnung der Osten 660 140. Danach ist auch die Einwohnerzahl unserer Stadt, ebenso wie sich das anderwärts allgemein gezeigt hat, hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das ist, wie uns der Rat schreibt, darauf zurückzuführen, daß die Jährling diesmal im Sommer, also in der Reisezeit, durchgeführt worden ist. Bekanntlich wird bei solchen Erhebungen zunächst die sogenannte ortswesende Bevölkerung ermittelt, es sind also alle die Leipziger Bewohner zunächst unberücksichtigt geblieben, die am 16. Juni nicht in Leipzig anwesend waren. Die endgültigen Berechnungen, die aber selbstverständlich längere Zeit in Anspruch nehmen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach eine höhere Zahl ergeben.

Schulabschluß möglichst zeitig anmelden. Die Reichsbahnverwaltung hat bei den in den Sommermonaten naturgemäß sich häufen den Schulabschüssen zu deren glatter Beförderung umfangreiche vorbereitende Maßnahmen zu treffen, und zwar nicht allein für die Hintersee, sondern auch für die Rückseite, weil auch die Rückseitenstationen berücksichtigt werden müssen. Es ist daher nicht nur erwünscht, sondern auch im Interesse der glatten Beförderung nötig, solche Fahrten möglichst zeitig, spätestens aber bis 8 Uhr nachmittags des vorhergehenden Tages bei der Bahnhofsvorwaltung anzumelden.

Zur Freidenkerfrage schreibt uns Genosse Rechtsanwalt Dr. Graf: Um den schlechten Eindruck zu vermindern, der bei vielen Mitgliedern der Gemeinschaft proletarischer Freidenker durch die von Wolf und Gen. zwecks Erlangung des Postschaffontos eingesetzten gerichtlichen Schritte hervorgerufen worden ist, wird das Gerücht ausgesprengt, daß der erste Hauptvorworfende, Genosse Theo Mayer, ein oder 2 Tage nach dem 24. Mai 1925 bei mir gewesen sei und mich um Rat wegen Ergriffung gerichtlicher Schritte gefragt habe. Die Behauptung ist unwahr. Genosse Theo Mayer ist am 25. oder 26. Mai 1925 in einer Rechtsangelegenheit, die mit der G. p. F. nichts zu tun hat, in meinem Bureau gewesen. Nach Beendigung der Begegnung haben wir uns noch über das kommunistische Vorgehen der Hauptversammlung vom 24. Mai 1925 unterhalten. Ich bemerkte hierbei, daß die Herbeiführung einer Einigung ver sucht werden müsse, schon deshalb, weil schlimmstensfalls die Ergriffung gerichtlicher Schritte gar nicht möglich wäre, wovon ich überhaupt mit Absicht auf die Stellung der G. p. F. ohnehin abriet. Genosse Theo Mayer erklärt darauf sofort, daß für ihn die Anrufung der bürgerlichen Gerichte überhaupt nicht in Frage komme. Er würde das unter keinen Umständen, auch wenn es von anderer Seite angezeigt würde, somals billigen und dabei mitwirken. In diesem Sinne habe ich mich auch in der Verhandlung vor dem Landgericht am 1. Juli 1925 geäußert. Wenn Teilnehmer dieser Verhandlung

etwas anderes lebt aussprechen, um ihr Vorgehen dadurch in ein milderes Licht zu rücken, so handeln sie wissenschaftlich unhöflich.

Vollschule. Die Teilnehmer an der Vollschule in Niederbierbach im Vogtland werden gebeten, spätestens bis Mittwoch, 8. Juli, ihre Anchrift an das Volksbildungsaamt, Neues Rathaus, Zimmer 508, zu senden, damit Maßnahmen zu gemeinsamer Fahrt mit Fahrtpreismäßigung getroffen werden können. — Kurs Riemann (Schulstagen der Gegenwart). Die Arbeitsgemeinschaft findet diese Woche nicht Dienstag, sondern Donnerstag (9. Juli), 15 Uhr abends, in der 54. Volksschule statt.

Sonderzüge mit Fahrtpreismäßigung nach der Nordsee. In Halle und Leipzig werden noch Sonderzugarten ausgegeben zu einem Sommer-Sonderzuge am 10. Juli nach Bremen-Norddeich (Leipzig ab 9.15 Uhr, Halle ab 10.08 Uhr abends) und am 13. Juli nach Hamburg (Leipzig ab 11.02 Uhr, Halle ab 11.55 Uhr abends). Fahrtpreise usw. wie bei anderen Sommer-Sonderzügen nach der Nordsee.

Polizeinachrichten.

Tödlich überfahren. In der sehr schmalen Stöttericher-Straße ist am 2. d. M. abends gegen 8 Uhr, wiederum ein Kind durch einen Kraftwagen tödlich überfahren worden. Das verunglückte Kind, ein neunjähriges, der Unfallstelle gegenüber wohnendes Mädchen, wollte noch kurz vor dem Auto, das in langsamem Fahrt aus dem Innern der Stadt kam, über die Straße laufen. Es erholt durch den rechten Scheinwerfer des Wagens einen heftigen Stoß durch den es nach rückwärts mit dem Kopfe an die Bordsteinkante geschockt wurde. Dem Führer des Wagens war es nicht möglich gewesen, das Unglück zu verhindern. Nach den Angaben dreier Augenzeugen trifft den Führer keine Schuld. Das schwerverletzte Kind wurde sofort nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo es bald nach der Einlieferung gestorben ist.

Warnung! Zu verschiedenen Geschäftsleuten ist in den letzten Tagen ein unbekannter mit großer Sicherheit aufirender Mann gekommen, der sich in einigen Häusern als "Gerictholzlicher Kroeger" vorstellt und Geldbezüge erschwindelt. In mehreren Häusern ist als Täter der 1878 in Wieden geborene Alex Ferdinand Karl Trost im Bilde, das bei der Kriminalabteilung vorhanden ist, wiedererkannt worden. In einigen anderen Häusern welche die Beschreibung des Schwindlers von der des Trost ab, deshalb ist es möglich, daß noch ein zweiter Schwindler mit demselben Trick austritt. Der Unbekannte ist etwa 1.70 Meter groß, 35 bis 40 Jahre alt, trägt kleinen, gekräuselten braunen Schnurrbart, hat braunes Haar, sehr aufrechten Gang und trägt eine sehr strenge Amtsuniform zur Schau. Bekleidet ist er mit dunklem Jackenanzug, ist ohne Kopfschmuck. Bei sich hat er eine braune Aktenmappe.

Wer war Zeuge? Am Mittwoch, dem 1. Juli, abends 11.30 Uhr, ist auf der Pegauer Straße in Leipzig-Gohlis in der Nähe des Restaurants zur Post ein 5-jähriger Tapetier von einem in südlicher Richtung fahrenden Personenkraftwagen überfahren worden. Er wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Das Auto war mit gleicher Schnelligkeit weitergefahren, ohne daß sich der Führer um den Verletzten gekümmert hatte. Der Eigentümer des Autos und das Erkennungszeichen waren zunächst nicht bekannt. Der Eigentümer, der neben dem Führer gesessen hatte, als das Unglück geschah, meldete sich jedoch telefonisch in derselben Nacht noch nach der Ankunft in Zeitz, seinem Wohnort, der Kriminalabteilung. Zeugen dieses Unfalls werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung zu melden.

Bermuth wird seit 30. Juni d. J. der in der Humboldtstr. 34, III bei den Eltern wohnende Sozialerzieher Hermann Silberstein. Er ist 1.40 Meter groß, blond, und hat an der Oberlippe rechts einen kleinen Lederfleck. Bekleidet ist er mit dunklem Jackenanzug, heller Sportmütze, weißseinem Hemd, gleichen rostigstreiftem Stehkragen, rostigstreiflem Schuhüber.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Neuerrichtung von Landkrankenhäusern gesetzlich unzulässig.

Von A. Hertel, Freiberg i. Sa.

Aus der Geschichte der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 ist deutlich ersichtlich, daß die Landkrankenhäuser ihre Existenz vornehmlich bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung das Regierungsschiff leitenden konservativen Partei der Agrarier verdankten. Da eine Verhinderung der in den bestehenden Ortskrankenhäusern mit ihrer weitgehenden Selbstverwaltung unter dem angeblichen Einfluß stehender Arbeitervertreter "nicht tunlich erscheint" und weil es die "besonderen Verhältnisse" der Landbevölkerung verlangten, wurden die Landkrankenhäuser — besonders in Preußen — gebildet bzw. bei Intrastreiten des Gesetzes die Möglichkeit geschaffen, Landkrankenhäuser neben den Allgemeinen Ortskrankenhäusern zu errichten, obwohl auch der Staatssekretär des Innern bei den Beratungen damals angeben mußte, daß sich für die anderen Bundesstaaten die Notwendigkeit ergeben könnte, von der Errichtung von Landkrankenhäusern abzusehen. Württemberg hat landesgesetzlich auf die Errichtung von Landkrankenhäusern bei Intrastreiten der Reichsversicherungsordnung sofort verzichtet, Thüringen hat unter 4. Mai 1923 ein Gesetz erlassen, wonach im Lande Thüringen keine Landkrankenhäuser neben den Allgemeinen Ortskrankenhäusern errichtet werden dürfen. In Sachsen fehlt es bis heute an einem entsprechenden landesgesetzlichen Willensausdruck.

Für Sachsen gelten deshalb bis zur anderweitigen landesgesetzlichen Regelung die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bezw. die sächsischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung. Das infolge der politischen Kräfteverhältnisse im Jahre 1912 auch in Sachsen die Landwirtschaft nicht zu kurz gekommen durfte, versteht sich von selbst. Es wurde in Ausführung der Reichsversicherungsordnung den landwirtschaftlichen Organisationen weitgehendes Einigegentommen erwiesen und seitens des sächsischen Ministeriums des Innern mit aller Sorgfalt darauf geachtet, daß dem Willen der Landwirtschaft auch in bezug auf die Errichtung von Landkrankenhäusern entsprochen wurde. § 229 der Reichsversicherungsordnung besagt, "daß die Errichtung einer Landkrankenhaus neben der Allgemeinen Ortskrankenhaus nur mit Genehmigung des Oberverwaltungsamtes unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Landwirtschaft und der Verhältnisse der beteiligten Arbeitgeber und Versicherungspflichtiger das Bedürfnis vernernt". Obgleich man annehmen darf, daß bei der damaligen Einstellung der behördlichen Organe dieser Gesetzesentwurf genügt hätte, um den Landkrankenhäusern zum Siege zu verhelfen, tat das damalige Sächsische Ministerium des Innern noch ein weiteres. Es bestimmte in § 1 der Verordnung vom 27. Juni 1912 über Bildung der Allgemeinen Ortskrankenhäuser und Landkrankenhäuser:

"Die Verschärfung der Versicherungsmänner, daß die Errichtung einer Landkrankenhaus neben der Allgemeinen Ortskrankenhaus unterbleiben soll (Reichsversicherungsordnung § 229), sind in den Amtsblättern der unteren Verwaltungsbehörden zu veröffentlichen, bei denen die Versicherungsmänner errichtet sind."

Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Wenn unter solchen Umständen in Sachsen seitens der beteiligten Arbeitgeber und Versicherungsmänner und mit Genehmigung der Oberverwaltungsämter in den meisten Bezirken auf die Errichtung von Landkrankenhäusern verzichtet wurde, so beweist das einmal sehr deutlich, daß Landkrankenhäuser eben überflüssig waren und weiter überflüssig sind, auf der anderen Seite aber ist durch das in der Reichsversicherungsordnung und durch die Ausführungsbestimmungen angeordnete Verfahren ein Rechtszustand geschaffen worden, der sich ohne Hinzufrager nicht ohne weiteres wieder ändern läßt. Die Oberverwaltungsämter müssen alle neu an sie herantretende Anträge auf Errichtung von Landkrankenhäusern ablehnen, da sie eine einmal ausgesprochene Genehmigung nicht wieder umstoßen können. Neue wesentliche Momente sind in der Zeit seit dem Inkrafttreten

der Reichsversicherungsordnung, dem 1. Januar 1914 bis heute wohl kaum zu verzeichnen. Das Gegenteil dürfte eher der Fall sein. Die Landwirtschaft hat in Sachsen weder an Bedeutung gewonnen, noch dürften die in der Landwirtschaft Versicherungspflichtigen ein Verlangen nach der Errichtung von Landkrankenhäusern haben. Das der Zug der Zeit heute bei den Krankenkassen eher eine Vereinheitlichung als eine neue Zersplitterung gebietlicher verlangt, ist ebenfalls ein Moment, welches gegen die Neuerrichtung von Landkrankenhäusern spricht. Die Rechtslage liegt heute deshalb so, daß neue Landkrankenhäuser nicht errichtet werden können, weil die in Frage kommenden Interessenten bei der Neubildung der Allgemeinen Ortskrankenhäuser rechtswidrig auf die Errichtung eigener Kassen verzichtet haben.

Die Gemeinden und das staatliche Aufsichtsrecht.

Unter dieser Überschrift untersteht der Landtagsabgeordnete Rößig in den L. N. eine Verteidigung der Bescheinigung, ja Beleidigung des Selbstverwaltungsrechtes durch die Änderung der Gemeindeordnung. Der Vergleich der Novelle mit der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 beim besten Willen ungünstig ausfallen muß, zieht Herr Rößig den Vergleich mit der — Revidierten Städteordnung und preist es als Fortschritt, daß es auch nach der Novelle ein Ver sagen der Genehmigung nach blohem "Entsessen der Aufsichtsbehörde" nicht mehr gibt.

Wie das Selbstverwaltungrecht der Gemeinden wirklich beschaffen ist, möge folgendes Beispiel zeigen:

Behörden die Stadtverordneten ein Ortsgebot, so kann der Stadtrat seine Zustimmung verhagen; tut er es nicht, so kann die Beleidigungshöhrde (der Kreisausschuß) die Genehmigung verhagen, tut sie es nicht, so kann die Stadtsbehörde (die Kreis-Hauptmannschaft) die Entscheidung der Gemeinde ändern, fällt diese günstig für die Gemeinde aus, so kann der Vorstand der Gemeindekammer gegen den Besluß der Kammer die Entscheidung des Ministeriums anstreben. Und das Ministerium kann dann nach § 8, Abs. 5 alle Entscheidungen der Gemeindekammer abändern oder aufheben. Seine Entscheidung ist ebenfalls gültig!

Die wesentliche Verschlechterung des § 7 GO besteht ja mit darin, daß die Staatsbehörde darin das Recht erhält, trotz der Genehmigung der Beleidigungshöhrde gemeindliche Ordnungen anzufordern und dadurch zu ermöglichen, daß sie die endgültige Entscheidung in die Hand bekommt.

Eine weitere Behauptung des Herrn Rößig, das Recht des Ministeriums, Richtlinien für Ortsgebote aufzustellen, bedeute keine Einschränkung der Selbstverwaltung, wird durch den Ministerialrat Heerloß in der Staatszeitung widerlegt, der selbst erklärt, Ortsgeboten könne die Genehmigung vertragt werden, wenn sie sich nicht nach diesen Richtlinien richten. Das beweist, daß sie nicht als Anhaltspunkte, sondern als Vorschriften gedacht sind, die das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden einschränken.

Wenn Herr Rößig zum Schluß seines Artikels sagt, nicht durch starres Festhalten an sogenannten Prinzipien, sondern durch leichtes zweckdienliches Handhaben der Verwaltung sei den Gemeinden ge dienst, so zeigt dieses Gerede nur, wie damit eine gemeindliche Selbstverwaltung prinzipiell vernichtet wird.

Der Dresdenner Anzeiger muß berichtigten!

Der Dresdenner Anzeiger hatte eine Notiz aus dem Chemnitzer Tageblatt nachgedruckt, wonach das Verfahren gegen den Oberstaatsanwalt Genossen Dr. Asmus eingestellt worden sei. Die Notiz, die übrigens recht ehrverleidende Bemerkungen gegen Asmus enthielt, war eine offensbare Indiskretion eines Beamten, so daß sich der Generalstaatsanwalt veranlaßt gehabt hat, Recherchen anzustellen, die, das nun erwartet werden, endlich einmal dem betreffenden Beamten das Handwerk legen. Jetzt muß der Dresdenner Anzeiger seine Notiz auf Grund einer Falschheit des Genossen Asmus wie folgt berichtigten:

"Es ist nicht wahr, daß der Generalstaatsanwalt seinen Antrag damit begründet, daß das Recht, zwar in zahlreichen Fällen verlegt sei, daß aber Asmus nicht in vollem Umfange verantwortlich gemacht werden könne, weil er zu unerfahren gewesen sei, um die Tragweite seiner Handlungswweise zu ermessen."

Damit bleibt das Lügengebäude, das hier gegen den Genossen Asmus aufgerichtet worden war, zusammen. Der Vorfall zeigt wieder einmal deutlich, wie gewissenlos die bürgerliche Presse handelt, wenn es gilt, einen sozialistischen Beamten zu Fall zu bringen.

"Die Republik und dieser Präsident sind einen Dreck wert!" Wegen

Aus der Umgebung.

Die Gemeindevertreter des Leipziger Bezirks haben noch lange nicht alle davon Gebrauch gemacht, bei der Post das Abonnement auf die vom Parteisekretariat herausgegebenen „Mitteilungen für Gemeindevertreter“ zu bestellen, obgleich die Ortsvereine den Abonnementsbeitrag zurückstatten. Und doch enthalten diese Mitteilungen so viele für die Gemeindevertreter, auch der kleinen Gemeinden wichtige Hinweise, die gerade jetzt in der Zeit der Neugestaltung der Gemeindegesetze auf Grund der veränderten Gemeindeordnung von besonderem Wert sind. Die Partei hat das Recht, von ihren Vertretern zu verlangen, daß das Informationsmaterial, das ihnen unentgeltlich gewährt wird, auch benutzt wird. Die Ortsvereinsvertreter werden ersucht, dahingehend auf die Gemeindevertreter einzutreten.

Taucha. Ein unverständenes Urteil. Das Amtsgericht Taucha verhandelte am 30. Juni gegen den Ziegelschmied Seidemann. Ihm war zur Last gelegt, jahrelang unberechtigterweise Strom entnommen zu haben, wodurch die Stadt ganz erheblich geschädigt worden ist. Seidemann, der nicht etwa in der Anklagebank, sondern neben seinem Verteidiger saß, leugnete alle Verstülpungen, die ihm zur Last gelegt waren. Auch die Mahnungen des Verteidigen, doch der Wahrheit die Ehre zu geben, fruchten nichts. Seine Antwort lautete unverändert: „Ich weiß von nichts!“ Als Hengen-Sachverständiger berichtete Beleibingenieur Voigt vom Elektrofützwerk Taucha folgendes:

Von März d. J. rief der Angeklagte das Werk an und verlangte, daß sofort jemand an ihm komme, da seine sämtlichen Lampen geplatzt seien. Der mit der Reparatur beauftragte Arbeiter Busch sah sofort, daß S. eine Leitung unter zu großer Spannung gehandelt habe müsse, und entdeckte in einer Dachlampe einen Motor; auch sah er, daß der Strom widerrechtlich entnommen war. Der Arbeiter erstattete sofort Anzeige. Das war an einem Mittwoch. Ingenieur Voigt konnte aber erst am Sonnabend, also drei Tage später, zur Aufnahme des Tatbestandes schreiten, da Herr S. mit seinem Auto verreist war. Als nun Voigt verlangte, daß S. ihm die Dachlampe öffne, verwogerte ihm der Angeklagte die Öffnung. Erst die wiederholte Drohung Voigts, einen der beiden Zeugen zur Polizei zu führen, bequemte S. zur Öffnung. Man fand eine Gasmühle, die an einen Motor angeschlossen war. Die Leitung war frisch abgeschnitten.

Auf die Frage des Verteidigen, welchen Zwecken die Mühle gedient habe, die doch gegen 20 Liter Getreide fasse, antwortete der arme Ziegelschmied: „Während des Krieges habe ich nicht viel gehabt, und da habe ich mir etwas Getreide gemahlen.“

Weiter fand Voigt die Spuren eines flüchtlerischen Kutschabusses. Die Deckenballen hatten gebrannt. S. behauptete, dieser Brand sei zurückzuhören auf die große Feuchtigkeit der betreffenden Wand. Voigt führte ihn darauf zurück, daß S. die falschen Drähte zusammengeflochten habe.

Außerdem stand in der Kammer ein Motor. Auf des Verteidigen Fragen, von wem er den Motor gekauft, wann er ihn gekauft und seit wann er ihn in der Kammer stehen habe, gab S. die berühmte

Antwort: „Das weiß ich nicht!“ Durch einen Zeugen erst konnte festgestellt werden, daß dieser schon während des Krieges vom Nebenhause aus in der Dachlampe täglich habe mahlen hören.

Voigt ging nun zur Wohnung. Hier waren Heizkörper eingebaut. Die Heizlampen waren verschwunden. Diese wurden gesucht, ehe der Strom durch den Jähler gegangen war. Voigt machte den Angeklagten auf seine pompöse Deckenbeleuchtung aufmerksam, die doch auch ein gut Teil Strom verbraucht. Darauf entgegnete der Unklugste: „Über erlauben Sie! Ich mußte in dieser Zeit durchbar sparen. Ich arbeitete damals in einem kleinen Zimmer und brannte nur eine Lampe.“ Aber gerade in der Inflationszeit soll die Vorderfront der Seidemannschen Villa des österreicher tages erleuchtet gewesen sein.

Interessant für die Einwohnerchaft Taucha ist der Jahresstromverbrauch des Angeklagten. Im Jahre 1921 waren es 163, 1922: 169, 1923: 223 und 1924: 216 Kilowattstunden.

Der gerichtlich vereidigte Sachverständige, Ingenieur Ulrichs-Leipzig, befundete, daß er nur allgemeine Erwägungen anstellen könne, denn von den Spuren war nichts mehr zu sehen.

Der Verteidiger der Staatsanwaltschaft beantragte die Bestrafung Seidemanns, da ihm in zwei Fällen unerlaubte Stromabschaltung nachgewiesen sei. Der Verteidiger plädierte selbstredend für Freispruch. Er betonte besonders, daß S. ja sofort bei Entdeckung der Störung das Werk angerufen habe. Wir fragen: War dem Gericht nicht bekannt, daß S. erst den Besitzer des Nebengrundstückes um Hilfe bat, dieser aber die Hilfe ablehnte und ihm sagte, er solle um das Werk anrufen?

Warum hat man von Seiten der Stadt nicht den Entdecker der Sache, den Elektrotechniker Busch, als Zeugen genannt? Warum hat man weiter den gerichtlichen Sachverständigen erst nach 4 Monaten um ein Gutachten ersucht?

Die Einwohnerchaft Taucha hat einen Freispruch, auch wegen Mangels an Beweisen, nicht erwartet.

Ganz eigenartig aber wird der Fall beleuchtet durch folgendes: Herr Seidemann soll an die Stadt ein Wiesengrundstück, das man zur Erweiterung des Bades benötigt, verkauft haben, und zwar zu einem sehr unechten Preise. (Man spricht von 50 Pf. für den Quadratmeter.)

Die Einwohnerchaft erwartet Auskunft und hofft, daß in der Angelegenheit Seidemann noch nicht das lechte Wort gesprochen ist.

Engelsdorf. Am Montag, dem 6. Juli d. J., findet 8 Uhr abends in der hiesigen Schule ein interessanter Lichtbildvortrag statt. Elternrat und Lehrerchaft richten an sämtliche Erzieher die Bitte, recht zahlreich zu erscheinen.

Leuna. Tot aufgefunden wurde in dem benachbarten Kleindösen, der 55 Jahre alte, aus Borna gebürtige Arbeiter Rob. Albrecht. Albrecht war seit längerer Zeit ohne jeden Wohnsitz. Die ärztliche Untersuchung ist eingeleitet, um die Todesursache festzustellen.

Sportcharstell

Nichtung Vereinsspieler! Arbeit-Turn- und Sportverein Würzburg (Kreis Jena) möchte für Sonntag, den 2. August, eine 1. Fußballmannschaft nach Würzburg. Gelegenheit bis Weitwiss. Interessen seien sich mit Gen. Eich-Schulz, 2. Kreisstr. 42, in Verbindung. Großlich melde: 1 Ball- und 1 Jugendmannschaft für Fußball und 1 Turnermannschaft für Handball. Schulz.

Rosenthal.

Sonntag, den 12. Juli.

Wettkampfspielen zweier Mühl- und Rosenthaler der einzelnen Klassen. 2 Uhr Minuten 1-Viertelstundenspiel 1 (Schleifz). 3,15 Uhr 30 Minuten 2-Döbelz 1 (Klein-Rosenthal), 4,30 Uhr Sieger vom 5. Juli—Engelsdorf 1 (Rosenthal). Sämtliche Spiele finden auf den Sonnenwiesen statt. Eine haußfeld und heißtt Kinderschicht. Es treten die Mitglieder des Verhandlungsausschusses an.

Schweizer-Mannschaft in Leipzig.

Wiederum ist der Leipziger Arbeitersportverein Gelegenheit geboten, eine Ausländermannschaft in ihren Mauern zu beherbergen. Erinnerung ist wohl das Spiel gegen die französische Auswahlmannschaft, sowie das erst kürzlich stattgefundenen Endländerspiel, wobei der Leipziger Arbeitersportverein durch Maßenbedarf und andere Rücksichten den ausländischen Sportgenossen ihre Sonntagsbiegeungen begegnet. Diesmal ist es der Arbeitersportverein Görlitz (Kreis Görlitz), welcher ähnlich der Stadtwerke des VfL-Städter ein Provinzialspiel vorzubringen will. Die Görlitzer Mannschaft ist in Bezug auf ihre Spielstärke mit über ihrer Landesgrenzen hinzu bekannt. Unter anderen Jahren ließ den VfL-Görlitzer 1920 im Kinderstadion Schwedt-Branfelde mit dem Görlitzer eine Freundschaftsspiel mit, das sie erlöste mit einem Sieg von 2:0 endete. Das Treffen in Leipzig ist auch gleichzeitig ein Abschlussspiel der Frankfurter Olympia, und wie von den Leipziger Fußballdorfern mit großem Interesse verfolgt werden. Die Spielweise des ehemaligen Bundesmeisters, der in der ersten Runde ungefähr das doppelt, ist auch ziemlich bekannt. Aus diesem ist zu erwarten, daß den Leipziger ein äußerst spannendes Kampf geboten werden wird. Der VfL-Schweizer hat Mühe und Power nicht gesehen, das außergewöhnliche Ereignis wünscht sich zu erhalten. Die Gäste, die am Freitag, den 10. Juli, hier einzutreffen werden, das Spiel am Sonnabend, 11. Juli nachmittags, auszutragen, und am 12. Juli ein zweites Spiel in Dresden abzolvieren. Der Leipziger Arbeitersportverein mag diese Veranstaltung durch Maßenbedarf unterstützen, um auch den Schweizer Sportgenossen gegenüber den Beweis zu erbringen, daß Vandenberg gegen keine Hindernisse läuft, die Verteidigung im sozialistischen Sinne durchzuführen.

Gelehrten-Spiel.

Dienstag, den 7. Juli 1925, abends 7 Uhr.

Kreis 24 1-Sachsen 27 1.

8 Uhr Paunsdorf 1-Schüler—Anger 1-Schüler (Fussball); 8,30 Uhr Taunusdorf 1-Unger 1 (Fussball); 7 Uhr Paunsdorf 1-Turner—Anger 1-Turner (Turnmeisterschaft).

Mittwoch, den 8. Juli.

Trainingspiel der Bezirksoffizierskademie der Frankfurter. 7 Uhr Lindenau (Kunststädte)-Bezirksoffizierskademie in Lindenau. Meldung: Schwarze Rose und Turnerkreis. Tor: Braun; Verteidigung: Vogel, Wolf, Winter; Kunzsch, Haubrich, Steube; Sturm: Antonius, Peter, Schulz, Pannka; Schiedsrichter: Klein-Johann.

Abends 7 Uhr: Jahr-Gesellschaft-West 03 1; abends 8,30 Uhr: Mädern 07 gegen Sparta 1; abends 9,30 Uhr: Sparta 23 1-Gutshaus 2 (Kohlhütte); abends 7 Uhr: Viltoria 12 1. Tod.—Taunus 07 1. Tod.

Donnerstag, den 9. Juli.

Abends 6,30 Uhr: Mädern 07 8-Brenken-Weser 3. Hoden; 7 Uhr Ebbe 1-WL. Südbor 1 auf den Sonnenwiesen.

Schulz.

Mittwoch, den 6. Juli, abends 8 Uhr, Volkshaus. Alle Kampfrichter und Berichterstatter erscheinen.

B.I.L. Südost (Abt. Stötteritz) Mittwoch, den 8. Juli, abends 4,30 Uhr, im Vereinshaus Mitglieder-Versammlung. — Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Dr. A. Michaelsohn
L.-Gohlis
von der Reise zurück.

Heute beginnt mein

Saison-Ausverkauf

zu enorm billigen Preisen

Bitte beachten Sie meine Preise in den Schaufenstern

Schuhhaus Sellinger
nur Bürgstraße 13. Zollstraße 18

Farb- und Schwarzätzer gesucht

Kirstein & Co., Leipzig, Hospitalstraße 11a

Perfekte

Fräser

stellen ein

Atlas Werke, Pöhler & Co.

Leipzig-Stötteritz

Vertreter gesucht

für erklassiges Putzmittel, gef. gel. in jedem Haus- und Küchengerätegeschäft.

Drugerie, Seifenhandlung, Warenhaus etc. gern gekauft. Große Verbietsmöglichkeit, Offeren unter F. A. 4297

an Rudolf Molle, Kreisburg in B.

1 perf. Köchin

für sofort gefüllt Kontine b. Telefonwerke U.-S. 2-Wahren

Automatendreher und Einrichter

für 4 Spindel-Automaten, sowie perfekte

Horizontal- und Vertikal-Fräser

für dauernd Beschäftigt, gefüllt Angebote m. Zeugnisbriefen an

Hansa-Lloyd Werke A.G.

Bremen 11

Kurbelstickerinnen

nur erste Kräfte finden sofort Dauer-

stellung. Angeb. m. Bild u. Gehalts-

anbot. an Heidelberg Bahnhofsfabrik

Tapeten-Körner
Rolle v. 15-20
Elisenstr. 54
Ecke Körnerstr.

Perfekte

Nestler

Günstige Zeit zum tapezieren der Wohnräume

Tapeten

bill. Ausnahmepreise

Prächt. neue Tapeten

25, 45, 50, 95 3

1., 1.45, 1.50, 2.50 €

Wärme Empfohl.

Wachstuche

zurückgesetzt.

Nestler

Eisenbahnstr. 99

a. d. Elisabethstr.

Billige böhmische Bettfedern!

1 kg graue gefüllte

Leinen-Rent.

Mit. 3.

halbmie R. Mit. 4.

weiße R. Mit. 5. best.

R. Mit. 6, 7, daunen-

weiße R. Mit. 8 u. 10.

belle Serie R. Mit. 12

u. 14. Beste Qualität sollt.

gen. Nach. Muster frei

Umt. u. Rücken gestatt.

Bened. Sachau, Lobau

Fr. 150,- Villen, Böh

men.

Hommel hat doch recht behalten

Berücksichtigt die Inseraten der Leipziger Volkszeitung!

BEWEIS: SAISON-AUSVERKAUF POLICH
1.-14. JULI

Allle Streifenden
erhalten 10 Proz. Ermäßigung bei
Röse's Bea. Martihalle,
Galerie, Stand 4.

GLOBUS
Putz-Extrakt
Der Glanz hält am längsten.
Fritz Schulz jun. A.G. Leipzig

Gardinen
Meterware v. Mk. 0,68 an
Stell. Künstler- v. Mk. 5,75 an
Stores per Stück v. Mk. 3,80 an

Schaldecken p. St. v. Mk. 5,75 an
Diy andecken p. St. v. Mk. 8,80 an
Steppdecken Satin dopp. von 19,50 an
gute Qualität 4 Meter 12,50
Sofabezüge garant. federdicht
echtrot 1,90
Vibrionenstoffe, Chaiselonguestoffe
Tapechte
Linoleum-Läufer

Rosenberger, Hainstr. 8

Es empfiehlt sich zur Ausführung aller
Zimmer-Arbeiten
B. Blume
Connewitz, Leipziger Straße 54, II. Et.



Wir lösen unsere Versprechungen stets restlos ein, hier einige Beispiele!

Damen-Konfektion

Abteilung A. Kleider

Polen	Kleider	
1 Kleider aus gutem Wollstoff	150	
2 Kleider aus gutem Baumwoll-Musselin in verschiedenen Mustern	390	
3 Kleider aus gutem gestreiftem Perkal und Seidenstrick in hübschen Farben	690	
4 Kleider aus gutem gewebtem Woll-Crépe und Woll-Musselin in einer Welt, für hohe Damen, hell mit langer Kettendecke	890	
5 Kleider aus reizvollen sparten Stoffen und großer Vollweite in reizenden Farben	1250	
6 Kleider aus modernen, herzlichen, reizvollen Stoffen und gutem Woll-Musselin, offen und geschlungen zu tragen, m. langem Kettendeck mit Falten, extra Welt	1450	
7 Kleider aus sparten Wollstoffen, in eleganten Farben, rein-wollne Gabardine und Rips	1850	
Unterröde aus guten Streifen-Zephr	165	

ca. 50000 Meter

Leinen- und Baumwollwaren

Rohnessel	teilweise leicht angestaut, ca. 90 cm breit.	Meter 37,-
Rohnessel	ca. 140 cm breit, kräftige Ware für Bettwäsche, teilweise leicht angestaut	Meter 1.10 95,-
Hemdentuch	ca. 80 cm breit, gute, dicke Qualität	Meter 65 58,-
Körperbarchent	gebündelt, besonders gute, welche Qualität	Meter 1.10 85,-
Hausfuch	140 cm breit, sehr leiste, hohe Ware, besonders für Bettwäsche	Meter 145
Stangenleinen	gewebt, sehr schönen Streifen, sehr gutes Ergebnis	Meter 2,75 2,25 1,80 120
Handtuchgebild	sehr feinste Ware mit bunter Borte	Meter 48 38,-
Handtuchgebild	besonders gute, halbsteinene Ware, grau gemustert	Meter 78 65,-
Wischfuch	mit roter Borte	Meter 22 22,-

Extra billiges Angebot!

Ein großer abgepackte Handtücher fertig gebundet und gebündnet,
polster, bestes Ergebnis, teilweise mit ganz kleinen Webfehlern
Serie I II III IV
1.70 1.35 1.10 98,-

Gardinen

Gardinen	Meterware, gute Qualitäten, ca. 80 cm	30,-
Borden	Gardinen mit Gehrigen und Volants	65,-
Galerie-Borden	hellgrünlich mit Borte	68,-
Scheibengardinen	abgepackt, beliebte Muster	78,-
Spann-Stoffe	Applik., ca. 120-130 cm	98,-
Kongress-Stoffe	hohe Qualität, farbig	58,-
Gardinen-Mull	weiß, ca. 65 cm breit Meter	95,-
Halbstores	Gardinen, kleine Gehrige und Spalten	165
Halbstores	handgefertigte, ca. 40 cm breit, Gehrige	690
Kochelleinen-Borden	ca. 50 cm	75,-
Kissen	ca. 40 cm Meter 1.25, ca. 50 cm Meter 85 75,-	
Garnituren	Gute Füllungen, bunte Tapetenstoffe	98,-
Holz-Portieren-Garnitur	Stoff, Stoff und Utensilien für Arbeits-	295

Holz-Portieren-Garnitur	175
-------------------------	-----

Mengenabgabe vorbehalten

Spitzen — Stickereien

Barmer Bogen für Wäsche	Meter 3,-
Wäsche-Bördchen	weit, in vielen verziert, Meter 58,-
Schmale Wäsche-Stickerei	in Meter 5,-
Stickerei	mit gutem Stoff und kleinen Spitzenstücken
Wäsche-Stickerei	ca. 1 cm breit in feiner Qualität
Stickerei u. Einsätze	in ganz verschiedensten Farben
Wäsche-Stickerei u. Einsätze	ca. 1 cm breit
Schweizer Stickerei	Muster für elegante Leibchen

Stickerei-Träger	Meter 08 45 38 28,-
Rock-Stickerei	in niedrigliegenden Ranten, Meter 58,-
Hemd-Passen	in Träger-Toren, in Schlitze u. imillierter Klöppel-Spitze gearbeitet
Hemd-Passen	mit Klöppel-Spitze in großes Weben
Zwirn-Spitzen	2 cm breit
Zwirn-Spitzen u. Einsätze	ca. 2 cm breit
Imitierte Klöppel-Spitzen	ca. 2 cm breit
Schmale imit. Klöppel-Spitzen	ca. 10 cm breit



Gebr. A.G.

Mengenabgabe vorbehalten

Abteilung C. Blusen

Blusen aus Wollstoff, Almara	50,-
Blusen Camperose, in hübschen Wollstoffen	145
Blusen Handform, mit Perlmuttknöpfen in weitem Bandentrich und gestreiftem Perkal	295

Abteilung D. Röcke

Röcke aus gutem Donegal	195
Röcke aus reizvollen Chiffon, moiréblau	390
Röcke aus gulem Hemelpur, zum Durchspanzen	690

Sportjaden

sportivem Velour de seine, in hübschen Schotten	16,50
---	-------

ca. 10000 Meter

Kleider- und Seidenstoffe

Blusenstreifen in sehr schönen mittleren und dunklen Farben	Meter 1,10 95,-
Schotten und Karos in modernen Farben und Mustern, 100 cm	125
Donegal 140 cm breit, sehr gute Ware in engl. Geflecht, Meter 2,40 195	

Sensationelles Angebot!

Popeline Reiswolle gezeichnete Ware, ca. 100 cm breit, vorzüliche Qualität, kleinere mit ganz kleinen Flecken	2,-
---	-----

Weit unter Preis!

Gabardine in dichten Gabardine mit modernen Streifen	2,95
Panama	2,45

Erlcoline sehr gute dauerbare Qualität für Kleider und Oberbekleidung, in sehr opulenten Streifen	345
Waschseide gefleckt u. korsett, sehr schöne, moderne Muster Meter 3,75 360	

Damen-Wäsche, Schürzen und Korsette

Taghemd aus galem Wollstoff und Schlauchverkleidung	80,-
Taghemd aus schwedigen Wollstoff, mit breiter Schlauch- und Rückenverkleidung	145
Unterlaillen aus kräftigem Wollstoff, mit verstellbarer, dicker, dicker Schlauchverkleidung	85,-
Jumper-Unterlaillen dicker garniert	145
Wiener Schürze aus gutem Meter mit kleiner Borte	95,-
Jumperschürze hohe Verarbeitung	125
Jumperschürze Indigoartig, gepunktet	145

Spielhosen für Kinder und Jugendliche, Größe 2,5, 2,45	195
--	-----

Strumpfhaltergürfel aus sil. Dreifl. 1,25 95,-
Sportgürtel aus rote Satindress, mit Haltern
Korsett sehr weich, aus gutem Dreifl. mit breiter Schlauch
Hüfthalter aus hübsch gemusterten Jacquard mit breit. Baumwoll u. Halttern, weiß u. rosa

Elegante Korsetten in verschiedenster Ausführung	490
--	-----

Volkswirtschaftliches.

Eine Randbemerkung zum Kapitel Kapitalbildung.

SRK. Auch heute noch hat die deutsche Wirtschaft, die infolge der Inflation fast aller flüssigen Betriebsmittel entblößt war, unter der Kapitalnot zu leiden. Die begehrten Kredite des Auslands sind wohl eine augenblickliche Hilfe; sie lasten aber schwer auf der Wirtschaft, weil sie in den hohen Zinsen Kapital aus dem Lande ziehen, das der eigenen Volkswirtschaft verlorengieht. Eine Volkswirtschaft, die sich mit eigenem Kapital aufbaut, steht gestützt da als ein Unternehmen, das fremde Hilfe begeht. Auf die Kapitalbildung in Deutschland haben wir schon mehrfach hingewiesen. Die Kreise des Unternehmertums, Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Banken, Börsen können, obwohl sie dauernd über Kreditnot klagen, zufrieden sein mit dem, was sie auf Kosten der Verbraucher und Arbeitnehmer in 14 Jahren erreicht haben. Die Bankausweise zeigen ein rasches Anwachsen des Bankkapitals, das sich in wenigen Händen ansammelt und leicht den großen Konzernen zur Verfügung steht, wenn sie in Schwierigkeiten geraten, aber den mittleren und kleineren Betrieben vielfach versagt bleibt, wenn sie anklopfen. Hier fehlen Kreditlinien, die früher reichlich flossen. Die Kapitalbildung auf breiter Grundlage versagt noch. In bescheidenem Umfange werden Hypothekenbanken, Genossenschaften, Landschaftskassen, Versicherungen wieder zu Geldgebern. Das Rückgrat des Kapitalmarktes waren ehemals die Sparkassen, das Sammelbecken der Spargelder des Arbeiters, des Beamten, des Kleinhändlers, des Gewerbetreibenden. Diese Ansammlung des Volksvermögens steckt heute noch in den bescheidensten Anlagen. Während 85 Banken von 8881 Millionen Mark Einlagen im Jahre 1913 am 30. April 1925 bereits wieder 4979 Millionen Mark ausweisen, also 58 Prozent des alten Bestandes, betragen nach den Mitteilungen der statistischen Landesämter die Einlagen in den 360 sächsischen Sparkassen und in den preußischen Sparkassen:

in Sachsen

1913 1 954 200 000 Mark
30. September 1924 8 882 753 "

31. Dezember 1924 16 268 946 "
31. März 1925 32 871 926 "

in Preußen

1913 13 110 000 000 Mark
30. November 1924 332 225 000 "

31. Dezember 1924 404 102 000 "

31. März 1925 621 722 000 "

In Sachsen waren demnach am 31. Dezember 1924 der 125. Teil (gleich 0,8 Prozent), am 31. März 1925 der 61. Teil (gleich 1,6 Prozent) der Vorkriegssumme erreicht; in Preußen am 31. Dezember 1924 der 32. Teil (gleich 3,08 Prozent), am 31. März 1925 der 18. Teil (gleich 5,5 Prozent), das ist ungefähr der Stand von 1872. In Preußen kamen Ende März 1925 auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 16,03 Mark (in Sachsen 7,08 Mark), gegenüber 311,28 Mark (in Sachsen 406,70 Mark) vor dem Kriege. Die Sparanlagen in den preußischen Sparkassen haben sich im April um 9,7 Prozent gehoben. Am meisten eingezahlt wurde in dem agrarischen Gebiet Posen-Westpreußen. Das industrielle Rheinland bleibt weit unter dem Durchschnitt.

Wir sehen, wie langsam und schwierig die Kapitalbildung bei den Sparkassen, die auf Einlagen der breiten Massen beruhen, vor sich geht. Die heutige Lohn- und Preisbildung nimmt diesen Kreis in die Möglichkeit, Sparkapital zurückzulegen. Berechnend ist die Tatsache, daß seit Januar 1925 die Summe der monatlichen Einlagen dauernd zurückgegangen ist. Das ist erklärlich aus den gleichbleibenden Löhnen und den steigenden Preisen. Die Stärkung der Kaufkraft der Massen durch höhere Löhne und niedrigere Preise wird zu einer Kapitalbildung führen, die zur Gesundung unserer Wirtschaft wesentlich beiträgt.

Börse — Goldmarkt.

Die Tendenz an der Effektenbörsse war im allgemeinen in der abgelaufenen Berichtswoche schwankend. Größere Kurserholungen oder Rückschläge sind nicht zu verzeichnen. Während die ersten beiden Tage sich durch ein starker einsetzendes Geschäft auszeichneten und vor allem am letzten Tage des Monats Juni eine größere Kurserhöhung in Erscheinung trat, gingen die Kurse in den folgenden Tagen zurück, so daß sie am Wochenende ungefähr den gleichen Stand wie am Wochenanfang hatten. Von wesentlichem Einfluß auf die anfängliche Steigerung der Kurse waren Transaktionsgerüchte, sowie der Umstand, daß der Halbjahresabschluß ohne größere Schwierkeiten überwunden wurde. Ferner betätigten sich auch die Spekulation etwas lebhafter. Publikumskäufe sind wegen der allgemeinen Geldknappheit kaum zu verzeichnen. Ungünstige Gerüchte aus dem Ruhrkohlegebiete über weitere Entlassungen von Arbeitern in den Werken Thyssen und Rheinstahl, sowie Meldungen über Insolvenzen machten die Börse lustlos und unsicher, dazu kam, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen einen baldigen Abschluß nicht erwarten lassen. Die Spekulation schritt zu Gewinnserungen. Eine wesentliche Beeinflussung erfuhr die Börse auch von der Seite des Geldmarktes her, wo noch immer ein großer Bedarf auch in täglichem Gelde vorherrscht.

Walja.

Bon Leonid Andrejew.
(Deutsch von M. Bendischneider.)

(Nachdruck verboten.)

1)

Walja saß und las. Das Buch war sehr groß, nur zur Hälfte kleiner als Walja selbst, mit sehr schwarzen, großen Zeilen und Bildern über die ganze Seite. Um die oberste Seite zu sehen, muhte Walja sich auf dem Stuhl auf den Knien hochziehen, den Kopf fast über den ganzen Tisch vorstrecken und mit seinen vollen, kurzen Fingerchen die Buchstaben festhalten, welche ihm unter anderem ähnlich leicht verloren gingen — sie dann wiederzufinden, war jedesmal eine große Mühe für ihn. Dank dieses Nebenumstandes, der vom Herausgeber des Buches nicht vorhergesehen, ging es mit dem Lesen nur mit großer Langsamkeit vorwärts, trotz des spannenden, interessanten Inhalts. Es wurde erzählt, wie ein sehr starker Junge, Bowa genannt, andre Jungen bei den Händen und Füßen nahm und sie auszerrte. Dies war schrecklich und lächerlich — und in die Atemlosigkeit, die Waljas Reise durch das Buch begleitete, mischte sich noch eine Note angenehmen Gruselns und die Erwartung, daß es weiterhin gewiß noch interessanter werden müsse. Wer Walja wurde ganz unerwartet am Lesen verhindert: herein trat die Mama mit einer andern, ihm fremden Frau.

„Da ist er!“ sagte die Mama, deren Augen, wie erschöpft, rot waren von soeben vergossenen Tränen, sie hielt noch das zerbrechliche, weiße Spitzentuch in der Hand.

„Waljerka, Lieber!“ — stieß die Frau hervor und, seinen Kopf umklammert, küßte sie ihm Gesicht und Augen, ihm fest an ihre Lippen pressend. Ihre Zärtlichkeit war nicht wie die der Mutter — deren Küsse waren weich, hingebend — aber diese lag sich geradezu fest. Walja verzerrte sich und lachte schweigend die stürmischen Zärtlichkeiten über sich ergehen. Er war unzufrieden darüber, daß er bei seiner interessanten Lektüre gestört wurde, und die unbekannte Frau mit den großen, knöchernen Händen, an denen kein einziger Ring war, gefiel ihm gar nicht. Und sie doch schlecht, noch Feindseligkeit und Morder, im Gegensatz zur Mama, von der Kreis ein frischer Duft von Wohlgeruch ausging. Endlich ließ die Zuge Walja in Ruhe, und, während er sich die Lippen abwischte, musterte sie ihn mit schmalen Blicken, buchstäblich als ob sie ihn photographieren wollte. Seine kurze Nase mit dem Anhänger zum Kommerzen hörte, die dichten, gar nicht kindlichen Brauen über den dunklen Augen und das Gesichtsbild von strenger Ernsthaftigkeit.

Die Tendenz am letzten Börsentage war schwach und die Kurse zum großen Teile weiter nachgebend. Die Kursfestsetzungen der wichtigsten Aktien gestalteten sich wie folgt:

	Montagwerke	29. 6.	30. 6.	1. 7.	2. 7.	3. 7.
Harpener	113,50	118,50	117,75	117,12	115,25	
Gelsenkirchen	61,00	63,25	63,40	61,75	60,00	
Phönix	92,10	94,90	94,50	98,25	90,37	
Rheinstahl	72,75	75,00	76,37	74,50	72,80	
Rombacher	62,00	64,37	63,00	63,25	63,25	
Maschinenwerke						
Schwarzkopf	68,50	70,50	70,12	77,50	67,00	
Schubert & Salzer	124,00	121,00	124,00	129,00	122,00	
Elektr. Werke						
A.E.G.	94,90	96,75	96,75	95,50	95,00	
Siemens & Halske	79,40	81,50	81,75	80,80	80,00	
Schuckert	61,75	64,75	64,75	64,25	62,00	
Chemische Werke						
Höchster	114,37	117,00	118,00	116,87	114,75	
Badische Anilin	122,00	124,75	126,50	126,12	122,75	
Elberfelder Farben	114,12	117,75	118,00	117,00	119,00	
Kaliwerke						
Westereggel	18,80	19,80	19,40	19,20	19,12	
Deutsche Kali	26,75	28,25	28,37	27,50	26,75	
Kali Aschersleben	15,00	16,12	15,75	15,40	107,50 *)	
Textilwerke						
Stöhr	33,25	35,50	34,37	33,00	32,12	
Hameren	19,37	20,00	20,60	19,80	19,30	
Norddeutsche Wolle	101,75	104,12	102,00	104,00	101,50	

Am Geldmarkt fehlt es noch immer an dem nötigen Angebot. Die Nachfrage nach Monats- und nach täglichen Gelde war überaus rege, so daß eine weitere Verteuerung des Geldes eintrat. Die Geldsätze stellten sich wie folgt:

	Tagesgeld	Monatsgeld	Kurze Sicht	Lange Sicht	Pivatdiskont
29. Juni	91 1/2—10 1/2 %	10 1/2—11 1/2 %	74 1/2 %	77 1/2 %	
30. Juni	91 1/2—11 1/2 %	10 1/2—11 1/2 %	77 1/2 %	75 1/2 %	
1. Juli	9 1/2—11 1/2 %	10 1/2—11 1/2 %	77 1/2 %	76 1/2 %	
2. Juli	9 —10 1/2 %	10 —11 1/2 %	77 1/2 %	75 1/2 %	
3. Juli	9 1/2—10 1/2 %	10 1/2—11 1/2 %	77 1/2 %	75 1/2 %	

S. A. M.

*) In Reichsmark abgestempelt, erste Notierung in Goldprozent.

Die Wirkung des englischen Goldstandards in Dänemark und Norwegen.

Aus Kopenhagen wird dem Soziald. Pressedienst geschrieben: Seit April 1925 ist ein andauerndes Steigen der dänischen und norwegischen Krone festzustellen. Insbesondere bessert sich die dänische Krone, unverkennbar unter spekulativer Einwirkung, in großen Sprüngen. Während für die Mark im April 1,28 Kronen gezahlt wurden, gilt sie heute nur noch 1,24 bis 1,25 Kronen. Der Dollar ist von 6 Kronen auf 5,15 gefallen. Da die dänische Krone vor dem Kriege 3,73 stand, bedeutet diese Senkung, daß der Goldwert der Krone nunmehr 72,5 Øre beträgt. Das ist weit mehr als sie nach dem Stavningischen Valutaplan betrügen sollte. Der Grund für das Steigen der Valuten gerade der beiden skandinavischen Länder, die starke wirtschaftliche Beziehungen zu England haben, hängt unzweifelhaft mit der Einführung der Goldwährung in London zusammen. Es ist festgestellt worden, daß im April und Mai rund 30 Millionen Kronen englischen und amerikanischen Spekulationskapital in dänischen Banken kurzfristig angelegt wurde. Die internationale Spekulation scheint nicht unberechtigt anzunehmen, daß nach der Einführung des Goldstandards in England auch Dänemark und Norwegen bald zur Golddeckung zurückkehren werden. Für Dänemark spielt bei der Besserung der Valutazweifellos die Mindereinfuhr infolge des Arbeitskonfliktes eine Rolle. Weiter hält die Kopenhagener Nationalbank ihre Kredit einschränkungspolitik und ihren hohen Diskont von 7 Proz. aufrecht, während die norwegische Staatsbank vor einigen Tagen den Diskont auf 6 Proz. herabgesetzt hat, da die plötzliche Besserung der Krone schon zu Schwierigkeiten in der Wirtschaft geführt hat. In Dänemark ist die Kronenaufwertung weiter von großen amerikanischen Krediten für dänische Firmen begünstigt worden. So hat die größte dänische SchiffsWerft Burmeister & Tain einen Kredit von 2 Millionen Dollar erhalten.

Starke italienische und französische Kapitalflucht nach der Schweiz. Aus Bern wird berichtet. Trotz der bevorstehenden umfangreichen Halbjahrsliquidation zeigt der schweizerische Goldmarkt, der bereits seit Monaten eine auffallende Flüssigkeit zeigt, eine weitere starke Verflüssigung des verfügbaren Materials. Die überreichliche Versorgung der Schweiz mit verfügbaren Mitteln ist in erster Linie auf das starke Anschwellen der Kapitalfluchtwelle aus Frankreich und Italien, die neuerdings vorwiegend in der Schweiz mündet, zurückzuführen. Der Umfang der in der Schweiz anlangenden kapitalflüchtigen Summen ist so groß, daß ihre Unterbringung ernsthafte Schwierigkeiten bereitet, so daß in

Kürze mit einem weiteren Rückgang der schweizerischen Geldsätze zu rechnen sein dürfte. Anderseits sind in den letzten Wochen infolge der Verbesserung der schweizerischen Handelsbilanz unerwartet umfangreiche Mengen Deviken ins Land gestromt. Nach dem letzten Ausweis der schweizerischen Nationalbank hat der Noteumlauf um 8 Millionen Schweizer Franken abgenommen, die Giro- und Depotsrechnungen stiegen um etwa 16 Millionen. Die Metalldeckung ist auf 74,91 gestiegen.

Zu den Finanzschwierigkeiten bei Krupp wird mitgeteilt, daß es sich um einen vorläufig noch nicht gedeckten Betrag von 20 Millionen handelt. Es scheint festzustehen, daß man mit dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen gepflogen hat, ohne daß bisher ein Ergebnis vorliegt. Wie an der Amsterdamer Börse verlautet, versucht die Firma Krupp in den Niederlanden einen Kredit von zehn Millionen Gulden aufzunehmen. Von unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß von den ernsten Schwierigkeiten, wie sie in der ausländischen Presse zum Ausdruck gekommen sind, einstweilen keine Rede sein könne.

Krise im Textilgewerbe. Die seit 21 Jahren bestehende Herren- und Knabenkonfektionsdetalifirma Leske & Lehrer, Berlin, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen, wie die Deutsche Konfektion mitteilt, 150 000 Mark, denen ein Warenlager im Fakturenwert von gleicher Höhe gegenübersteht, auf das jedoch erhebliche Abschreibungen vorgenommen werden müssen. Es wird ein Vergleich mit den Gläubigern angestrebt.

Amtliche Preise der Produktionsbörsen: Berlin, 4. Juli.

Produkte	4. Jun.	5. Julii
Weizen, märkischer	—	—
Roggen, märkischer	227—280	227—232

Koks.

Berlin, Anfang Juli.

Hol's der Hund, hier muß doch die Bude irgendwo sein! Ich kann doch nicht in die falsche Straße . . . Stoppl hier ist es.

Die rote Vorhänge vor Tür und Fenster lassen keinen Funken Licht auf die Straße. Hinter der Tür eine Glastür, Hände auf dem Rücken sind nach einem Klingelknopf, für den Fall, es kommt Besuch vom Alexanderplatz) — zögernd, lauernd: „Guten Abend!“ — „Danke, danke, gar keine Ursache!“ — eine komplizierte, schwierige Portiere — Tabaksquatsch, Bierdunst, Stimmengewirr — ein halbes Pfund goldene Uhrtette. Kront sich zufrieden auf dem Bauch des feisten Wirts — aus dem Büsche belegte Brüderchen, hunde Klöpfe (oh, Getränke gibt es, von denen ich unter Schuhweissheit nichts träumen ließ!) — ein grausam gemartertes Klavier erkundigt sich jammern, wo ich meine schönen blauen Augen her hätte — — —

Ich finde noch einen leeren Tisch. Neugierig-mittrausische Blicke taxieren mich. Nach drei, vier Minuten kommt ein junger Kerl her: „Sie gefallen?“

„Du mußt du den Wirt fragen, ich habe hier nichts zu gestalten.“ Er lebt sich trock des kleinen Grusses: „Ich heiße Kurt.“

„Na, das hat grade noch gesieht!“ antworte ist jetzt reut.

Schweigen. Er überlegt anscheinend, ob ich gefährlich verrückt sei. Dann:

„Sie sind wohl nicht von hier?“ — „Nee, ich bin aus Gutehoff.“

— „Det ist wohl en Rot?“ — „Ja, aber e grobes.“

Aha, jetzt hat er die Lösung: Eine Unschuld vom Lande!

Rum ist er ganz sicher, rückt näher, legt die Hand auf meine Knie: „Ich möchte Sie mal etwas fragen . . .“

„Frage immerzu. Bloß kann ich dir gleich sagen: Ich bin weder anders als die andern, noch trinke ich pro Abend mehr als ein Glas Bier. Ich trage meine Brieftasche steif unter diesem schwer zwinglichen Kittel (außerdem ist bloß eine Mahnung vom Finanzamt und mein Traushaus drin), bezahle nie für andere Leute Tipps und laufe gründsätzlich keine echt goldenen Schnupftaschen aus Blech, auch nicht zu den spottbilligsten Preisen. Obwohl ich nicht von hier bin.“

Über sein Gesicht zieht sichtliche Enttäuschung, daß die Bauern in Gutehoff so fortgeschritten sind. Ein kleines Intermezzo kommt seiner verliegten Unentstehlichkeit zu Hilfe:

„Arogant, grußlos sehen sich zwei Repräsentantinnen des schönen Geschlechts an den Tisch. Seide, Brillanten, Schminke, weiße Perücken.

„Ober, falsche Whistlin!“ Dann beginnen sie, laut französisch zu schnattern, ein französisch, dem sogar ich schwerhaft oft anhören, daß es aus dem Mist einer deutschen höheren Lehrer-Schule gewachsen ist. Widerwärtige, hässliche, exzentrische Weiber. Schließlich befallen sie sich noch mit Vermutungen über meinen Beruf und kommen zu dem Ergebnis, ich sei „un prostitue, sans doute un prostitue. Ou un prolétaire.“

Meine Kontraintinkte sind schon nicht mehr steigerungsfähig, da fragt der Stuhlnachbar: „Det kann wohl Schlowkus?“

Kurt sei Dank, Gelegenheit zu Angiff und Rache! Ich berichtage, nicht gerade zaghaft flüstern: „Nein, die Damen sprechen lesbisch.“ Und nach der anderen Seite: „N'est-ce pas, mesdames, vous parlez la langue lesbienne?“ Einen einzigen Blick ebenso hilflos wie grenzenlos! Mut werden sie meinem launischen Lächeln entgegen, zählen, und tragen ihre zutiefst verwundeten Seelen durch Hohnlächter hindurch zum Totale hinaus. Ehe der Ober kommt, läßt der Inhalt der Whistkubus schon in einem Bierglas paar Tische weiter.

„Die können Sie hier alle nicht leiden. Bloß der Wirt. Das sind reiche Schweine, Berlin-W., die kommen im Auto vorfahren, aber wenn die mal kommt von wegen eine Zigarette — ja nicht dran zu denken. — Was ist Sie fragen wollten: Sie sind wohl recht nervös?“

„Uh so! Hast du welches da?“ — „Nee, aber ich besorge sofort.“ — „Zehntel kostet?“ — „En Meter.“ — „Ihr habt wohl en Vogel?“ Dann verzerrt eurer Käse!“ — „Achtzig.“ — „Nee, Russisch. Kein Fing mehr.“ — „M. w.! Wieviel?“ — „Ein Zehntel. Aber das sage ich dir, wenn du mir gefällstest Mist bringst, dann lasst dich die nächsten Abende nicht hier blicken. Ich lasse dich glatt hochziehen.“

— „Is keine Ware. Ehrentwort!“

Und schon ist er bei einem üppigen Wein, die sich vorzüglicherweise an den Tisch gleich neben der Damensuite plaziert hat. Einige Worte — sie öffnet ihre Handtasche, reicht ihm etwas — er stampft ungeduldig mit dem Fuß auf: „Nee doch! Wenn ich dit sage, det jetzt bei dem nich, dann fällt et nich!“ — sie flucht resigniert — ein präsenter Blick über das Totale — ralch ein Griff unter ihren falschen Zopf, unter dem ein kleiner weißer Schmuck sofort wieder verschwunden ist — und zwei Sekunden später nehme ich aus einem flüchtigen Händedruck ein winziges Päckchen weißen Staubs, in dem ruht ein föltlicher Rauch. Kolan.

„Bitte, gehen Sie auf die Toilette, es ist wegen dem Wirt.“ sagt Kurt. — „Lass, ich schimpfe jetzt nicht. — Kennst du die Leute hier gut?“ — „Ja. Warum?“ — „Also bestell dir was und erzähl . . .“

In brutal knappen Söhnen illustriert er die Tragödien von 30, 40 gekreuzten Menschenleben. Trost aller Verschiedenheiten im Einzelnen, im wesentlichen ist es immer das gleiche Schicksal:

Auf einen großen Schmerz, meist geschändete Liebe und Verständnislosigkeit der Mitmenschen, trifft ein Zusatz, der ihnen das blaue Glück in die Hand spielt, das Glück, „vor dem die Schmerzen alle schweigen“. Einmal, bestimmt nur ein einziges Mal! vergessen können, diesem verfluchten Leben ein paar flüchtige Stunden Freude abtrocken! — Aber um so grauer ist der Morgen, unendlich trostlos. Und sie wissen nun, wie wohl Vergessen tut, und das Pulser vollerlei Träume kost: Nur noch einmal . . . Immer größer werden die Mengen, die zum Rauch nötig sind, immer gieriger verlangt der Körper nach dem Glück, er muß es haben, koste es, was es will, Geld, Familie, Stellung, Verdreschen — er muß! Und immer größer werden die Verwüstungen im Körper. Entzündungen manchmal, Rückfälle . . . Schließlich gibt es kein Zurück mehr. Schon lange hat der Kolanist keinen Namen vergessen, er weiß nicht mehr, was er einige Sekunden vorher gesagt hat — er weiß nur noch, daß irgendwo ein Glück flieht, eine Pistole geladen ist, ein Schleunenstrang liegt — — —

Die meisten von denen, die hier lachen und lärmend und schwanken und schwärmen, werden — unentzündbar — das leise Vergessen sich selbst nehmen. In der Spree oder auf einem Bahndamm die Dörfer, Strichungen und Jubälter, die beiden Reichswehrsoldaten in Zivil am Nebentisch haben ja ihre Dienstwaffe, der Kommerzienrat in der Fleischerbluse dort drüber (6 Entzündungskuren hinter sich) wird sich einen diskreten Herzschlag laufen können . . .

„Der Kubel kostet, es schmücken die Banditen!“ lautete ein geäußertes Wort innerhalb der Baskettumtruppen des Jahres 1919. Über außer dem Willen zum Kubel waren es noch zwei andere wesentliche Momente, die Kampfesmut und Ueberzeugungstreue jener Kämpfer für deutsche Kultur stählten und anfeuerten, nämlich die Gier nach Kulturmorden und nach Kulturgütern, besonders Kolan und Morfin. Den Trick zum Kubelkorb bezeugten die oft unerträglich grauenhaften Bilder geschändeter und verkrümelter Soldaten, Flintenweiber und harmloser Schwestern. Und „Wo ist die Apotheke?“ das war für viele die erste Frage in einer erobern Stadt. Sowohl die Apotheken als auch die befreitenden Helden, sahen hinterher aber auch danach aus. Der Graf Kols des Volksmunds ist nicht, wie man oft fälschlich hört, von der Gasanialt, sondern baltischer Graf (oder Baron) von der Apotheke.

Den Baskettumhelden in allererster Linie verdankt Deutschland die starke Verbreitung der Kolaninjekt in seinen Großstädten. Hat keiner das nötige Geld und vaterländisches Herz zur Erinnerung an diesen denkwürdigen Erfolg ein schwarzwäldisches Ehrenmal erstehen? Es wäre, was Zahl seiner Opfer angeht, wirklich den meisten anderen Ehrenmalen ebenbürtig.

„Du mußt nicht so abscheulich sein!
Du kannst doch so wie neulich sein,
Dann wird es recht erfreulich sein.
Mach's noch mal, mach's noch mal,
Du kannst es ja so gut — — —“

louchezt lästern ein Grammophon über diese furchtbarstem Schicksal Verfallenen weg, als ich die Kolaninjekte verlaß. An der Straßenecke vorne ist ein „anständiges“ Restaurant, in dem spielt eine Kapelle: „. . . Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapfer He-he-he-held . . .“ und alle, alle singen mit.

B. V.
soll ihm erst einer nachsingen. Wie die Männer, so folgen auch die Frauen der prachtvollen Suggestivität des Dirigenten. Wenn ihre Tonhaltung noch nicht so sicher (z. B. im Mendelssohnischen „Tag und Nacht“) wie die der Männer ist, so liegt das an ihrem verhältnismäßig kurzen Bestehen. Aber das wird noch. Jedenfalls war der stürmische Capo-Wunsch nach dem Unglaublichen Niedel ein ehrlich verdienter Auftriebsbeweis. Prof. Julius Klengels tödliche Cellistaben waren Berlin im ganzen musikalischen Geschmeide. Eins könnte man vielleicht daran aussuchen: war das Programm nicht ein höchstes zu umfangreich für einen Juli-Mittag? Den mächtigen Vorbeerkranz, den die Sänger ihrem Niedermester überreichten, muß sich als Symbol für den Geist, der in der Arbeiterschaft herrschte, auffassen. In diesem Sinne wird sich Paul Michael, der ihn persönlich mit entzückten Gebärden von sich wies, sicherlich gern annehmen.

Die Nürnberger Puppe. — Sumurun. Seit vielen Jahren bei und nicht mehr aufgeföhrt, erwachte Adolphe Adam's großzügiger und feingemachter Operneinklang Die Nürnberger Puppe in neuer Einstudierung Vergnügen und Entzücken, zumal das Musikalische sehr sauber herausgearbeitet und die Darstellung beweglich und treffend war. Raum einen Wunsch offen ließ Theodor Horand als Gelehrte Heinrich. Seine Stimme, die immer schöner und kräftiger wird, verwandte er jedoch nicht immer mit sicherem Geschmac, insoffern er oft zuviel Ton gab. Als vermeintlicher Teufel, der dem habbürtigen Onkel Cornelius und dessen windigem Sohne Bob auslöst, führte er das harmlose Spiel zur Höhe, kräftig unterstützt von Else Schulz-Dornburg, die eine anmutige und blühblaue Geliebte Bertha war und in den Puppenzenen sehr drollig wirkte ohne Erinnerungen an die Olympiaszenen in Hoffmanns Erzählungen wachzurufen. Bis auf einige flache Töne gelang der Künstler auch der gelungene Teil sehr gut. Otto Salzmann als betrügerischer und spekulativer Oheim und Hanns Fleischer als Dummling Benjamin vervollständigten das kleine Ensemble zur Zufriedenheit. Oskar Braun und Dr. Hezel hatten in gewissenhafter Weise die musikalische und die henische Vorbereitung besorgt.

Nach der Oper kam die Erstaufführung von Sumurun. Die von Friedrich Frelsch nach orientalischen Märchenmotiven zusammengestellte Pantomime ist lange vor dem Kriege schon durch Max Reinhardt bekannt gemacht worden, und er hat sie auch im Ausland häufig vorgeführt. Hernach wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin manches gelernt. Man sah also in diesem bunten Spiel von Schönheit, Schwärme, Groteske, Grausamkeit und tänzerischer Erotik manch glückliche Leistung, im einzelnen wie in Gruppierungen; so etwas prachtvoll Gelöstes wie die Orgie im Harem (6. Bild) mit den zauberhaften und dann erstaunlichen Tänzerinnen wurde sie mit Erfolg verfilmt; die Möglichkeiten, orientalische Uebertüpfel wiederzugeben, scheinen hier noch reicher als auf der Bühne. Der Deutsche ist nicht wie der Italiener oder der Slawen der geborene Pantomimiker, „stumm Spieler“, — doch hat er durch Belebung im Film, durch straffere Körper- und Gliederausübung und durch ausländerische Beispiele angeregt (die Russen!), immerhin